



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

**Mitteilungen des Vereins für Geschichte an der
Universität-GH Paderborn**

13,1 (2000)

MITTEILUNGEN

des Vereins für



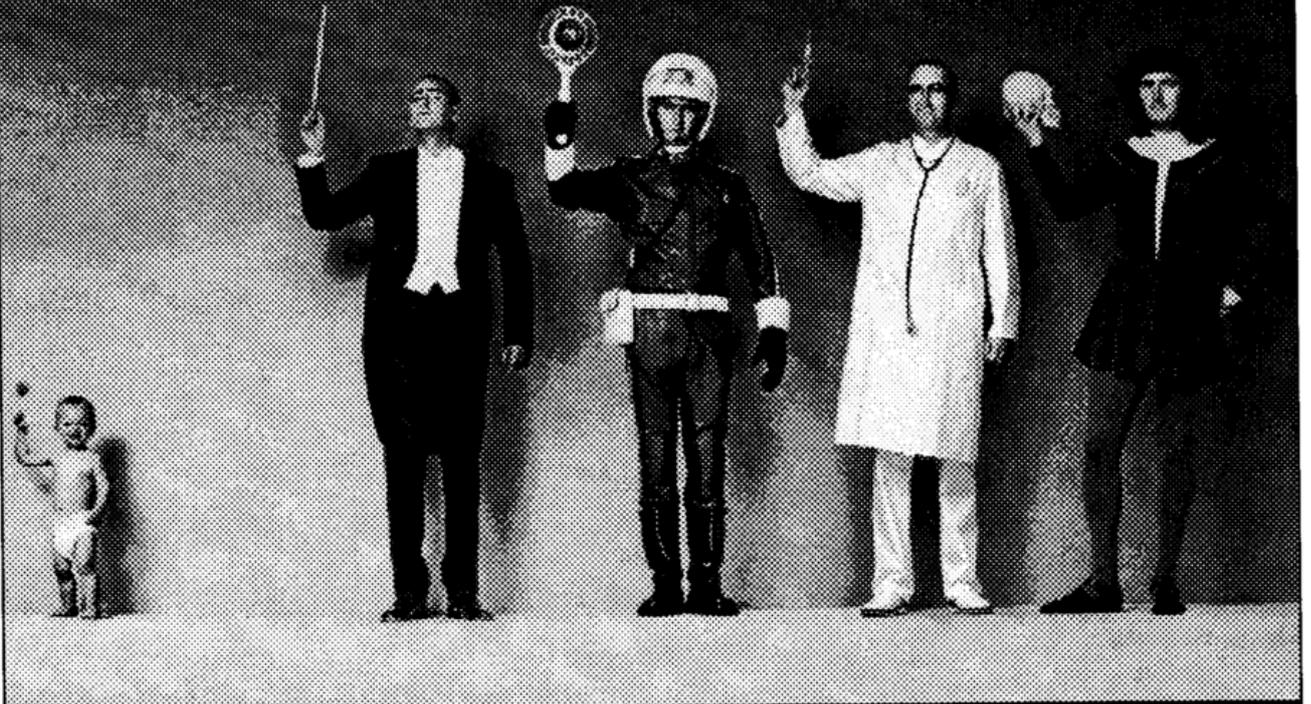
Geschichte an der

Universität-GH Paderborn



Nr. 13, 2000

Heft 1



WAS SOLL MAL AUS IHM WERDEN? WAS ER WILL.

Sparkasse Paderborn

● produktiv ● kreativ ● innovativ



Welchen Berufswunsch Ihr Kind einmal hat: Helfen Sie ihm. Mit der Sparkassen-Privatvorsorge. Mehr dazu und zur „Start in die Zukunft-Initiative“ erfahren Sie bei uns. Fragen Sie uns. Wenn's um Geld geht - Sparkasse .

MITTEILUNGEN

des Vereins für



Geschichte an der

Universität–GH Paderborn

Nr. 13, 2000

Heft 1

Titelbild gehört zum Beitrag von Antje Telgenbüscher: Deutschunterricht im Lager. An der Tafel Camille François.

IMPRESSUM

Mitteilungen des Vereins für Geschichte an der Universität–GH Paderborn Nr. 13,
2000, Heft 1.

Herausgeber: Verein für Geschichte, an der Universität–GH Paderborn
Stettiner Str. 42, 33106 Paderborn
Dr. Friedhelm Golücke, Prof. Dr. Frank Göttmann, Prof. Dr. Jörg
Jarnut

Redaktion: Maja Bitterer, Im Strohsiek 10, 33613 Bielefeld
Annette Hennings, Talstr. 7, 32760 Detmold
Sascha Käuper, Hilligenknapp 1, 33154 Salzkotten–Scharmede
Ansgar Köb, Friedrich-von-Spee-Str. 1, 33098 Paderborn
Roland Linde, Pfulstr. 10, 32805 Horn–Bad Meinberg
Andreas Neuwöhner, Fechteler Str. 12d, 33100 Paderborn
Michael Ströhmer, Faulensieksweg 11a, 33034 Brakel
Peter Tilly, Liboristr. 5, 33098 Paderborn
Claudia Weskamp, Hillebrandstr. 4, 33102 Paderborn

E-Mail-Adresse: PeterTilly@aol.com

ISSN: 1437-6660

Für den Inhalt der namentlich gekennzeichneten Beiträge zeichnen die Autoren
verantwortlich.

INHALT

Aufsätze

- ANTJE TELGENBÜSCHER, Als französischer Kriegsgefangener in Paderborn 4
RAINER LAKMANN, Strom für Paderborn: Wie die Elektrizität Einzug in die
Domstadt hielt (Teil 1) 23

Miszellen

- FRANK GÖTTMANN, Paderborner Stadtgeschichte Bd. 2: Probleme und
Rahmenbedingungen einer Forschungsaufgabe 37
STEFAN EHRENPREIS UND GREGOR HORSTKEMPER, Paderborn im Zeitalter
der Konfessionalisierung und der frühmodernen Landesherrschaft 39
BETTINA BRAUN, Die Geschichte Paderborns von der Unterwerfung der
Stadt 1604 bis zum Ende des Dreißigjährigen Krieges 1648 41
ROLAND LINDE, Paderborn im Zeitalter des Barock und der Aufklärung
(1648-1802)..... 43
UTE NEUWÖHNER, Kriegszeiten. Fragen der Regionalgeschichte. Tagung am
6. November 1999..... 45
MARGIT NAARMANN, Thora-Schild aus Paderborn gefunden 51
BARBARA STAMBOLIS, Porträt..... 54
ROLAND LINDE, „Schutzgemeinschaft Externsteine“ gegründet..... 56
JÜRGEN SCHEFFLER UND GISELA WILBERTZ, Die Wiederkehr des
„grausamen Mittelalters“: Anmerkungen zur Ausstellung „Mittelalterliche
Folterwerkzeuge“ im Institut für Lippische Landeskunde in Lemgo 57
- Rezensionen* 66
- Vereinsnachrichten*..... 73
- Autorenverzeichnis*..... 76

Als französischer Kriegsgefangener in Paderborn

von Antje Telgenbüscher

Camille François ist heute 82 Jahre alt und lebt in St. Benoit sur Loire. Während des zweiten Weltkriegs war er fünf Jahre lang Kriegsgefangener in Paderborn. Dieser Aufsatz stützt sich auf Gespräche mit ihm und auf die Aufzeichnungen, die er in Erinnerung an seine Kriegsgefangenschaft gemacht hat.

Camille François betont, daß sein Bericht nur ihn allein betrifft. Im Gegensatz zu manch anderen, die mit ihm die Gefangenschaft teilten, ist er überzeugt davon, daß diese Zeit für sein weiteres Leben „bénéfique“ (förderlich) gewesen sei. Voraussetzung dafür war, daß er ledig war und sich keine Sorgen um eine junge Familie machen mußte. Auch trug er keine gesundheitlichen Schäden durch die Gefangenschaft davon. Und schließlich wirkte sich diese auf sein weiteres Leben positiv aus, da er neben der deutschen Sprache das Schlosserhandwerk lernte – und das Reparieren von Radios, was zu seinem Lebensberuf werden sollte: Nach seiner Heimkehr begann er, als Radiotechniker zu arbeiten. Nicht zuletzt beruht sein positives Urteil über die Gefangenschaft aber auch darauf, daß er erlebte, wie er seinen Kameraden helfen konnte, diese Zeit durchzustehen. Sein Lebensmotto, das er sich schon als Jugendlicher gewählt hatte („Servir“ – Dienen), konnte er in der Gefangenschaft anwenden, und dieses Motto hat ihn bis heute begleitet.

Der Beginn der Gefangenschaft

Zusammen mit 50 000 anderen französischen Soldaten wurde er bei Toul von deutschen Truppen eingeschlossen. Am 20. Juni 1940 – der Waffenstillstand war schon unterzeichnet, doch noch nicht wirksam – geriet er in Gefangenschaft.

In langen Kolonnen marschierten sie bis Saint Mihiel und von dort nach Verdun, wo sie in einer Kaserne untergebracht wurden. Der Marsch war sehr beschwerlich, denn sie wurden von jungen Soldaten bewacht, die nicht zuließen, daß die Bevölkerung sie mit Lebensmitteln versorgte, und sofort auf jeden schossen, der sich von der Kolonne entfernte.

In der Kaserne waren sie zusammengepfercht und bekamen wenig zu essen, aber nach und nach gab es Gruppen, die draußen zu unterschiedlichen Arbeiten eingesetzt wurden. Verdun war ein wichtiger Ort mit viel Militär und großen Depots. Einige Gefangene arbeiteten beim Deutschen Roten Kreuz auf dem Bahnhof. Sie hatten Gelegenheit, zusätzliche Nahrungsmittel zu bekommen, die sie mit denen teilten, die nicht nach draußen kamen.

Eine gewisse Zahl der Gefangenen kam frei, weil ihre ehemaligen Arbeitgeber sie zurückforderten. Die Gefangenen konnten auch Besuch empfangen. Verwandte brachten, was ihnen fehlte, auch Post.

Die Situation war unklar. Die Wehrmacht schien nicht zu wissen, was sie mit 1 800 000 Gefangenen machen sollte, die zu ernähren und zu beschäftigen waren. Da es Erntezeit war, wurden viele aufs Land geschickt, um den Bauern zu helfen. Sie blieben unbewacht, der Bürgermeister der Kommune trug die Verantwortung. Es wäre überhaupt nicht schwer gewesen zu fliehen, doch die unsinnigsten Gerüchte kursierten. Es hieß, die Gefangenen würden ohnehin bald befreit – was um so glaubwürdiger war, da sie ja kaum bewacht wurden; es hieß aber auch, daß im Falle der Flucht die Familien dafür verantwortlich gemacht würden. Eine Flucht wäre also riskant gewesen.

Erstaunlicherweise war es erlaubt, daß die verheirateten Gefangenen ihre Frauen besuchten. Die Deutschen schienen keinen Zweifel daran zu haben, daß – bei einem schnellen Sieg über England – der Krieg im Westen bald beendet werden könnte.

Jedenfalls lebten alle Gefangenen in großer Unsicherheit, bis zu dem Tag Anfang Oktober 1940, als der Mehrheit untersagt wurde, die Kaserne zu verlassen. Ein Freund von Camille François, ein Benediktinerpater, hatte Gerüchte gehört, daß der Abtransport nach Deutschland bevorstünde. Er nutzte den Transport zur Arbeit, um zu fliehen und sich zu seinem Kloster durchzuschlagen, wo er unbehelligt blieb. Die anderen fanden sich auf dem Bahnsteig wieder, mit etwas Brot und Wurst als Proviant versehen. In fest verschlossenen Viehwaggons fuhren sie los. Durch eine kleine Luke konnte Camille François ihren Weg durch Luxemburg und ein gutes Stück durch Deutschland verfolgen. Damit waren alle Gerüchte widerlegt, daß man sie in einen anderen Teil Frankreichs bringen und dort freilassen würde.

Im Stalag VI a

Sie kamen in Hemer (Kreis Iserlohn, östl. von Dortmund) an, im Stalag VI a. Der erste Eindruck: eine unüberschaubare Zahl von Kasernengebäuden und großen Zelten. Wenn man in der Nacht einmal aufstehen mußte, war es schwierig, mitten unter den Schlafenden herumzugehen. Schon bei dem geringsten Licht – zum Beispiel von einem Feuerzeug – schossen die Wachen von den Türmen herab.

Es gab eine Küche, aber um seine Ration zu bekommen, mußte man drei bis vier Stunden Schlange stehen.

Camille François merkte sich die Nummer, unter der er registriert wurde: 45 544. Man hatte sie durchsucht und ihnen alles abgenommen, was sie bei sich hatten. Zwar wollte man ihren Beruf wissen, doch hatte dies für ihre Arbeit keine Konsequenzen: Unter dem Geschrei und den Beschimpfungen der Wachen mußten sie Steine von einem Ort zum anderen schleppen – und wieder zurück zum Ausgangspunkt.

Eines Tages rief man eine bestimmte Zahl von Matrikelnummern auf, um eine Gruppe zu bilden, deren Name sich anhörte wie „Badaboum Cent“ – was der Dolmetscher mit „Paderborn 100“ übersetzte. Warum es „100“ hieß, weiß Camille François nicht; er vermutet, es könnte die 100. Abreise eines Kommandos gewesen sein.

Mit der Eisenbahn fuhren die Gefangenen von Iserlohn nach Paderborn. Ihr Be-

stimmungsort war das Lager – das Arbeitskommando – in der Bleichstraße.¹

In Paderborn: Das Lager und die Arbeit

Die Lagergebäude befanden sich auf dem Gelände des Städtischen Fuhrparks. Das Lager war von der Reichsbahn eingerichtet: Es gab einen großen Saal mit Tischen und Bänken, einem Ofen mit einem Kessel, um Kaffee zu kochen, und einen Schlafsaal mit zweistöckigen Etagenbetten, jedes ausgestattet mit einem Strohsack und – was als großer Luxus angesehen wurde – einer Decke mit einem blau-weiß-karierten Bettbezug. Aber dieser wurde den Gefangenen nach wenigen Tagen wieder weggenommen.

Das Lager wurde gut beheizt, da es von der Reichsbahn mit Kohle beliefert wurde.

Die Gefangenen wurden aufgeteilt zwischen den Reichsbahnausbesserungswerken des Haupt- und des Nordbahnhofs; etwa vierzig kamen in jedes Werk.

Dort wurden sie wiederum auf die verschiedenen Meistereien verteilt. Camille François hatte „das Glück“, wie er sagt, zur Meisterei 22 zu kommen. Dies war die einzige, die nicht an den Lokomotiven arbeitete, sondern die Aufgabe hatte, das Werk zu unterhalten: M 22 war verantwortlich für alle Maurerarbeiten, für die Heizung, für Türen und Fenster, und für die Küche.

Zunächst war Camille François als Hilfsmaurer angestellt, da er aber körperlich kaum in der Lage war, Sand, Zement und Kies umzurühren und sie im geforderten Tempo herbeizuschaffen, wurde er in den Heizraum versetzt, wo er die Loren mit Kohle beladen und sie zu den Kesseln führen mußte. Auch diese Arbeit ging eigentlich über seine körperlichen Kräfte, und es war gesundheitlich riskant, von draußen, wo eine winterliche Temperatur ziemlich weit unter Null war, ins Innere zu gehen, wo 25 bis 30 Grad herrschten. Wieder wurde er versetzt, kam in die Schlosserei der M 22, wo er bis zum Ende der Gefangenschaft blieb.

Er hatte einen sehr kompetenten Vorarbeiter, Herrn P., einen Kunstschmied. Von ihm lernte er viel: Schmieden, Schlösser reparieren und Schlüssel machen. Da er Reparaturen im ganzen Werk ausführen mußte, kam er viel herum; seine Kameraden dagegen blieben meist an einem festen Arbeitsplatz, auf den sie sich spezialisiert hatten. Camille François fing an, Deutsch zu lernen und konnte dann zum Übersetzen hierhin und dorthin im Werk gerufen werden, wenn es Probleme mit einem Franzosen oder Belgier gab.

¹ Nach Ulrich Herbert (Fremdarbeiter, Berlin 1985) waren von zwei Millionen Franzosen eine Million nach dem Waffenstillstandsabkommen aus den Front-Stalags in Frankreich entlassen worden. Er spricht auch im weiteren von einer Million kriegsgefangener französischer Arbeitskräfte in Deutschland. (vgl. a.a.O., S. 122). Im Herbst 1940 – nach der Hereinnahme der französischen Kriegsgefangenen – waren mehr als 2 Millionen Ausländer in Deutschland beschäftigt, fast 10 % aller im Reich beschäftigten Arbeitskräfte. Die Franzosen – Gefangene und Zivilarbeiter – waren vor den Polen mittlerweile die stärkste Ausländergruppe in Deutschland geworden. Im August 1944 waren im Gebiet des „Großdeutschen Reiches“ 7 615. 970 ausländische Arbeitskräfte als beschäftigt gemeldet; 1,9 Millionen Kriegsgefangene und 5,7 Millionen zivile Arbeitskräfte, darunter 1,3 Millionen Franzosen. (vgl. a.a.O.)

Einige Monate später (1941) kamen weitere Gefangene im Lager an, die in Handwerksbetrieben der Stadt eingesetzt wurden, z.B. in Autowerkstätten, Bäckereien, Schuhmacherwerkstätten oder in der Neuhäuser Mühle. Damit waren es etwa 125-150 Lagerinsassen.²

Der Tagesablauf

Der Tagesablauf sah normalerweise so aus: Um 5 Uhr aufstehen (sonntags um 7 Uhr), Frühstück, Appell. Abmarsch zum Werk in Kolonne, ein bewaffneter Wachposten vorn, einer hinten, mit Laternen versehen, da es noch dunkel war. Arbeitsbeginn um 6 Uhr 45, Imbiß um 9 Uhr 15, Mittagessen von 12 Uhr 25 bis 13 Uhr.

Die Gefangenen hatten in der Kantine einen Raum für sich. Sie hatten einen Küchendienst eingerichtet, der die Nahrungsmittel aus der Küche holte. Als Camille François Dolmetscher war, begleitete er diese Leute vom Küchendienst, um die Anzahl der Rationen zu überwachen und sich einzuschalten, wenn es Probleme gab, wenn z.B. einige wegen Krankheit fehlten.

Nach zehn Arbeitsstunden war Feierabend um 17 Uhr 30. Bevor sie das Werk verließen, nahmen sie noch ihre Mahlzeit ein in dem dafür bestimmten, abgeschlossenen Raum. Ankunft in Kolonne beim Pförtner, in dessen Gegenwart sie von den Wachposten gezählt wurden; dann Rückkehr ins Lager. Nachtruhe um 21 Uhr.

Am Anfang wurde auch sonntags gearbeitet, doch später waren die Gefangenen – gemäß der Genfer Konvention, die einen freien Tag in der Woche garantierte – davon befreit.

Sonntags gingen sie zum Mittagessen in die Kantine und nahmen etwas zum Abendessen mit. Bei den großen kirchlichen Festen wie Weihnachten oder Ostern hatten sie auch jeweils zwei Feiertage. Zu Weihnachten zum Beispiel standen sie um 7 Uhr statt um 5 Uhr auf, gingen in die Werkskantine zum Mittagessen und nahmen sich von dort Abendessen mit – Heiligabend einen Teller Vanillepudding und zwei Butterbrote.

Verpflegung

Das Essen in der Kantine war anscheinend das gleiche wie das der deutschen Arbeiter. Aber die Gefangenen hatten, als sie nach Paderborn kamen, vorher soviel Hunger gehabt, daß sie nach ihrer Ankunft alles verschlangen, was sie ergattern konnten: mindestens zwei Liter kochend heißer Suppe in fünfundzwanzig Minuten.

² Zum Arbeitseinsatz der französischen Kriegsgefangenen vgl. U. Herbert, a.a.O., S. 122. Im Vergleich mit anderen Ausländergruppen standen die Franzosen in Berichten über die „Führung“ und die Arbeitsleistung an oberster Stelle. Ihre von der Wehrmacht unterhaltenen Lager waren meist besser ausgestattet, ihre Lebensmittelrationen höher als anderer Gruppen ausländischer Arbeiter, vor allem der Polen und Tschechen. Die NS-Behörden betrachteten diese Entwicklung mit einigem Argwohn. Sie fürchteten, daß es zwischen Deutschen und französischen Gefangenen am Arbeitsplatz schnell zu Solidarität kommen würde.

Anfang 1941 schrieb Camille François nach Hause, daß es nicht nötig sei, ihm Brot zu schicken, da sie korrekt ernährt würden: Zum Frühstück gab es zwei Butterbrote mit Margarine und Marmelade, zum zweiten Frühstück zwei Brote mit Margarine und Leberwurst oder Käse, Mittags Suppe und Gemüse mit „sehr wenig“ Fleisch, abends das Gleiche oder Eintopf („sorte de plat unique où tout est mélangé“).

Schon früh fertigten die Gefangenen Kochgeschirre aus Eisen für sich an, um Essen zu wärmen, indem sie diese Kochgeschirre in den großen Ofen im Lager stellten.

Eine Veränderung der Verpflegungssituation ergab sich gegen Ende der Gefangenschaft: Ende 1944 kamen keine Pakete aus Frankreich mehr an, sie erhielten stattdessen amerikanische Pakete von hoher Qualität, die es ihnen erlaubten, bis ans Kriegsende ohne Ernährungsprobleme zu leben: Eine 50 Gramm-Dose Nescafé war 50 Kilo Kartoffeln wert.

Zu dieser Zeit hatten sie es durchgesetzt, von der Kantinenküche das zu bekommen, was ihnen zusagte: Margarine, Gemüse usw. Sie hatten sich im Werk Küchenherde hergestellt, und nun zog die Mehrheit der Gefangenen es vor, selbst im Lager zu kochen und die eigenen Vorräte hinzuzufügen. Kochgruppen von zwei bis fünf Kameraden wurden eingerichtet, die alle ihre Pakete zusammenlegten und gemeinsam aßen. Camille François kochte zusammen mit seinem Freund Achille, mit dem er nicht nur die Pakete teilte, sondern auch das, was seine Radioreparaturen (s.u.) ihm einbrachten. Dafür wusch Achille ihm die Wäsche.

Lohn

Im Dezember 1940 erhielten die Gefangenen ihren ersten Lohn: zehn Reichsmark für zwei Monate. Dies war nur ein Teil des Gesamtlohns, ein Taschengeld; der Rest wurde für jeden Einzelnen auf ein Konto mit seinem Namen gelegt, nachdem die Kosten für Unterkunft und Verpflegung abgezogen worden waren. Sobald die Summe 50 RM erreicht hatte, konnte das Geld nach Frankreich transferiert werden. Diese Möglichkeit war für Familien interessant, denn die Mark stand – festgesetzt durch die Waffenstillstandskommission – in Frankreich außerordentlich hoch im Kurs. Für eine RM bekam man 20 Francs, etwa viermal soviel wie vor dem Krieg.³ Dies erlaubte den deutschen Soldaten, die in Frankreich auf Urlaub waren, dort zu niedrigen Preisen Luxusgüter zu kaufen wie Parfum, Pelzmäntel oder seltene Produkte auf dem Schwarzmarkt.

³ Laut der „Meldungen aus dem Reich“ (hg. H. Boberach, Herrsching 1984) wurde 1941/42 angestrebt, die Bezahlung kriegsgefangener Franzosen an den Lohn des deutschen Arbeiters anzugleichen. Dies stieß verschiedentlich auf Schwierigkeiten. So wurde berichtet, daß bei einer Firma aus Gevelsberg erwogen werden sollte, „den französischen Kriegsgefangenen 80 % des Lohnes eines deutschen Arbeiters zukommen zu lassen, was vom Stalag in Hemer als erwünscht und zulässig bezeichnet wurde. (...) Heute schon ist es einzelnen französischen Kriegsgefangenen möglich, monatlich bis zu RM 80,- zu sparen und teilweise auch nach Hause zu schicken. Der deutsche Arbeiter äußert dazu ungehalten, daß er einen solch hohen Betrag niemals von seinem Lohn erübrigen könne. Eine weitere Besserstellung der Kriegsgefangenen sei daher geradezu ein Hohn auf den deutschen Arbeiter.“ (a.a.O., S. 3218).

Camille François erhielt 1941 zunächst 14 RM, dann 27 RM, und Ende 1941 waren es schon 66 RM pro Monat.

Mit ihrem Taschengeld sollten sich die Gefangenen das kaufen können, was sie in der Stadt interessierte. Es wurde ihnen als Lagergeld ausgezahlt, das außerhalb des Lagers nicht zu gebrauchen war. Ein Wachposten war damit beauftragt, in die Stadt zu gehen und das zu kaufen, was die Gefangenen wünschten. Die Gefangenen gaben ihm eine Liste mit und zahlten ihm in Lagergeld, was er für sie ausgelegt hatte. Später begleiteten ihn beim Einkauf in Paderborn ein Vertrauensmann der Gefangenen und Camille François als Dolmetscher.

Briefe und Pakete

Am 22. Dezember 1940 erhielt Camille François den ersten Brief von zu Hause. Erst jetzt erfuhr er, daß sein Vater schon Ende Oktober an Krebs gestorben war. Das Telegramm mit der Todesnachricht hatte ihn nie erreicht.

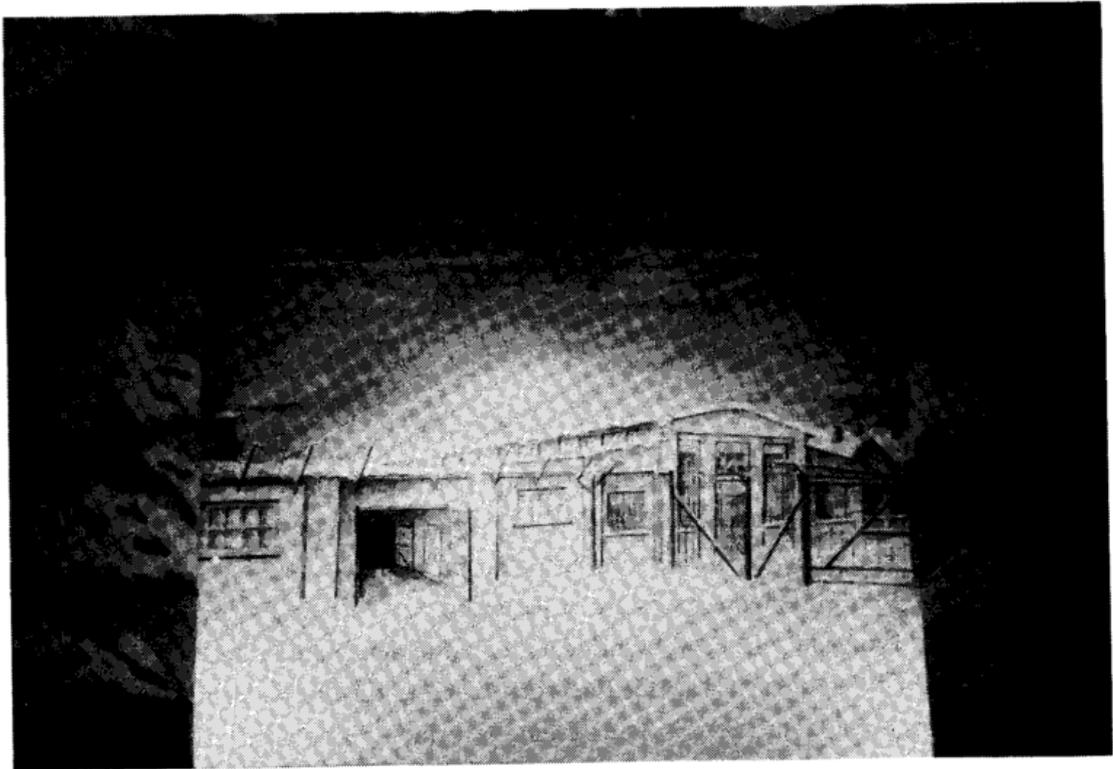
Wie die anderen Gefangenen konnte er jetzt den Angehörigen seine Adresse schicken: Stalag und Nummer des Kommandos, doch ohne den Namen der Stadt.

Nach einer Übergangszeit war der Postverkehr auch für die Paderborner Kriegsgefangenen streng reglementiert: Es wurde ein besonderes postalisches System eingerichtet: Pro Monat erhielt jeder Gefangene zwei doppelte Briefe und zwei doppelte Karten – die eine Hälfte war für die Gefangenen gedacht, die andere Hälfte für die Antwort. Die einen wie die anderen mußten leserlich geschrieben werden und durften die Zahl der vorgeschriebenen Zeilen nicht überschreiten, andernfalls wurde die Beförderung verweigert. Alle Briefe wurden über das Stalag befördert, wo sie durch die Zensur gingen, ehe sie nach Frankreich geschickt wurden – eventuell mit geschwärzten Passagen.

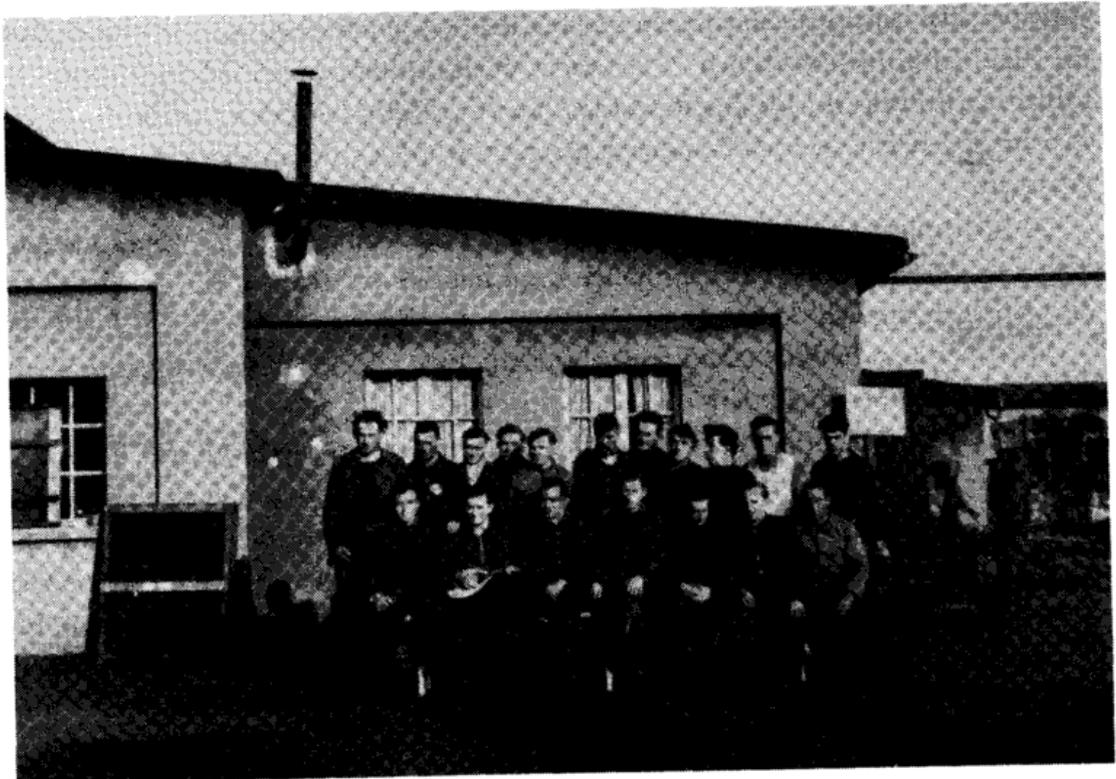
Außerdem erhielt jeder Gefangene pro Monat zwei Aufkleber für Pakete zu je fünf Kilo. Die Pakete aus der Heimat mußten dann mit diesen Etiketten versehen sein, die die Gefangenen geschickt hatten.

Dieses System funktionierte korrekt bis Ende 1944; dann wurden bestimmte Briefe über Großbritannien befördert.

Um Weihnachten 1940 bekamen die Gefangenen erste Pakete von zu Hause. Camille François nahm sie zusammen mit einem Wachposten in Empfang und schrieb das Gewicht auf. Jedes Paket wurde in Gegenwart des Empfängers geöffnet, und alle Schachteln oder Packungen mußten geöffnet werden, damit der Inhalt kontrolliert werden konnte. Man durfte nichts darin finden, was hätte geeignet sein können, die Flucht zu ermöglichen – Karten, Kompaß, Zivilkleidung etc. – oder Vorräte zu diesem Zweck anzulegen. Die Gefangenen waren gezwungen, alle offenen Konserven sofort zu verzehren, anstatt sich einiges bis zum nächsten Paket aufzuheben. Es gab im Lager häufig Durchsuchungen; alles, was die Gefangenen besaßen, wurde dabei auf mehr oder weniger brutale Weise kontrolliert.



Das Lager in der Bleichstr. als Theaterkulisse.



Gruppenbild vor dem Lager.

Später fanden sie eine bessere Lösung. Sie setzten es bei einem verständnisvollen Lagerkommandeur durch, daß er ihnen einen mit Regalen ausgestatteten Raum zuteilte, in dem jeder Gefangene sein eigenes Fach bekam. Beim Erhalt der Pakete ließen sich die Gefangenen das öffnen, was sie sofort essen wollten, der Rest wurde in diesem Vorratsraum aufbewahrt. Es konnte daraus nichts verschwinden, da der Raum mit zwei Vorhangschlössern gesichert war: Der Schlüssel des einen war bei der Wache, der Schlüssel des anderen bei den Gefangenen, so daß weder die Gefangenen noch die Wachposten allein Zugang zu den Vorräten hatten. Dieses System funktionierte ohne Streitigkeiten, sogar als Camille François ein Doppel des Schlüssels der Wachen angefertigt hatte. Wenn einer der Kameraden etwas von seinem Vorrat haben wollte, wurde ein Aufpasser in den Hof geschickt, der die anderen sofort warnte, wenn sich ein Wachposten näherte. Dies gelang um so besser, als er in der Hand eine Schnur hielt, deren Ende sich an der Hand eines Kameraden im Gebäude befand. Da der Wachposten einige Zeit brauchte, um vom Tor des Geländes bis in das Gebäude selbst zu kommen, hatten die Gefangenen im Vorratsraum Zeit genug, alles wieder an seinen Platz zu legen.

Seit März 1941, als die Gefangenen von den Schwierigkeiten mit der Rationierung in Frankreich wußten, baten sie nicht mehr, ihnen Lebensmittel zu schicken, sondern eher Bücher und Schallplatten oder Extras wie Schokolade, Zigaretten oder Wollsa-chen.

Von der französischen Regierung und auch vom Roten Kreuz erhielten sie Sam- melsendungen (Camille François erinnert sich an einen halben Laib Gruyère, der unter allen aufzuteilen war, an Vitaminkekse, Datteln). Vom Stalag wurden sie mit Büchern, Spielen und Kleidung versorgt – und man schickte ihnen Plakate und Flugblätter, die für eine Gruppe Pétain warben. Die Gefangenen vernichteten diese Flugblätter schnell, um zu vermeiden, daß man untereinander uneins wurde. Nach dem Krieg würde jeder das machen, was er wollte, doch in Gefangenschaft, so betont Camille François, sollten sie zusammenhalten und eine Einheit bleiben, zumal sie nicht alle Details kannten, die es ihnen ermöglicht hätten, sich ein klares Urteil zu bilden.

Freizeit

Einer seiner Kameraden besaß ein Lehrbuch der deutschen Sprache: „L'allemand sans peine“, mit dessen Hilfe Camille François seine Deutschkenntnisse verbesserte. Er bat seine Mutter, ihm ein persönliches Exemplar zu schicken, doch er erhielt es erst nach langer Zeit, da die erste Sendung von der Zensur einbehalten wurde. Man hatte An- stoß genommen an den Illustrationen samt Text, die angeblich die Deutschen ver- spotteten.

Camille François gab bald seine Kenntnisse weiter: Er unterrichtete im Lager Deutsch; eine Stunde pro Tag war Pflicht.

Es gab im Lager verschiedene Freizeitbeschäftigungen: Man konnte Karten spielen, lesen usw. Am Anfang war man noch sehr eingeschränkt, es fehlte an vielem, aber als

persönliche Pakete empfangen werden konnten, gab es etliche Bücher, die man untereinander ausleihen konnte. Auch das Stalag versorgte sie mit Büchern und Spielen. Da sie die Möglichkeit hatten, Einkäufe in der Stadt zu machen, konnten sie sich mit dem versorgen, was frei verkäuflich war: mit Material zum Basteln, z.B. für Einlegearbeiten, aber auch mit Musikinstrumenten, buntem Krepppapier für Theaterkostüme, mit Karton und Farbe für die Kulissen usw. Fürs Theaterspielen bauten sie sich eine Bühne im Lager; Albert, von Beruf Gärtner, war für das Bühnenbild zuständig. Aus Frankreich erhielten sie Texte von Stücken, und seit Mitte 1941 organisierten sie ein- oder zweimal im Monat eine Theatervorstellung oder ein Jazzkonzert.

Später bekamen sie einen Lautsprecher, ein Mikrophon für Gesang und noch später einen Schallplattenspieler. Es war kaum möglich, sich Platten schicken zu lassen, aber sie fanden einen Weg, sie dennoch zu bekommen. Man mußte damals eine gebrauchte Platte abgeben, um eine neue zu erhalten. Deutsche Soldaten, die aus Frankreich auf Urlaub kamen, brachten oft französische Platten, die sie nicht mehr interessierten, zurück. „Ehape“, ein Laden im Schildern, neben dem Paderborner Rathaus, hatte als „Recycling“ solche Platten auf Lager. In diesem Laden, wo die Gefangenen oft einkauften, bekamen sie ein Dutzend Platten als „Leihgabe“, die sie dann wieder austauschen konnten gegen andere. Wenn nötig, opferte jeder von ihnen als Bezahlung einen Riegel Schokolade. Alle diese Platten fielen am Ende den Bomben zum Opfer.

Einen Raum im Lager hatten sich die Gefangenen als Kapelle eingerichtet. Es war wiederum der Gärtner Albert, der diesen Raum ausgeschmückt hatte. An Feiertagen hielt dort ein Priester, der mit im Lager lebte, Gottesdienst.

Die Bewacher

Das Leben im Lager war sehr davon geprägt, in welcher Weise die Bewacher die empfangenen Befehle ausführten. Im Laufe der fünf Jahre wurden die Gefangenen mit sehr unterschiedlichen Verhaltensweisen konfrontiert. Es war offensichtlich, daß ihre Bewacher vor allem keine Unannehmlichkeiten haben wollten, etwa durch Flucht; denn dann riskierten sie, ihren relativ ruhigen Posten zu verlieren. Vom Lagerkommandeur hing es weitgehend ab, ob ihre Bitten und Anfragen (z.B. ob wegen fürchterlicher Zahnschmerzen am Sonntag ein Zahnarzt aufgesucht werden durfte) Erfolg hatten. Es gab einen Kommandeur, der sich mit dem Leiter des Städtischen Fuhrparks dahingehend geeinigt hatte, die Gefangenen auch sonntags arbeiten zu lassen – beide teilten sich den Profit. Die Gefangenen mußten streiken, um den Besuch eines Offiziers zu erzwingen und diesem Mißbrauch ein Ende setzen zu lassen.

Zu einer anderen Zeit hatten sie unter den Bewachern einen Soldaten aus Düsseldorf, der Jazzmusiker und alles andere als ein typischer Soldat war. Er erledigte für die Gefangenen die Einkäufe und stellte auch die Verbindung zwischen Herrn B., dem Inhaber eines Radiogeschäfts in der Paderborner Innenstadt, und Camille François her, was dazu führte, daß er in den Abendstunden in dieser Firma Radios reparieren durfte.

Keinen Erfolg hatte dieser Mann bei seinem Versuch, dem gelernten Buchdrucker

François eine Arbeitsstelle als Schriftsetzer bei einer religiösen Druckerei zu verschaffen.

Freiheit

Zwar hatten die Kriegsgefangenen ihre äußere Freiheit verloren, doch empfanden sie eine gewisse geistige Freiheit („nous ressentions une certaine liberté d'esprit“), fühlten sich innerlich freier als deutsche Zivilisten oder auch die Zivilfranzosen, die freiwillig oder im Rahmen des „Service du Travail Obligatoire“ (STO) nach Deutschland gekommen waren.

Für sie waren die Dinge sehr klar: Daß sie gezwungen waren, in Deutschland zu sein, implizierte, daß sie Feinde der Deutschen blieben. Alles, was nach Kollaboration hätte aussehen können, lehnten sie ebenso ab wie ein militärisches Engagement in der „Légion Française contre le Bolchevisme“.

Als Kriegsgefangene waren sie geschützt durch die Genfer Konvention und nicht nur von der Wehrmacht abhängig. Ihre Verfehlungen wurden von Militärgerichten verhandelt, sie waren geschützt vor der Gestapo und den Konzentrationslagern, von denen sie zumindest wußten, daß es sie gab. Daher empfanden sie auch das, wovon die Gefangenenzeitung „Le Trait d'Union“ berichtete, wie Ohrfeigen: den Händedruck von Marschall Pétain und Hitler in Montoire oder die Parolen von Laval, der den Sieg Deutschlands wünschte.

Verglichen mit den deutschen Zivilisten, die in jeder Werkstatt von Nazispitzeln überwacht wurden und bei der kleinsten Verfehlung, mit einem einzigen falschen Wort riskierten, an die Ostfront versetzt zu werden, genossen sie weit größere Freiheit in Wort und Tat. Sie konnten sich freier äußern und sich auch unbehelligt am Schwarzmarkt beteiligen und Schwarzarbeit leisten.

Die Deutschen wußten, daß die Gefangenen fest mit dem Sieg der Alliierten und ihrer Befreiung rechneten. Manche Deutsche vertrauten ihnen Dinge an, die sie keinem Landsmann zu sagen gewagt hätten.

Auf ihre Weise hatten sie teil an der Kriegswirtschaft, indem sie ihre kleinen persönlichen Arbeiten machten: Sie stellten Schlüssel her, Ofenrohre, sogar eine Reihe von Backöfen, die sie – über Kriegsgefangene, die zur Landarbeit eingesetzt waren – gegen Verpflegung eintauschten.

Am Anfang wurden sie, wie schon berichtet, streng bewacht und immer wieder gezählt. Im Lager war der Morgen- und Abendappell obligatorisch. Zur Arbeit wurden sie von zwei Wachposten geführt und bei der Ankunft und vor der Rückkehr ins Lager durch den Pförtner des Werks gezählt.

Doch im Laufe des Krieges, als immer mehr Soldaten an der russischen Front gebraucht wurden, reduzierte man die Wachposten, setzte ältere oder verwundete Soldaten als Bewacher ein, man gab den Gefangenen auch mehr Freiheit, indem man ihnen erlaubte, allein zur Arbeit zu gehen und in kleinen Gruppen sonntags in die Stadt, wo-

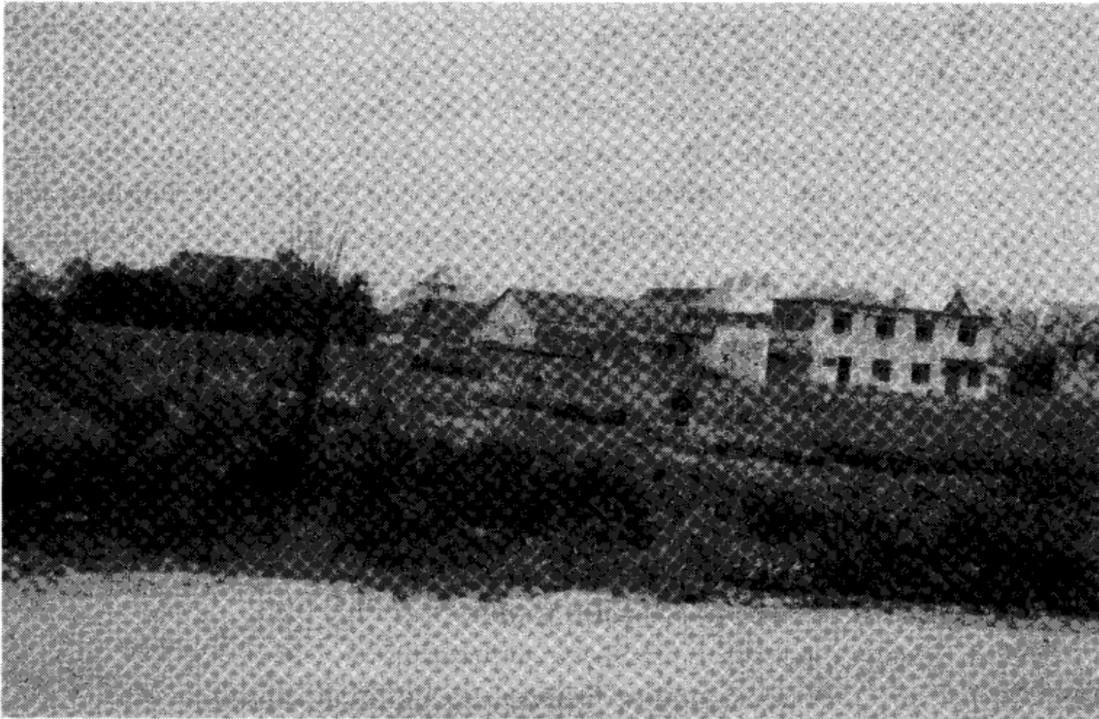
bei ein Gefangener die Verantwortung für alle übernahm.⁴ Aber all diese Versuche waren nicht von Dauer, es war eine Pseudofreiheit, die sogleich wieder eingeschränkt wurde, wenn wieder einmal ein Gefangener die Chance genutzt hatte und geflohen war

Als Camille François bei der Firma B. beschäftigt war, war dies eine Zeit, als die Gefangenen ohne Bewacher zur Arbeit gingen. Nach seinen zehn Stunden im Werk ging er also allein in die Reparaturwerkstatt am Markt und wurde nach drei Stunden und einer Abendmahlzeit von einem der Söhne, 14 Jahre alt, ins Lager zurückgebracht.

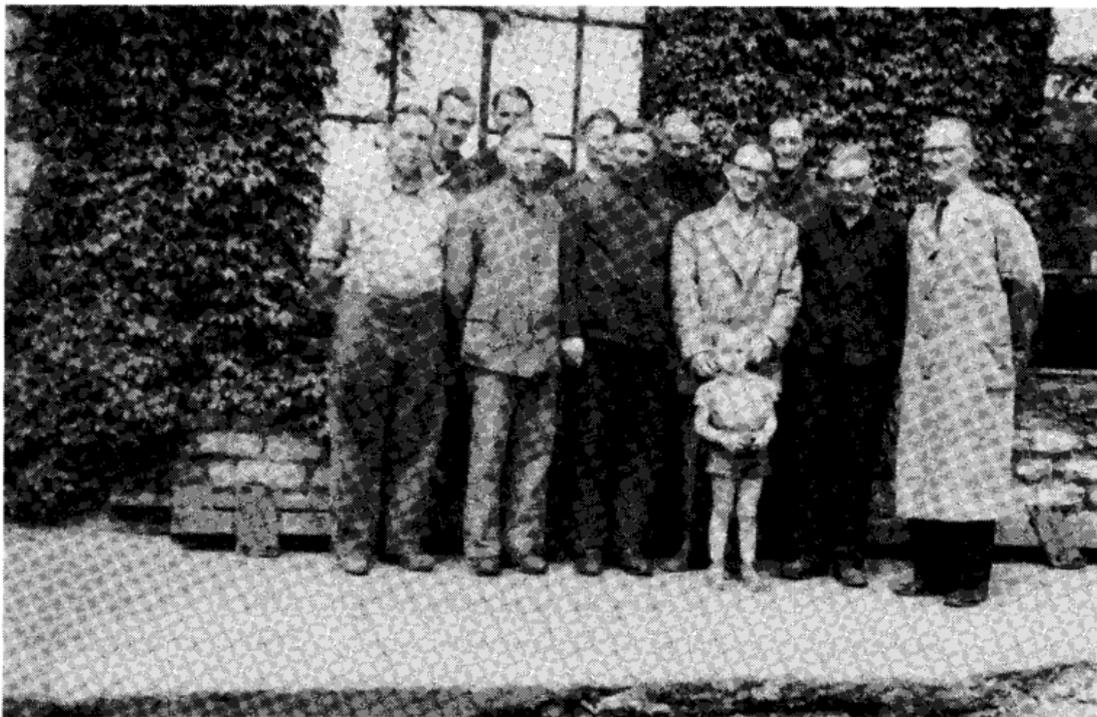
1943 wurde den Gefangenen das Angebot gemacht, sich umwandeln zu lassen in „freie“ Zivilarbeiter, doch nur wenige machten freiwillig davon Gebrauch. Dafür gab es zwei Gründe. Zum einen hätten die Gefangenen damit ihren gesetzlichen Schutz durch die Genfer Konvention verloren, zum andern wirkte das Beispiel ihrer „freien“ Landsleute nicht verlockend. Viele dieser Zivilfranzosen wußten nicht, was sie mit ihrer Freiheit anfangen sollten. Im Lager gab es ganz andere Möglichkeiten, die Zeit in der Gemeinschaft sinnvoll zu verbringen. Manch ein Zivilfranzose kam am Wochenende ins Lager, um dort am Gemeinschaftsleben teilzunehmen, während ein Gefangener dessen Platz draußen einnahm. Für die Wache war das gar kein Problem: Für sie kam es nur darauf an, daß beim Appell die Zahl der Lagerinsassen stimmte.⁵

⁴ Laut der „Meldungen aus dem Reich“ v. 26. 1. 42 hatte „die Lockerung der Bewachungsvorschriften für kriegsgefangene Franzosen in der Bevölkerung eine unterschiedliche Aufnahme gefunden. Während in einem Teil der Berichte hervorgehoben wird, daß die Bevölkerung es nicht verstehe, wenn man Kriegsgefangenen eine derart milde Behandlung zuteil werden lasse, werden andererseits auch zahlreiche Stimmen laut, daß sich unser Verhältnis zu Frankreich grundlegend geändert habe und daß zudem schon zahlreiche Zivilfranzosen, die während des Krieges auch im französischen Heer gedient hätten, in Deutschland eingesetzt seien, die Lockerung der Bestimmungen durchaus angebracht sei.“ (a.a.O., S. 3218) Daß die gelockerte Bewachung in den Augen der Bevölkerung sich auch ungünstig auswirkte, wird ebenfalls berichtet. War zunächst „die Zunahme der Arbeitsfreudigkeit und Leistung der Franzosen hervorgehoben“ worden, mehrten sich später negativ getönte Meldungen. Den Franzosen wird vorgeworfen, sie „benehmen sich frech und herausfordernd“ und „fühlen sich auf Grund der gelockerten Bewachungsmaßnahmen kaum mehr als Kriegsgefangene. Aus ihren Reden sei zu entnehmen, daß bei ihnen grundsätzlich die Tendenz bestehe, Arbeit nach Möglichkeit abzuweisen.“ Die Franzosen seien „unzufrieden und aufsässig“, auch selbstbewußter geworden, und zeigten ein „anmaßendes Wesen“. Auch sei ein deutliches Nachlassen der Arbeitsleistung zu beobachten, es komme sogar zu Arbeitsverweigerungen, da es an geeigneten Strafmaßnahmen fehle. Der Bevölkerung sei es „unverständlich, daß sich Kriegsgefangene ohne ernste Folgen so etwas erlauben dürfen, während jeder Deutsche dafür eingesperrt würde“. Die deutsche Arbeiterschaft sehe „teilweise dem Treiben der französischen Kriegsgefangenen mit einer gewissen Ironie zu und weist darauf hin, daß sie, falls sie so handeln würden, sofort einem Arbeitserziehungs- oder Konzentrationslager zugeführt würden“. (vgl. a.a.O., S. 3323 ff.). „Die Auflockerung der Bewachung (habe) den Kriegsgefangenen zuviel Freiheit gegeben, so daß dadurch eine enge Berührung mit der deutschen Bevölkerung erfolge.“ Besonders kritisch wurde gesehen, daß die „Annäherungsversuche an französische Kriegsgefangene durch deutsche Frauen zugenommen hätten“. (a.a.O., S. 3328) Zum Einsatz frz. Kriegsgefangener vgl. auch „Meldungen aus dem Reich“, S. 5194 ff.

⁵ Da im Deutschen Reich dringend Arbeitskräfte gebraucht wurden, erließ man am 1. April 1943 ein Statut (das „erleichterte Statut“): 250 000 frz. Kriegsgefangene wurden „beurlaubt“ und in das zivile Arbeitsverhältnis überführt. „Das OKW war froh, die an der Bewachung der Gefangenen gebundenen Kräfte der Wehrmacht freisetzen zu können“ (U. Herbert, a.a.O., S. 251).



Der Platz, wo das Lagergebäude stand, nach dem Krieg.



Erster Besuch bei den alten Arbeitskollegen im Bahnausbesserungswerk nach dem Krieg.

Informationen

Am Anfang waren Informationen knapp. Entweder bekamen die Gefangenen sie von ihren deutschen Arbeitskollegen, die sie mit den Siegesmeldungen aus ganz Europa überhäufteten, oder sie wurden ihnen durch eine kleine Zeitung übermittelt: „Le Trait d'Union“, die für alle französischen Kriegsgefangenen in Deutschland gedruckt wurde. Diese reproduzierte nur die offiziellen Nachrichten und förderte die Kollaboration zwischen Frankreich und Deutschland „pour la construction d'une Europe chrétienne“ (um ein christliches Europa zu errichten). Die französischen Zeitungen, die aus denselben Quellen schöpften und die die Gefangenen hätten abonnieren können, hatten auch nichts anderes zu berichten. Man ließ später über die Lautsprecher ihres Gemeinschaftsraums im Lager die Nachrichten-Bulletins von Radio Paris laufen; dabei handelte es sich um deutsche Informationen, die ins Französische übersetzt wurden.

Später, besonders als Camille François bei der Firma B. arbeitete, konnte er allein in einer Werkstatt im zweiten Stock Radio Schweiz empfangen, englischen Rundfunk (BBC) und über Kurzwelle sogar amerikanischen Rundfunk. Auf diese Weise überbrachte er jeden Abend seinen Kameraden verlässliche Nachrichten.

Endlich gelang es ihm sogar, ein System zu basteln, mit dem er den BBC auf die Lautsprecher im Lager legen konnte. Natürlich mußte dann jemand im Hof Wache halten. Daß die Gefangenen so gut informiert waren, mußte gewissen Nazis im Werk bizarr erscheinen. Das Lager wurde – vermutlich von der Gestapo – durchsucht, um sicherzustellen, daß sie keinen Radioempfänger besaßen. Aber da der technische Teil dieser Kontrolle Herrn B. anvertraut worden war, in dessen Werkstatt Camille François arbeitete, durfte jener nichts finden, sonst hätte er sich selbst gefährdet. Manch eine kleine elektrische Bastelei, die sich die Gefangenen ausgedacht hatten, fiel allerdings dieser Durchsuchung zum Opfer.

Im Februar 1944 mußte Camille François auf Befehl der Polizei aufhören, in der Radiofirma zu arbeiten. Der Grund war, daß Mutter und Schwester als Angehörige der Résistance ins KZ eingeliefert worden waren (s.u.). Wäre er Zivilarbeiter gewesen, hätte man ihn möglicherweise auch ins KZ geschickt.

Moral

Im Laufe einer fünfjährigen Gefangenschaft, so meint Camille François, kann man sicher nicht von einer gleichbleibenden Moral sprechen. Sie hing sehr von den Ereignissen und der familiären Situation jedes Einzelnen ab. Die Briefe, die die Gefangenen bis zur Landung der Alliierten in der Normandie regelmäßig und dann weniger regelmäßig bekamen, enthielten nicht nur gute Nachrichten. Man erfuhr von Krankheiten, Todesfällen, Schwierigkeiten mit der Lebensmittelversorgung, und manch einer mußte die Nachricht verkraften, daß ihn die Ehefrau verlassen hatte.

Es gab unter den Gefangenen zwei unterschiedliche Einstellungen. Die einen klammerten sich anfangs an die Hoffnung auf eine mehr oder weniger schnelle Befreiung und sagten sich, daß es nicht nötig sei, sich auf die Gegebenheiten einzustellen

und sich häuslich einzurichten. Sie lebten im Lager ein reduziertes Leben und beklagten ihr Los. Die anderen, zu denen auch Camille François gehörte, beschäftigten sich – in dem Wunsch, diese Zeit zu nutzen – mit verschiedenen Bastelarbeiten, mit Musik, Laienspiel etc. und brachten auf diese Weise die anderen dazu, aus ihrer demoralisierten Haltung herauszukommen. Das ging manchmal so weit, daß sie sich selbst im Werk wie die „gamins“ (Lausbuben) aufführten, aber so versetzten sie sich in einen Zustand außerhalb ihrer Realität. Im Lager gab es manchmal Verfolgungsjagden, Schein-Catchen unter den Tischen, dabei wurde entsprechend gebrüllt. Im Werk gab es Wettrennen zwischen Louis und Jean, unter Löwengebrüll in den Gruben unter den Lokomotiven, und manchmal beteiligten sich sogar ein oder zwei Deutsche daran.

Es ist klar, daß die Gefangenen nach Stalingrad mehr Grund hatten zu hoffen, und mehr noch, als die Alliierten in Frankreich gelandet waren, aber sie waren immer gewappnet, indem sie bis zum letzten Augenblick aktiv waren; denn die Befreiung konnte sich immer noch durch ein unvorhergesehenes Ereignis verzögern (Ardennenoffensive, Vergeltungswaffen V 1, V2). Diese ein wenig verrückte Haltung, die den Deutschen vollkommen unverständlich war, stärkte nicht nur die allgemeine Moral der Gefangenen, sondern löste bei den Deutschen auf subtile Weise Zweifel an den Behauptungen der Nazipropaganda aus.

Umgang mit der Bevölkerung

Im Gegensatz zu den Kameraden, die auf Bauernhöfen arbeiteten und die, wenn sie selbst Bauern oder Landarbeiter waren, oft den Bauern, der eingezogen worden oder verschwunden war, ersetzt, hatten die Kriegsgefangenen im Paderborner Lager kaum Kontakt mit deutschen Arbeitskollegen im Werk. Da die meisten kein Deutsch sprachen, war die Verständigung ohnehin schwierig und der Kontakt sehr eingeschränkt. Für Camille François war das etwas anders. Er sprach Deutsch, kam bei seiner Reparaturarbeit im ganzen Werk herum, und er mußte zweimal am Tag mit den Kameraden, die Küchendienst oder Servierdienst hatten, in die Küche gehen, um die Mahlzeit zu holen und die Anzahl der Rationen zu klären. Er mußte also die Küchenchefin treffen, die eine überzeugte Nationalsozialistin war und die die Gefangenen immer – ganz linientreu – zu überzeugen versuchte, wieviel wertvolle Energie die gelieferten Lebensmittel enthielten. Auch die anderen Köchinnen traf er dort, junge Mädchen und Frauen: Frl. M., Frl. P. und Frau Z., die den Gefangenen die Butterbrote zubereitete und für die Franzosen immer die Wurst- und Käsesorten wählte, die so wenig künstlich wie möglich waren. Camille François erinnert sich, wie sie zur Köchin sagte: „Die Franzosen mögen das nicht“, und es stattdessen den Italienern gab.

Im Laufe der Jahre verbesserten sich die Beziehungen in dem Maße, wie man sich gegenseitig besser kennenlernte. In Paderborn, betont Camille François, seien die Beziehungen zwischen den Deutschen und den französischen Gefangenen niemals schwierig gewesen. Die Gefangenen hatten sich vorgenommen, sich immer so sauber und ordentlich wie möglich zu zeigen, und bei der Arbeit fleißig und leistungsfähig, um

die Vorstellungen, die viele Deutsche von den Franzosen hatten, zu widerlegen. Nach dem Krieg schrieben französische Zeitungen, die Gefangenen seien die besten Botschafter Frankreichs gewesen.

Camille François betont, daß er das Glück hatte, während seiner Gefangenschaft mehrere Menschen mit ihren Familien kennenzulernen, mit denen ihn bis heute Freundschaft verbindet. Einer von ihnen ist Josef G., ein Arbeitskollege, mit dem er sich sofort sehr gut verstand („Nous fraternisons rapidement...“). Bei Bombenangriffen gegen Kriegsende, als beide kein Vertrauen mehr zu dem Luftschutzkeller hatten und die Brandmauer des Werks schon zahlreiche Lücken hatte, liefen sie gemeinsam aus dem Gebäude heraus, um einen weniger gefährlichen Ort zu finden. Bei einem dieser Angriffe sagte Josef G. zu ihm: „Wenn etwas passiert, kannst du zu mir kommen. Ich wohne in Lichtenau an der Straße nach Kassel, 25 km von hier.“ Camille François war auch während eines Alarms in Wewer gewesen, wo er ein Radio für die Familie M. – die Tochter arbeitete in der Kantine – reparierte. Und natürlich war da auch die Familie B., bei der er Erfahrungen im Reparieren von Radios erworben hatte. Bei seinen deutschen Bekannten hatte er schon damals den Spitznamen „Radio“.

Schwer sei gewesen, sagt Camille François, daß die Gefangenen ohne Frauen leben mußten. Eine sexuelle Beziehung zu deutschen Frauen war streng verboten.⁶ In Verbindung mit dem Arbeitskommando in der Bleichstraße ist ein solcher Fall nie bekannt geworden.⁷

Flucht aus der Gefangenschaft

Es hat Ausbrüche aus dem Lager gegeben. Am Anfang wurde dies nicht für so schwerwiegend angesehen; viele Offiziere der Wehrmacht hielten den Wunsch zu fliehen für normal. Bald jedoch gab es Instruktionen, Gefangene, die einen Fluchtversuch unternommen hatten und wieder eingefangen worden waren, hart zu bestrafen. Besondere Straflager wurden eingerichtet (Polen, Rawa Ruska), der Gefangene bekam wenige

- ⁶ „Verbotener Umgang mit Ausländern“ war während des Krieges in Deutschland ein häufiges Delikt, „vor allem die Beziehungen zwischen französischen Kriegsgefangenen und deutschen Frauen standen im Mittelpunkt der Kritik von Partei und Behörden.“ Die Strafen schwankten zwischen einem halben und vier Jahren Gefängnis für die deutsche Frau, zwischen zwei und sechs Jahren für die Franzosen. Die Militärgerichte verhängten in der Regel drei Jahre Gefängnis, wohl auch deshalb, weil nach den Bestimmungen der Genfer Konvention Vertreter der Schutzmächte an der Verhandlung teilnehmen durften und das Urteil ihnen zuzustellen war. Ein Erlass des RSHA vom 5. August 1940, in dem es hieß, „daß gemäß Befehl des Führers kriegsgefangene Franzosen, Engländer und Belgier beim Geschlechtsverkehr mit deutschen Frauen und Mädchen genauso mit dem Tode zu bestrafen sind wie polnische Kriegsgefangene“, änderte an dieser Praxis der Militärgerichte nichts. (vgl. U. Herbert, a.a.O., S. 125)
- ⁷ 1943 wurde eine Paderbornerin „wegen verbotenen Umganges mit französischen Kriegsgefangenen“ zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Es wurde ihr vorgeworfen, sie habe einem frz. Kriegsgefangenen, der in demselben Werk arbeitete wie sie, zur Flucht verholfen. Vgl. A. Telgenbüscher, *Frauen in Paderborn 1933-1945*, Paderborn 1994, S. 45, vgl. auch „Und wie das alle so war...“, hg. A. Telgenbüscher, Paderborn 1995, S. 54ff.

oder gar keine Pakete mehr, die Verpflegung wurde gekürzt, und er war verschärftem körperlichen Drill ausgesetzt.

Jeder Flucht folgte eine komplette Durchsuchung des Lagers, um alles zu finden und zu vernichten, was zur Fluchtvorbereitung hätte dienen können (Nahrungsmittel, Kleidung). Die Disziplin wurde verschärft in der Hoffnung, daß die Kameraden, die darunter litten, sich in Zukunft jedem gegenüber feindlich verhalten würden, der ebenfalls eine Flucht plante.

Diese Rechnung ging jedoch nicht auf. Die Sorge, dies könnte auf die Gemeinschaft zurückfallen, hielt die Gefangenen nicht davon ab, den zu unterstützen, der fliehen wollte. Sie hatten Respekt vor der Freiheit jedes Einzelnen.

Camille François selbst allerdings hat nie an Flucht gedacht. Dafür gab es mehrere Gründe. Als er Dolmetschte, nahm er an allen Appellen teil, er war herausgehoben, weil er die Instruktionen des Lagerkommandeurs übersetzen oder mit ihm gemeinsam klären mußte, weshalb jemand, zum Beispiel wegen Krankheit, nicht angetreten war. Das Fehlen des Dolmetschers wäre gleich beim folgenden Appell aufgefallen: Er war nicht nur ein „Stück“ unter vielen anderen Gefangenen.

Außerdem hatte er eine Vorstellung von der Situation in Frankreich, wo die Rationierung schlimmer und schärfer war als die, die sie in Deutschland erlebten. In Frankreich hätte er auch weniger rechtlichen Schutz genossen als den durch die Genfer Konvention. Da alle französischen Fabriken für Deutschland arbeiteten, erlaubte ihm der Ort, an dem er war, weniger produktiv zu sein und mehr zu lernen („la place que j'occupais me permettait d'être moins productif et d'apprendre beaucoup“). Er hatte auch das Gefühl, im Lager für seine Kameraden von Nutzen zu sein, sie, falls nötig, verteidigen zu können und ihnen zu helfen, die Moral zu bewahren und durchzuhalten.

Persönliches: Das Schicksal der Familie François

Camille François' Vater war im Herbst 1940 in Nancy an Krebs gestorben. Seine Mutter und Schwester wohnten in Joeuf, einem Ort im Elsaß (Lothringen), der an der neuen Grenze nach Deutschland lag (altes Mosel-Department). Einwohner dieses Dorfes, darunter auch die Angehörigen von Camille François, halfen, entflozene Kriegsgefangene, aber auch Lothringer, die nicht in dem von den Deutschen besetzten Teil bleiben und nicht zum Arbeitsdienst und zum deutschen Militär eingezogen werden wollten, mit der Eisenbahn in den nicht besetzten Teil Frankreichs zu schmuggeln. Sie beherbergten sie und versorgten sie mit Lebensmitteln und falschen Papieren. Camille François selbst hat über Mutter und Schwester die Fahrpläne der Züge erhalten, die durch Trier fuhren und weiter bis Joeuf an der neuen Grenze nach Deutschland. Mehrere seiner Kameraden im Paderborner Lager bedienten sich dieses Weges und wurden im Hause François beherbergt.

Seine Mutter konnte nicht verstehen, daß er anderen zur Flucht half, doch selbst nicht fliehen wollte. Sie begann, ihm etwas zukommen zu lassen, was er für eine Flucht brauchen würde. Das vier Kilometer entfernte Nachbardorf, wo seine Schwester Leh-

rerin gewesen war, war deutsch geworden. Von dort aus war es möglich, Briefe und Pakete mit der normalen Post, also unkontrolliert, direkt nach Paderborn zu schicken: entweder an die Adresse eines verständnisvollen Deutschen oder an einen Zivilfranzosen, der bei ihm arbeitete. Camille François stand diesem gefährlichen Unternehmen ablehnend gegenüber, doch trotz seiner Warnungen gab es Sendungen, die schließlich entdeckt wurden, was zu den Verhaftungen in Joeuf führte. (Ein Spitzel verriet diese „groupe de la Vallée de l'Orne“ an die Gestapo. Er wurde nach dem Krieg hingerichtet.)

Auch Camille François wurde einem Verhör durch die Gestapo unterzogen, sein Lagerkommandeur setzte sich jedoch für ihn ein, indem er sagte, daß für ihn als Kriegsgefangenen die Gerichtsinstanzen der Wehrmacht zuständig seien. So entkam er knapp dem KZ. Mutter und Schwester wurden 1942 als Angehörige der Résistance zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach Ablauf dieser Zeit kamen sie jedoch nicht wie erhofft frei, sondern wurden in einer „Nacht-und-Nebel“-Aktion von Hamburg ins KZ Ravensbrück gebracht. Unterwegs warfen sie auf dem Bahnhof von Neubrandenburg einen Zettel, an Camille François adressiert, aus ihrem Eisenbahnwaggon. Darauf stand, wohin sie unterwegs waren und daß es ihnen einigermaßen gut ging. Durch einen schier unglaublichen Zufall wurde dieser Zettel von einem französischen Kriegsgefangenen, der auf der Strecke arbeitete, gefunden; im September 1944 informierte er Camille François in einem Brief.

Seine Mutter starb im März 1945 im KZ Mauthausen, die Schwester wurde in Bergen-Belsen schwerkrank befreit.

Kriegsende, Befreiung und Heimkehr

1945 gab es immer häufiger Luftalarm in Paderborn, und immer mehr durch Bomben beschädigte Lokomotiven waren im Werk zu reparieren. Im Januar wurde der Rangierbahnhof bombardiert. Da die Brandmauern zum Teil zerstört waren, liefen die Arbeiter bei Angriffen lieber ins Freie. Bei dem letzten, großen Angriff auf Paderborn am 27. März 1945 lief Camille François wieder Richtung Wewer aus der Stadt hinaus. Er überlebte, auf der Erde liegend. Der Angriff, erinnert er sich, dauerte 25 Minuten. Der Himmel war bedeckt, man sah kein Flugzeug.

Nach dem Angriff kehrte er zum Werk zurück, um seine persönliche Kleidung zu holen; dann schlug er sich zum Lager in der Bleichstraße durch. Die Straßen brannten im Feuersturm, auch das Lagergebäude stand in Flammen. Er versuchte - in starkem Rauch, das Taschentuch vorm Mund - das Röhrenmeßgerät zu finden, das er nach Frankreich mitnehmen wollte. Wegen des Rauchs mußte er die Suche aufgeben. Später fand er es, verbrannt. Die Kameraden kamen zurück: Sie sollten sich sammeln und in Kolonne an einen unbekanntem Ort gebracht werden. Jetzt war Camille François entschlossen zu fliehen. An einer Straßenbiegung gelang es ihm, mit einem Kameraden hinter einem Gebäude zu verschwinden.

In Wewer wurden sie von der Familie M. herzlich empfangen, doch vor der SS im

Dorf gewamt. Trotzdem verbrachten sie dort die Nacht. Am nächsten Morgen liefen sie nach Lichtenau, unbehelligt von Kontrollen. In Lichtenau war es sehr schwer, die Familie des Josef G. zu finden, weil sein Familienname mit einem Vornamen identisch ist, was Verwirrung stiftete. Aber endlich fanden sie die G.'s, wurden herzlich empfangen und auf dem Dachboden einquartiert, von Frau G. mit Schinkenbrotten üppig gepflegt. Sie waren begeistert von dieser Frau, die im Krieg allen zu essen gab, die es brauchten, ganz gleich, welcher Nationalität die Menschen angehörten.

Während von weitem die vorrückenden Panzerkolonnen zu hören waren, hielten sie sich versteckt - bis die Amerikaner in Lichtenau einrückten und ihnen sagten, sie sollten zurückgehen nach Paderborn. Das taten sie per Fahrrad, fanden in den verlassenen amerikanischen Panzern Kleidung und andere nützliche Dinge wie Rasierapparate, Zigaretten usw.

Zurück in Paderborn, wurden sie davon überrascht, daß die Amerikaner sie „wieder in den Käfig steckten“, einsperrten - diesmal wegen der Plünderungen hauptsächlich von Russen. Das gefiel ihnen nicht und sie brachen wieder aus, diesmal aus dem Lager der Befreiten. Zurückgekehrt nach Wewer fanden sie einen französischen Unteroffizier, den die Amerikaner zum Polizisten im Dorf gemacht hatten. Er bat sie, ihm zu helfen, und brachte sie in Kontakt mit den Amerikanern, die im Schloß untergebracht waren. Sie konnten mit ihnen frühstücken, alle anderen Mahlzeiten bereiteten sie sich selbst „à la française“ bei der befreundeten deutschen Familie in Wewer zu. Hier machten sie sie bekannt mit „frites“ und „ragout“ - eine internationale Küche gab es damals noch nicht. Camille François kümmerte sich darum, daß die Familie mit Strom versorgt wurde.

Er erinnert sich: „Ces heures, passées à Wewer, sont inoubliables. Après 5 ans d'enfermement goûter à la liberté... fin avril - début mai, en même temps que le renouveau du printemps, des fleurs, c'était une sensation extraordinaire et cela avec l'aide de deux familles qu'on ne pouvait qualifier d'opportunistes.“ Diese Stunden in Wewer sind unvergesslich. Nach fünfjähriger Gefangenschaft die Freiheit kosten! Ende April, Anfang Mai, zur gleichen Zeit, wie die Natur sich erneuert, genießen die ehemaligen Gefangenen ihr neues Leben. Ein außerordentliches Gefühl, das sie genießen „mit Hilfe zweier deutscher Familien, die man nicht Opportunisten nennen konnte.“

Als „Polizei“ mußten sie hauptsächlich aufpassen, daß die Sperrstunde befolgt wurde. Camille François kam immer lautstark per Motorrad, so daß die Weweraner Zeit hatten, rechtzeitig zu verschwinden. Er wurde damit beauftragt, mit dem Pferdewagen den Chef der NSDAP von Wewer zu den Engländern nach Salzkotten zu bringen. Dabei war er mit einem „superben“ Karabiner bewaffnet - doch ohne Munition.

Eine gewisse Zahl ehemaliger Gefangener - Offiziere des Oflag VI A in Soest - hatte am Anfang davon profitiert, daß amerikanische Flugzeuge in Paderborn landeten und dann nach Frankreich flogen. Camille François und seinem Kameraden hatten die amerikanischen Offiziere versprochen, sie so bald wie möglich nach Sennelager zur Repatriierung gehen zu lassen. Im Jeep wurden sie dorthin gebracht. Nach einigen

Tagen Wartezeit im Lager fuhren sie im Lastwagen zunächst nach Münster⁸ und weiter mit der Eisenbahn, auf einer provisorischen Brücke mit nur einem Gleis, über den Rhein; die Fahrt ging durch die Niederlande und Belgien, während Frauen mit Kaffee und Süßigkeiten für die ehemaligen Gefangenen den Bahndamm säumten. Longuyon war der erste französische Bahnhof, man bot ihnen um 3 Uhr früh Rotwein an...

Camille François hatte keine Familienangehörigen mehr in der Nähe, so gab er Paris als Ziel an. In der Nacht vom 7. zum 8. Mai passierten sie Reims, alles war hell erleuchtet, man unterzeichnete dort den Waffenstillstand. Am 8. Mai morgens stieg er in Paris aus, kam bei Freunden unter. In den Straßen tanzten die Menschen und feierten den Sieg.

Seine Schwester kam aus Bergen-Belsen zurück und wurde schwerkrank ins Krankenhaus eingeliefert, wo sie monatelang bleiben mußte.

In Nancy wurde ihm eine Arbeitsstelle als Radiotechniker angeboten. 32 Jahre lang sollte er in diesem Beruf arbeiten. Mit den drei deutschen Familien, die er in Paderborn kennengelernt hatte, begann eine Korrespondenz, die bis heute andauert. Man besucht sich gegenseitig in Deutschland und in Frankreich; bis heute verbindet alle „l'amitié dure“ - eine unverbrüchliche Freundschaft.

⁸ Die Paderbornerin Eva Sternheim-Peters schreibt über die heimkehrenden Franzosen: „Als ein trikoloreshmückter Lastwagen an ihr vorbeifuhr, mit dem französische Kriegsgefangene singend und tanzend die Fahrt in ihre Heimat antraten, winkte E. ihnen zu, und es gelang ihr sogar zu lachen, weil sie sich freute, daß es noch Menschen gab, die Grund hatten, fröhlich zu sein.“ (Die Zeit der großen Täuschungen, Bielefeld 2. Aufl. 1992, S. 379)

Strom für Paderborn: Wie die Elektrizität Einzug in die Domstadt hielt (Teil 1)

von Rainer Lakmann

Einleitung

Das Thema Strom ist in aller Munde. Nachdem wie beim Telefonieren das Monopol abgeschafft und ein freier Wettbewerb eingeführt worden ist, kämpfen die Energieversorger mit aufwendigen Marketingkampagnen und immer neuen Tarifangeboten um jede Steckdose. Endlich wird den Menschen bewußt, wie sehr elektrischer Strom ein wesentlicher und unverzichtbar erscheinender Bestandteil der menschlichen Zivilisation, das „fünfte Element“ in einer sich der effektiven Nutzung der Technik verschriebenen Welt geworden ist. Daher mag es verwunderlich erscheinen, dass Strom bis Mitte dieses Jahrhunderts keineswegs ein selbstverständliches Gut war und die Elektrizitätswerke nur mit großen Mühen die Elektrifizierung vorantreiben konnten.

Der folgende Beitrag beschreibt die Entwicklung der Stromversorgung in der Stadt Paderborn von den Anfängen bis nach dem Zweiten Weltkrieg.¹ Im Mittelpunkt sollen nicht technische Fakten und Details stehen, sondern die Art und Weise, wie versucht wurde, die skeptische, eher technikfeindlich eingestellte Bevölkerung an die neue Energie heranzuführen.

1 Von der Lampe bis zur Straßenbahn – Paderborn entdeckt die Elektrizität (1883 - 1909)

1.1 Elektrizitätswerk:Gaswerk 0:1

Am 9. Januar 1909 wurde die „Paderborner Elektrizitätswerk und Straßenbahn Aktiengesellschaft“, kurz PESAG, gegründet. Damit begann die öffentliche Stromversorgung für Paderborn und das Umland.² Jedoch war Elektrizität für die Bürger Paderborns nichts absolut Neues mehr. Bereits im Jahr 1883, ein Jahr nachdem Thomas Edison in New York das erste öffentliche Elektrizitätswerk hatte errichten lassen, und ein Jahr bevor in Berlin die erste öffentliche Stromversorgung in Deutschland aufgebaut wurde, schlug das *Westfälische Volksblatt* vor, die Wassergefälle der Pader zur Erzeugung von Strom zu nutzen.³ Allerdings stieß dieser Appell auf taube Ohren; weder in der Bevölkerung noch bei den Vertretern der Stadt regte sich ein spürbares Interesse. Verständlich, denn mit Energie wurden die Paderborner bereits durch das

¹ Der folgende Text ist der stark gekürzte erste Teil meiner unveröffentlichten Magisterarbeit „Strom für Paderborn – Die Elektrifizierung eines ländlich strukturierten Raums“ (1998).

² Zur Entwicklung der Stromversorgung im Paderborner Land bis 1914 gibt es eine unveröffentlichte Magisterarbeit. Vgl. BEDRANOWSKY, passim

³ *Westfälisches Volksblatt* (fortan *WV* abgekürzt) vom 24.11.1883, „Die Pader und die Electricität“.

städtische Gaswerk versorgt.⁴ Da die Gasanstalt rentabel wirtschaftete und der Stadtkasse gute Einnahmen bescherte, stand der Stadt nicht der Sinn nach Veränderungen.

Ausgenommen der Stadtverordnete Albert Pape, ein wohlhabender Verlagsbuchhändler und fasziniert von den Anwendungsmöglichkeiten des Stroms: 1889 ließ er sein Haus elektrisch einrichten; in seiner Wohnung „fehlte weder ein elektrischer Tischventilator noch der elektrische Zigarettenanzünder“.⁵ Nachdem die Stadtverordneten Papes Haus im Dezember 1889 besichtigt hatten, entwickelte sich eine über viele Jahre hinstreckende Debatte, ob die Stadt die Einführung der Elektrizität fördern solle.

Ein weiterer Anstoß ergab sich fast zwei Jahre später: 1891 fand in Frankfurt am Main von Mai bis Oktober die „Internationale Elektrotechnische Ausstellung“ statt, eine Leistungsschau der Elektrotechnik. Den absoluten Höhepunkt bildete die Übertragung von Drehstrom über eine 175 Kilometer lange Strecke von Lauffen bis nach Frankfurt. Der bis dahin bestehende Konkurrenzkampf zwischen Gleichstrom und Drehstrom, die Entwicklung der Elektrizitätswirtschaft stark hemmend, entschied sich damit zugunsten des Drehstroms. Dieser läßt sich, anders als Gleichstrom, zwar nicht speichern, so dass von den Kraftwerken immer genügend Elektrizität vorgehalten werden muss, dafür kann er über riesige Entfernungen ohne nennenswerte Verluste übertragen werden. Damit war Elektrizität gerade für ländliche Gebiete ohne Möglichkeit, flächendeckend Einzelanlagen errichten zu können, interessant geworden.

Auch eine Paderborner Abordnung, bestehend aus drei Stadtvertretern, darunter Albert Pape, besuchte die Ausstellung in Frankfurt. Wieder daheim in Paderborn, resümierte Pape, die Zukunft gehöre dem Strom, „denn er gibt uns Licht, Kraft und Wärme“.⁶ Elektrizität beurteilte er vorausschauend als neuen allumfassenden Energieträger; indes beantwortete er die von den anderen Stadtverordneten gestellte Frage, ob der Bau einer elektrischen Zentrale für Paderborn ein zwingendes Bedürfnis sei, mit „weder ja noch nein“. Da das Gaswerk mittlerweile an seine Kapazitätsgrenzen gestoßen war, entzündete sich ein Streit, welcher der beiden Energieträger nun der Vorzug zu geben sei.

Für eine Entscheidung in dieser Pattsituation sorgte die Erfindung des „Auerschen Gasglühlichts“. Entwickelt vom Chemiker Carl Auer von Welsbach, strahlte es so hell wie eine elektrische Kohlenfadenlampe, kostete im Betrieb aber nur ein Fünftel bis ein Sechstel so viel. Ab 1892 fand es überall Verbreitung, auch für die Außenbeleuchtung:

⁴ 1854 von privater Hand errichtet, war das Gaswerk 1866 teilweise und 1872 vollständig in städtischen Besitz übergegangen. Zur Geschichte des Gaswerks vgl. SCHRÖDER, *passim*.

⁵ *Freie Presse* (fortan *FP* abgekürzt) vom 07.12.1946, „50 Jahre Elektrowirtschaft in Paderborn“. – 1889 schaffte sich auch der Mühlenbesitzer Franz Schwarzendahl eine elektrische Anlage zur Beleuchtung seines Hauses an.

⁶ „Bericht des Stadtverordneten Albert Pape über den Städtetag am 27., 28. und 29. August in Frankfurt bei Gelegenheit der internationalen elektrotechnischen Ausstellung, vorgetragen in der Stadtverordneten-Sitzung am 13. Novbr. 1891“. In: Stadtarchiv Paderborn (fortan *StAPb* abgekürzt) A 3380.

Paderborn ließ als erste deutsche Stadt 1894 die Straßen mit diesem Licht beleuchten. In ganz Deutschland trat das Gasglühlicht nun seinen Siegeszug an; das Interesse an elektrischer Beleuchtung ging schlagartig zurück. Daher beschlossen die Paderborner Stadtverordneten im Mai 1897 den Neubau der Gasanstalt.⁷ Doch auch ohne die Erfindung des Gasglühlichts hätte sich die Stadt gegen die Elektrizität entschieden: Während Gas eine vertraute Erscheinung war, erschien Elektrizität den skeptischen Paderbornern noch als „Buch mit sieben Siegeln“, wie ein Stadtverordneter freimütig bekannte.⁸

Die Errichtung einer elektrischen Zentrale war nun auf längere Zeit hin unmöglich geworden, auch für Privatunternehmen. Der Grund: Die Überkreuzung öffentlichen Eigentums, vor allem von Straßen, mit elektrischen Leitungen durfte nur mit Einwilligung der betreffenden Kommune erfolgen. Ein Vetorecht, das die Stadt Paderborn wie viele andere Städte und Gemeinden sehr rigoros anwandte, vor allem zum Schutz ihrer Gasanstalt.⁹ Somit war die Entwicklung der Elektrizitätsversorgung zunächst beschränkt auf Einzelanlagen, die ein Haus oder einen Betrieb, und auf Blockanlagen, die einen Häuserblock ohne Überquerung einer Straße versorgten.

1.2 Strom-Pionier Hermann Schmitz

Für die Elektrizität war in Paderborn eine Schlacht verloren, nicht aber der Krieg. 1895 gründete der Paderborner Ingenieur Hermann Schmitz ein Unternehmen für die Errichtung von elektrischen Licht- und Kraftanlagen. Damit stieß er in eine Marktlücke: Zu diesem Zeitpunkt verfügten in Paderborn lediglich zwei Druckereien, zwei Brauereien und eine Mühle über kleine elektrische Lichtanlagen, ein Elektromotor war gar nicht vorhanden. Mit großem missionarischen Eifer setzte sich Schmitz für ein Ende dieser Strom-Diaspora ein, musste aber zunächst einige Hindernisse überwinden: Sein erstes Projekt, die Errichtung einer elektrischen Lichtanlage im Paderborner Rathaus, konnte nicht realisiert werden. Auch sein Vorschlag, für das städtische Wasserwerk einen 12 PS-Elektromotor als Ersatz für den dort vorhandenen, als unzuverlässig eingeschätzten Gasmotor aufzustellen, wäre fast an der ablehnenden Haltung der Stadtverordneten gescheitert. Doch nach längerem Hin und Her setzte sich Schmitz durch: Im Herbst 1895 ging die Anlage in Betrieb, nachdem sich Schmitz verpflichtet hatte, diese zunächst auf eigene Rechnung aufzustellen und der Stadt für ein Jahr zur Probe zu überlassen. Doch der Motor lief viele Jahre ohne nennenswerte Störungen und diente ihm als Empfehlung für weitere Aufträge. Im Dezember 1895 besichtigten Vertreter der Stadt Paderborn den Elektromotor und zeigten sich sehr angetan, wie die „ganze trefflich functionierende Anlage“ ihren Dienst verrichtete.

⁷ Vgl. SCHRÖDER, S. 37-39.

⁸ Vgl. SCHMITZ, S. 17.

⁹ Vgl. Anfragen elektrotechnischer Firmen an die Stadt Paderborn. In: StAPb A 3380.

Der Stadtverordnete Albert Pape lobte, der elektrische Betrieb sei um 30 % billiger, zudem viel leichter bedienbar als mit Gas.¹⁰

Dennoch wurden in Paderborn immer mehr gasbetriebene Motoren eingesetzt, da ihre Verbreitung massiv gefördert wurde: Die städtische Gasanstalt vermittelte beim Kauf von Motoren und übernahm die Installation; eine spezielle Gasmotoren-Kommission der Stadtverwaltung kümmerte sich um die technische Betreuung. Diese Strategie trug Früchte: 1897 wurden in Paderborn 19 Gasmotoren eingesetzt, 1900 32, 1903 52 und 1908 77 Motoren.¹¹

Daneben setzte auch die eigentliche Elektrizitätswirtschaft in Paderborn ein: Als erster Privatmann bezog der Paderborner Rechnungsrat Huck im Jahre 1896 Elektrizität aus der Anlage des Mühlenbesitzers Franz Schwarzendahl; auch das Kaiser-Karls-Bad erhielt von dort Strom.¹² Jedoch wurden diese Geschäfte vom Gaswerk mit großem Misstrauen beobachtet. Als die Buchdruckerei Schönningh eigenproduzierten Strom an verschiedene Interessenten abgeben wollte, legte die Direktion des Gaswerks dagegen, allerdings erfolglos, ihr Veto ein, denn das „Beleuchtungsmonopol der Stadt wollte keine Konkurrenten“¹³.

In Schloss Neuhaus, wohin das Gaswerk noch nicht lieferte, gab es dieses Monopol nicht. Grund genug für Hermann Schmitz, sich im Herbst 1897 mit Franz Schwarzendahl und Albert Pape sowie zwei Geschäftsleuten zusammenzutun: Gemeinsam gründeten sie das „Elektrizitätswerk Neuhaus“. In Paderborn sahen sie aufgrund der Dominanz des Gaswerks keine Erfolgchance, während ihnen die Gemeinde Neuhaus „jede nur mögliche Unterstützung und Förderung“ gewährte.¹⁴ Das mit Wasserkraft betriebene Werk ging im März 1898 in Betrieb. Die Neuhäuser Gemeindewege wurden mit 27 Glühlampen und vier Bogenlampen bestückt – der Beginn der elektrischen Straßenbeleuchtung im Landkreis Paderborn.¹⁵ Fast alle Geschäftshäuser und Gastronomiebetriebe ließen sich anschließen, dazu auch einige Privathäuser, während sich die meisten Bürger diesen Luxus noch längst nicht leisten konnten.

Kurze Zeit später erweiterte das E-Werk seinen Wirkungskreis nach Sennelager. Als eine Paderborner Garnison dorthin verlegt wurde, ging es mit der ansässigen Gastronomie enorm aufwärts.¹⁶ Da genügte auch die übelriechende Petroleumbeleuchtung nicht mehr den Ansprüchen. Das elektrische Licht als Zeichen des Fort-

¹⁰ Vgl. *WV* vom 21.12.1895, Rubrik „Locales und Provinzielles“.

¹¹ Vgl. SCHMITZ, S. 30.

¹² Vgl. *FP* vom 07.12.1946, „50 Jahre Elektrowirtschaft in Paderborn“.

¹³ SCHRÖDER, S. 47.

¹⁴ Vgl. SCHMITZ, S. 26.

¹⁵ Vgl. *WV* vom 11.10.1958, „Sechzig Jahre elektrisches Licht in Schloß Neuhaus“

¹⁶ Der *Paderborner Anzeiger* (fortan *PA* abgekürzt) registrierte in den Hotels und Wirtschaften „eine fieberhafte Tätigkeit“, um „die Logir- und Restaurationsräume in wohnlichen und theils luxuriösen Zustand“ zu bringen. Vgl. *PA* vom 25.03.1899, „Beim Sennelager“.

schritts hielt Einzug, um „des Abends die Säle in feenhafter Beleuchtung“¹⁷ erstrahlen zu lassen. Auch das Militär wusste die Elektrizität bald zu schätzen: Als erste Kaserne Deutschlands ließ sich die Schloßkaserne in Neuhaus elektrisch beleuchten; die Garnisonswäscherei war ebenfalls die erste, die einen Elektromotor einsetzte.

Dieser Motor war allerdings der einzige im Versorgungsgebiet des „Lichtwerks“, wie das Elektrizitätswerk im Volksmund bald genannt wurde. Doch vom nur wenige Stunden am Tag beanspruchten Lichtstrom allein konnte das Werk nicht existieren. Ein zuverlässiger Großabnehmer musste her. Da bot sich die elektrische Straßenbahn an – ideal, um das tagsüber fast brachliegende Kraftwerk effektiver nutzen zu können.¹⁸ Das Elektrizitätswerk Neuhaus bemühte sich bereits seit seiner Gründung 1897 beim Regierungspräsidenten in Minden um die Erlaubnis, eine Straßenbahn zwischen Paderborn und Neuhaus betreiben zu dürfen. Allerdings gab es auch andere Interessenten; die Konzession erhielt schließlich im Februar 1899 die Westfälische Kleinbahnen AG (WK). Die WK kaufte das Neuhäuser Elektrizitätswerk und errichtete als erste Straßenbahn im Regierungsbezirk Minden eine Linie zwischen Paderborn und Neuhaus, die 1901 bis nach Sennelager verlängert wurde.

1.3 Paderborner Rufe nach Strom werden immer lauter

Zwar durften die Betreiber des Neuhäuser Werks keinen Strom nach Paderborn verkaufen,¹⁹ trotzdem fand vor allem dank Hermann Schmitz die Elektrizität auch dort stetig Verbreitung. 1909 wurden insgesamt 40 elektrische Anlagen in der Domstadt gezählt, etwa die Hälfte davon von Schmitz errichtet. Damit war Paderborn, gemessen an der Einwohnerzahl, die Stadt mit den meisten Anlagen dieser Art in Deutschland.²⁰

Mittlerweile waren die Paderborner auch auf andere Weise an die Elektrizität herangeführt worden, nämlich im Rahmen von Kirmes- und Theatervorführungen. Im März 1880 konnte in einem Paderborner Lokal neben der Vorstellung von dressierten Flöhen auch der „Riesen-Phonograph Edison's“ bestaunt werden, „ein Sprechapparat, welcher einmal hineingesprochene Worte, Trompetenstöße und Gesänge zu jeder Tageszeit sowie nach Wochen und Jahren laut wieder hervorbringt“²¹. Ab 1899 fanden elektrische Musikinstrumente Verbreitung, die nicht nur in den Sennelager Gaststätten die Soldaten bei Stimmung hielten,²² sondern auch in Paderborn das Publikum anlockten. Zwar monierte der *Paderborner Anzeiger*, dem mechanischen Spiel

¹⁷ Ebd.

¹⁸ Folglich hatten große Elektrizitätsunternehmen wie die Berliner Elektrizitätswerke oder die AEG bereits Anfang der 1890er Jahre begonnen, elektrische Bahnen zu errichten.

¹⁹ Vgl. Vertrag der Stadt Paderborn und der WK über das Recht der Straßenbenutzung der Straßenbahn. In: StAPb G 453.

²⁰ Vgl. SCHMITZ, S. 31.

²¹ Anzeige im *WV* vom 08.03.1880.

²² Vgl. *PA* vom 25.03.1899, „Beim Sennelager“.

fehle „Feinheit“ und „Seele“ – ein Vorwurf, der technischen Neuheiten stets gemacht wird –, doch könne es immerhin bei Tänzen und Märschen gute Dienste leisten.²³

Ende der 1890er Jahre hielten die bewegten Bilder der Kinematographen in Paderborn Einzug.²⁴ So gab 1901 eine Theatertruppe ein Gastspiel: Neben „Miss Lingcoln“, der „amerikanischen Fessel- und Ausbrecherkönigin“, stellte der „wunderbare Riesen-Biograph, Edisons neueste Erfindung“ die Hauptattraktion dar und zeigte Filme wie „Die Jungfrau von Orleans“.²⁵ Auch ein „elektrisches Bühnenschauspiel“, deren „großartigen Lichteffekte in ihrer Farbenpracht“ das *Westfälische Volksblatt* sehr beeindruckte, wurde geboten.²⁶ Während des Liborifests 1903 trat ein fahrendes Theater mit einem „echten Original-Edison-Kinematograph“ auf, „lebende Photographien in großartigster Vollkommenheit und nur naturgetreuer Wiedergabe“ und Filme wie „Der Tod des Heiligen Vaters“ und „Der Königsmord in Serbien“ zeigend.²⁷ Mit der Zeit passten sich die Schausteller den Paderborner Vorlieben an: Sie ließen an den Schützenfesttagen die Ausmärsche filmen und zeigten die Bilder mit großem Erfolg zu Libori.²⁸ Ab 1907 gab es in der Stadt auch stehende Kinos. Der nötige elektrische Strom wurde mit Gasmotoren erzeugt. Jedoch fällt beim Studium der Kinoanzeigen in diesen und späteren Jahren auf, dass mit der Eigenschaft „elektrisch“ nicht mehr geworben wurde – offensichtlich hatte Strom sich zumindest auf diesem Gebiet von der Kuriosität zur Selbstverständlichkeit gewandelt und erregte keine publikumsfördernde Aufmerksamkeit mehr.

Apropos Selbstverständlichkeit: Im Jahr 1903 besaßen in Deutschland alle Städte mit mehr als 50.000 Einwohnern sowie bereits mehr als drei Viertel der Städte zwischen 20.000 und 50.000 Einwohnern eine öffentliche Stromversorgung.²⁹ Auch im fast 30.000 Seelen zählenden Paderborn wurden nun wieder verstärkt Rufe nach einem eigenen Elektrizitätswerk laut. 1904 ließ die Gaswerksdeputation einen Fragebogen an alle Bewohner der Stadt verteilen, um Aufschluss über den tatsächlichen Bedarf nach Elektrizität zu erhalten.³⁰ Im Juni 1905 lud der Technische Verein zu einem Vortrag über „Elektrizität und ihre verschiedenen Nutzenwendungen“ ein. Referent war Hermann Schmitz: Vor über 300 Besuchern in der bis auf den letzten Platz besetzten Turnhalle in der Westernstraße, erschienen waren auch die leitenden Beamten der städtischen Behörden, zählte er die Vorzüge der Elektrizität auf. Schmitz schien sein Publikum überzeugt zu haben, denn das *Westfälische Volksblatt* appellierte an die Lokalpolitiker:

²³ Vgl. *PA* vom 12.08.1899, Rubrik „Locales“.

²⁴ Vgl. *WV* vom 03.08.1935, „Die Lichtspieltheater der Stadt Paderborn“.

²⁵ Vgl. Anzeigen im *WV* vom 24.12.1901 und *PA* vom 25.12.1901.

²⁶ Vgl. *WV* vom 28.12.1901.

²⁷ Anzeige des Theater Ahlers im *WV* vom 25.07.1903.

²⁸ Vgl. *WV* vom 03.08.1935, „Die Lichtspieltheater der Stadt Paderborn“.

²⁹ Vgl. KRABBE, S. 126f.

³⁰ Vgl. SCHRÖDER, S. 46. Leider sind die Ergebnisse dieser Umfrage nicht überliefert.

„Da nunmehr durch den Vortrag unbestritten die größten Vorteile und Annehmlichkeiten der elektrischen Beleuchtung und der elektrischen Kraft für das Kleingewerbe klar geworden, darf wohl mit Sicherheit angenommen werden, dass sich jetzt auch diejenigen Kreise beteiligen werden, welche der Anlage bisher skeptisch gegenüberstanden.“³¹

Doch den Anstoß zur Gründung der PESAG gaben schließlich nicht Paderborner Bürger, auch nicht so engagierte Pioniere wie Albert Pape oder Hermann Schmitz, sondern das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk (RWE) in Essen. Dieses übernahm 1906 die Aktienmehrheit der finanziell desolaten WK mit all ihren Einrichtungen. Damit wurde das RWE auch Besitzer des Neuhäuser Kraftwerks und der zwischen Paderborn, Neuhaus und Sennelager verkehrenden Straßenbahn.

Mit dem RWE trat ein Unternehmen ganz neuer Güte auf die Paderborner Bühne. Gegründet 1898, war es 1902 mehrheitlich von den Kohlenindustriellen Hugo Stinnes und August Thyssen übernommen worden. Diese betrieben mittels radikaler Senkung der Strompreise ein aggressives Expansionsstreben, um den Stromabsatz und damit auch den Verbrauch ihrer Kohlen in ungeahnte Höhen zu treiben. 1907 trat das RWE mit der Stadt Paderborn in Verhandlungen ein. Zunächst verfolgte das RWE das Ziel, eine Stromverkaufskonzession für die Bahngesellschaft zu erhalten oder aber diese an die Stadt zu verkaufen. Nach und nach entstand die Idee, ein gemeinsames Unternehmen zu gründen. Unterdessen hatte sich nämlich der Druck der Paderborner Bevölkerung auf die städtischen Behörden verstärkt, in Sachen Elektrizität die *splendid isolation* zu beenden. Vor allem die Gewerbetreibenden waren der Gas- und Petroleummotoren aufgrund der Kosten, des Lärms und der Geruchsbelästigung überdrüssig geworden.³²

Paderborns Bürgermeister Otto Plaßmann, von 1895 bis 1919 im Amt und stets bestrebt, die wirtschaftlich rückständige Stadt zu einem regionalen Oberzentrum auszubauen, hatte andere Pläne: die Errichtung eines regionalen Straßenbahn-Liniennetzes. Insbesondere mit einer Linie von Paderborn über Bad Lippspringe nach Schlangen und weiter ins Lipperland hinein wollte Plaßmann den Standort Paderborn attraktiver gestalten, indem eine bessere Anbindung an den Kurort Lippspringe geschaffen, die lippische Kauf- und Arbeitskraft nach Paderborn gelockt und der Tourismus, vor allem mit Blick auf die Sehenswürdigkeiten des Teutoburger Waldes, belebt werden sollte.³³ Daher verhandelte die Stadt Paderborn mit dem RWE über die Gründung einer gemeinsamen Straßenbahn-Gesellschaft mit angeschlossenem Elektrizitätswerk.

³¹ *WV* vom 02.07.1905, Rubrik „Lokales und Provinzielles“. Vgl. dazu auch SCHMITZ, S. 60.

³² Vgl. Anfragen verschiedener Gewerbebetriebe zwischen 1906 und 1908. In: StAPb A 284. Auch die Anwohner der von der Straßenbahn befahrenen Straßen bedrängten die WK wegen eines Anschlusses. Vgl. Schreiben der WK an den Magistrat vom 24.09.1907. In: Ebd.

³³ Aufgrund dieser Motive war das 1908 von der AEG eingehende Angebot, in Paderborn ein E-Werk ohne dazugehörige Straßenbahn zu errichten, natürlich ohne Chance.

Aber den Paderborner Stadtvertretern bescherte diese Idee auch schlaflose Nächte. Lohnte sich bei dem mageren Verkehrsaufkommen und der kaum vorhandenen Industrie überhaupt ein solches Unternehmen? Was würde nach Errichtung eines Elektrizitätswerks aus der Gasanstalt werden? Und außerdem, sollte wirklich ein auswärtiges Unternehmen an diesen Aufgaben beteiligt werden? Nachdem die Verhandlungen zwischenzeitlich ins Stocken geraten und vorübergehend sogar ganz aufgegeben worden waren, fanden sie aus der Sicht Plaßmanns und des RWE schließlich doch ein gutes Ende: Am 9. Januar 1909 wurde die PESAG gegründet.³⁴

Gegenstand des Unternehmens war „die Versorgung der Stadt Paderborn und ihrer Einwohner, der Gemeinde Neuhaus, des Sennelagers und seiner Einwohner mit elektrischer Energie, für Licht, Kraft und andere Zwecke, die Übernahme und der Betrieb der vorhandenen und noch zu erbauenden Straßenbahn sowie die Versorgung angrenzender Orte oder Gemeinden mit elektrischer Energie“. Die Interessen der Gründer gingen hierin deutlich auseinander. Die Stadt Paderborn betrachtete, wie Plaßmann bekannte, die Straßenbahnen als „die Hauptsache“, die Konzession des Elektrizitätswerks gewährte sie nur, „um dem RWE die Beteiligung an der Straßenbahn nach Schlangen schmackhaft zu machen“.³⁵ In der Tat stand für das RWE bei ihren Aktivitäten im Verkehrswesen die damit verbundenen Stromlieferungsverträge an erster Stelle.³⁶ Fazit: Ohne Straßenbahn hätte die Stadt Paderborn der Errichtung des Elektrizitätswerks niemals zugestimmt, ohne Stromversorgung hätte sich das RWE niemals an der Straßenbahn beteiligt. Somit wäre in Paderborn ein Elektrizitätswerk erst nach dem Ersten Weltkrieg entstanden, wohl erst nach Überwindung der Inflation 1923/24.

Vorstand der PESAG wurde Wilhelm von Tippelskirch, als RWE-Vorstandsmitglied für den Bereich Bahnen zuständig. Er leitete die Geschäfte der PESAG von seinem Büro in Düsseldorf aus.³⁷ Vor Ort bestimmten die Geschicke der Betriebsleiter Rudolf Vogel und Bürgermeister Otto Plaßmann, der als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender die gleichen Befugnisse wie der Vorsitzende Hugo Stinnes besaß.

³⁴ Hauptanteilseigner waren zunächst die Stadt Paderborn und das RWE mit je rund 49 % und der Provinzialverband der Provinz Westfalen mit rund 1,7 %. Im Lauf der Zeit veränderten sich die Besitzanteile immer wieder. Vgl. VON DER ELEKTRISCHEN ZUM ALLELEKTRISCHEN, S. 162f.

³⁵ Schreiben von Plaßmann an Landesrat Heinrich Pothmann vom 29.07.1908. In: StAPb A 3386.

³⁶ Vgl. STERNBURG, S. 82.

³⁷ Obwohl die öffentlich-rechtliche Seite die Aktienmehrheit besaß, gestand sie dem RWE die technische und finanzielle Leitung der PESAG zu, vor allem auf Wunsch von Otto Plaßmann, der Beamten generell kein unternehmerisches Denken zutraute.

**Das Paderborner
Elektrizitätswerk**

soß bis zum Herbst d. J. fertig gestellt sein und
werde ich daher schon in Kürze die

**Installation elektrischer
Licht- und Kraft-Anlagen**
mit aufnehmen.

Meine Abteilung für elektrische Anlagen wird
vorausichtlich vom 15. Juni ab in Tätigkeit treten
und aus nur tüchtigen Elektrotechnikern bestehen.
Anträge erbitte mir gefl. schon jetzt zu erlei-
ten, damit die Anlagen frühzeitig fertiggestellt
werden können. 03083

J. Leniger,
Technisches Installationsgeschäft
für Zentralheizungen, Gas-, Wasser-
und elektrische Leitungen.
Telefon 13.

**Elektrische
Lichtanlagen**

für Schaufenster, Läden, Privat- und
Geschäftsräume
in jeder Ausführung bei höchster Garantie unser Garantie.

Kraftanlagen

für sämtliche Gewerbetreibende zur Holz- und
Metallbearbeitung, Schleifmaschinen, Sägemöhlen,
Mühlereien, Sälselereien usw.
Lieferung sämtlicher Maschinen und Apparate
unter Garantie.

Friedr. Hobein,
Am Abdinghof Nr. 18. 03077

Elektromotore

mit geringem Wirkungsgrad
sind geschenkt

zu teuer. 049726

Bevor sich jemand zur Anschaffung ent-
schliesst, ersuche ich um Besichtigung meines
Musterlagers, welches **größtes und reich-
haltigstes** am Platze ist.
Jedem Kundschaften wird bereitwilligst und
kostenlos mit fachgemäßer Beratung und ver-
gleichender Rentabilitätsberechnung gedient.

Herm. Schmitz,
Spezialgesch. f. Elektrotechnik.

„Strom kommt nach Paderborn“. Zeitungsanzeigen erschienen im Frühjahr 1909 im WV.

2 „Koche - büggle - heize elektrisch!“ - Strom erobert die Stadt (1909 - 1923)

2.1 Der „Fortschritt“ hält Einzug in Paderborn
Zwar wurde das Kraftwerk der PESAG erst im Oktober 1909 fertiggestellt, doch um „für die Verlegung die richtigen Unterlagen zu bekommen und die Anschlussarbeiten bei der Kabelverlegung berücksichtigen zu können“, rief Otto Plaßmann die Paderborner Bürger bereits Mitte März 1909 dazu auf, sich unverzüglich anzumelden. Die Anmeldeformulare wurden in allen Paderborner Haushaltungen verteilt; interessierte Bürger sollten sie ausgefüllt an das Gaswerk schicken. Das *Westfälische Volksblatt* wies darauf hin, im Büro der Gasanstalt sei „ein bewährter Elektrotechniker“ angestellt, „welcher dem Publikum über alle einschlägigen Fragen Auskunft geben soll“.³⁸ Ebenso waren dort unter anderem Elektromotoren und Beleuchtungskörper zur Besichtigung ausgestellt.³⁹ Bis zum Herbst 1911 führte das Gaswerk Elektroinstallationen durch, ebenso das Ablesen der elektrischen Zähler und das Inkasso der Rechnungen über den Stromverbrauch. Damit trug es auf Anordnung des Bürgermeisters selbst dazu bei, eine neue Konkurrenz entstehen zu lassen.

In Paderborn war nun eine Art „Stromrausch“ zu beobachten. Zahlreiche Installateurgeschäfte schossen aus dem Boden und inserierten emsig in den Zeitungen. Doch vorrangig kamen als Stromabnehmer nicht die privaten Haushalte mit ihrem gering zu veranschlagenden Lichtkonsum in Frage, sondern Handel- und Gewerbetreibende: Ladenbesitzer, die ihre Schaufenster und Geschäftsräume mit einer attraktiven Beleuchtung versehen wollten, und Handwerker, vor allem Bäcker und Metzger, die sich mit dem

³⁸ Vgl. WV vom 26.03.1909, Rubrik „Locales“.

³⁹ Vgl. WV vom 10.04.1909, „Die Elektromotore im Kleingewerbe“.

Einsatz von elektrischen Motoren die Arbeit zu erleichtern suchten.

Zahlreiche Werber der verschiedenen Installationsfirmen gingen von Haus zu Haus, bis zu einem halben Dutzend pro Tag. Dieses Überangebot sorgte für Verdruss, die Bürger fühlten sich alsbald durch die vielen unbetenen Besucher belästigt. Auch die Installateure mussten schnell erkennen, dass Paderborn kein gelobtes Strom-Land war. Bereits nach kurzer Zeit gaben viele Unternehmen auf. 1910 waren in Paderborn sieben niedergelassene Elektroinstallateure gemeldet. Da es noch keine Fachprüfungen gab, ließen sich die Installateure, vornehmlich gelehrte Kupferschmiede, Empfehlungsschreiben von bekannten Persönlichkeiten oder Institutionen geben. Um die schwarzen Schafe unter ihnen auszumerzen, überwachte das Elektrizitätswerk die Arbeiten und überprüfte die Installationen.

Bereits im Juli 1908 hatten die Stadt Paderborn und das RWE die Strompreise für das Stadtgebiet festgelegt: 45 Pf/kWh für Lichtstrom ohne Rabatt und 18 Pf/kWh für Kraftstrom mit weiteren Vergütungen von 2,5 bis 25 % abhängig von der Höhe des Verbrauchs. Damit bot die PESAG sehr günstige Tarife, vor allem angesichts der Tatsache, dass der Paderborner Raum ein kaum industrialisiertes Gebiet war. Otto Plaßmann rühmte, in keiner vergleichbaren Stadt werde ein niedrigerer Preis zu finden sein.⁴⁰ In der Tat lagen zu jener Zeit die Durchschnittspreise für Lichtstrom bei etwa 60 Pf/kWh und für Kraftstrom bei 20 - 25 Pf/kWh.

Im Oktober 1909 wurde das Kraftwerk der PESAG offiziell in Betrieb genommen, vom *Westfälischen Volksblatt* launig mit „Spät kommt Ihr, doch Ihr kommt“ begrüßt.⁴¹ Verbunden wurde dies mit einem „Lichterfest“: Nach einer Besichtigung des Werks fanden sich die Ehrengäste zu einem Festessen im erstmals elektrisch beleuchteten Rathausaal ein. Doch nicht nur dort wurde dank Strom die Nacht zum Tag gemacht:

„Mit der eintretenden Dunkelheit erstrahlte die Rathausfront in Bogen- und mehrfarbigem Glühlichte, auch eine Anzahl größerer Geschäfte auf der Westernstraße hatten ihre Schaufenster hübsch elektrisch beleuchtet. Möge das neue Licht eine neue glückliche Entwicklungsphase für Paderborn bedeuten!“⁴²

Elektrisches Licht wurde also als Sinnbild für den Fortschritt gefeiert. Fortschrittlich war auch zunächst die Anschlussbewegung: Während am Tag der Inbetriebnahme des Kraftwerks 1.519 Glühlampen, zwei Bogenlampen und zwei Motoren angeschlossen waren,⁴³ bezogen Ende des Jahres bereits 4.118 Glühlampen, zwölf Bogenlampen und 56 Motoren ihren Strom von der PESAG.⁴⁴ Ende 1910 waren es 10.031 Glühlampen, 19 Bogenlampen und 160 Motoren.⁴⁵ Auch in den Verwaltungsberichten der Stadt Paderborn wurde die Entwicklung stets lobend erwähnt, vor allem die rasch

⁴⁰ Vgl. *WV* vom 01.08.1908.

⁴¹ Vgl. *WV* vom 13.10.1909, „Die Einweihungsfeier des Paderborner Elektrizitätswerks“.

⁴² Ebd.

⁴³ Vgl. ebd.

⁴⁴ Vgl. PESAG-Geschäftsbericht 1909.

⁴⁵ Vgl. PESAG-Geschäftsbericht 1910.

zunehmende Zahl der Elektromotoren begrüßte die Stadt als Zeichen für wirtschaftlichen Aufschwung.

Gleichzeitig verstärkte die städtische Gasanstalt die eigene Propaganda, vor allem für den Einsatz von Gas im Haushalt. Eine Gasberaterin führte in mehreren Vortragsveranstaltungen verschiedene Gaskochherde vor und kochte darauf sogar ein vollständiges Mittagessen, das anschließend von den Besucherinnen verzehrt werden konnte.⁴⁶ Um den Gaskonsum weiter zu fördern, setzte das Gaswerk den Koch- und Heizgaspreis ab dem 1. Juli 1909 von 12 auf 10 Pf/cbm herab. Im April 1911 wurde der Bezug von Leuchtgas verbilligt, im August 1911 die Kosten für einen Gasanschluss deutlich gesenkt, ab 1912 waren Anschlüsse sogar kostenlos. Die PESAG konterte und senkte den Tarif für elektrisches Licht, um diesem den Makel der „Luxusbeleuchtung“ zu nehmen. Ab 1912 bot die PESAG die Vermietung von Lichtanlagen an und führte die Möglichkeit von Ratenzahlungen ein. Im selben Jahr hob die Gasanstalt die unterschiedlichen Tarife zugunsten eines Gaseinheitspreises von 12 Pf/cbm auf, damit „hierdurch in jeder kleinen Familie die schöne und billige Gasbeleuchtung eingeführt werden“ konnte.⁴⁷ Das erbitterte Duell zwischen Strom und Gas hatte begonnen.

2.2 Die PESAG wirbt um Abnehmer

Zahlreiche vor dem Ersten Weltkrieg in Deutschland erschienene Schriften lassen den Eindruck entstehen, die Elektrizität habe sich in den Haushalten durchweg etablieren können, doch beruhten diese Ansichten nicht auf Fakten. Zwar offerierte die Elektroindustrie eine breite Palette mit mehr als 80 verschiedenen Arten und Typen von Haushaltsgeräten wie Bügeleisen, Brennscherenwärmer, Wasserkocher, Milchwärmer, Rasierapparate, Haartrockner, Wärmeplatten und beheizte Kochtöpfe, die überschwänglich unter dem Motto „Alles elektrisch!“ angepriesen wurden, doch die meisten Elektrizitätswerke verschmähten die privaten Haushalte als Abnehmer und konzentrierten sich lieber auf die mehr Profit versprechenden Großabnehmer in Industrie und Gewerbe.

Vor allem dem elektrischen Kochen und Heizen gaben die Fachleute nur geringe Erfolgchancen, da es im Vergleich zum Betrieb mit Gas und Petroleum zu teuer war. So hatten sich in Deutschland die Elektrizitäts- und die Gaswirtschaft bei allen Konkurrenzgedanken miteinander arrangiert: Gas wurde eingesetzt für Heizen und Kochen, Straßenbeleuchtung sowie die Beleuchtung in Unter- und Mittelschichtshaushalten. Elektrizität versorgte dank niedriger Kraftstromtarife Industrie und Gewerbe sowie die Straßenbahn mit Kraft und diente als Leuchtmittel für begüterte Haushalte und Prachtstraßen.

⁴⁶ Vgl. *WV* vom 20.04.1909, Rubrik „Locales“. – Veranstaltungen dieser Art wurden auch in der Folgezeit durchgeführt und mit großer Resonanz bedacht.

⁴⁷ Vgl. *WV* vom 16.06.1911, „Gaseinheitspreis“.

6

Weihnachts-Geschenke:

Bügele - koche - heize elektrisch!	1 Elektr. Bügeleisen	8.50
	1 Elektr. Kochtopf	9.00
	1 „ Brennscheerenw.	10.00
	1 „ Fußwärmer	25.00
	1 „ Heizplatte	15.00
	f. Heizzwecke aller Art	
	1 Warm- u. Kaltluftdusche „Führ“	25.00

Paderborner Elektrizitätswerk und
Straßenbahn A.-G.

Tagelweg 37 Fernsprecher 20

Weihnachten 1913

Nachdem ich mein Geschäft von Rosenstraße 9 nach
Rosenstraße Nr. 11
 verlegt habe, empfehle ich als geeignete

Weihnachts-Geschenke

mein bedeutend erweitertes Lager in:

Akkumulatoren, Batterien <small>für Kleinbeleuchtung in allen Preislagen.</small> Beleuchtungs- körper <small>in geschmackvoller Ausführung</small> Funken-Induktor	Induktions- apparate Kleine Motoren <small>praktisches und lehrreiches Geschenk für Schüler.</small> Nachtischlampen <small>für Kleinbeleuchtung.</small> Taschenlampen <small>Spezialität:</small>
--	---

Elektrischer Zigarren-Anzünder

Neuheit an jeder Taschenlampe anzubringen. Neuheit

Beachten Sie meine Schaufenster-Dekoration.

Fernruf 446 **Paul Bilz** Rosenstr. 11
 Spezial-Geschäft für Elektrotechnik.

„Zu Weihnachten Elektrizität“. Zeitungsanzeigen erschienen im Dezember 1913 im PA.

ein. Dies war ein wagemutiger Schritt; jedoch stand die PESAG mit dem Rücken zur Wand, da sie keine andere Möglichkeit sah, ihre Stromabgabe während der Tagesstunden, vor allem in der Mittagszeit, zu steigern und damit die Belastungstäler auszugleichen. In Ermangelung von Industriebetrieben mussten folglich die Haushalte stärker an die Elektrizität herangeführt werden.

Doch in Paderborn gingen die Uhren ein wenig anders: Da Elektrizität in Paderborn, vor allem nach der Senkung der Lichtstromtarife 1911, allmählich Einzug in die Haushalte hielt, inserierten die Elektrogeschäfte mit Geschenkideen, auch die PESAG lockte mit Vorschlägen für den Gabentisch. Diese harmlos aussehende Anzeige hatte revolutionären Charakter. Während der direkte Kontakt zu den Kleinverbrauchern bislang in der Regel den Installationsgeschäften vorbehalten geblieben war, wandte sich das Unternehmen mit der Losung „Bügele - koche - heize elektrisch!“ nun unmittelbar an die Haushalte. Früher als die meisten anderen Elektrizitätsversorger, die die Haushalte zunächst links liegen ließen, erkannte die PESAG die privaten Verbraucher als ernstzunehmende Kundengruppe an. Zudem drang sie massiv in den Heiz- und Wärmebereich, also in die als uneinnehmbar geltende Domäne der Gaswirtschaft

Nun begann die PESAG, Elektrogeräte auch in Eigenregie zu veräußern. Während sich die Fachhändler auf gängige Produkte wie Lampen und kleine Motoren kaprizierten, bot die PESAG speziell Bügel-, Heiz- und Kochgeräte an, Dinge also, die von den Geschäften in der Mehrzahl noch nicht geführt wurden. Wer wollte sich schon mit solchen Ladenhütern belasten, wo doch die Paderborner Gasanstalt so günstiges Koch- und Heizgas offerierte.

Im Januar 1914 führte die PESAG einen neuen Tarif ein: Elektrizität speziell für Koch-, Heiz- und Bügelzwecke für nur 10 Pf/kWh, und das im gesamten Versorgungsgebiet, also ohne tariflichen Unterschied zwischen Stadt und Land.⁴⁸ Dies war ein Versuch, das Vorurteil zu beseitigen, Elektrizität sei für den Haushalt zu teuer, und eine Kriegserklärung an den Gaseinheitspreis von 12 Pf/cbm,

Die Gasanstalt blies zum Gegenangriff und betonte in Anzeigen, „dass die Anschluss-Leitungen für Gas gratis hergestellt werden, wodurch sich die Anlagekosten bedeutend verringern. Bei dem niedrigen Gaseinheitspreis von 12 Pf pro cbm ist das Gas die billigste Beleuchtung und Heizung der Gegenwart.“⁴⁹ Auch die Beleuchtung hatte das Gaswerk offensichtlich noch nicht verloren gegeben. Doch die PESAG konterte entsprechend und senkte den Lichtstrompreis auf 30 Pf/kWh, verbunden mit dem Wunsch, „daß der Verbrauch an elektrischer Energie in Zukunft wesentlich höher sein wird als bisher“.⁵⁰

2.3 Rückschläge durch Krieg und Inflation

Aber bevor ein ernster Zweikampf der beiden Unternehmen um die Haushalte entbrennen konnte, sorgte der Erste Weltkrieg für eine gewaltsame Unterbrechung. Nun begann eine bis 1923/24, bis zur Überwindung der Inflation währende Zeitspanne, die dem Elektrizitätswerk zwar zahlreiche neue Abnehmer, aber auch vielfältige Probleme bescherte. Ab Herbst 1914 wurde das Petroleum knapp, viele Bürger meldeten nun Bedarf nach Licht- und Kraftstrom an: Die Zahl der Stromabnehmer stieg 1914 insgesamt um fast 22 %, 1915 um 34 %, 1916 um 31 % und 1917 trotz der immer katastrophaleren wirtschaftlichen Lage noch einmal um fast 13 %. Vom 31.12.1913 bis zum 31.12.1917 wuchs die Zahl der angeschlossenen Glühlampen vom 32.400 auf über 65.000 im gesamten Versorgungsgebiet, die der Motoren, Apparate und Großkonsumenten von 510 auf 820, darin enthalten zahlreiche Koch- und Heizgeräte. Die Stromabgabe vermehrte sich im selben Zeitraum von 3,3 Mio. auf 4.9 Mio. kWh. Doch hoffte die PESAG, dass die neu gewonnenen Abnehmer in Friedenszeiten noch bedeutend mehr Energie verbrauchen würden.

⁴⁸ Vgl. *PA* vom 14.01.1914, „Elektrischer Strom für Koch-, Heiz- und Bügelzwecke“. – Bereits 1913 hatte das Elektrizitätswerk in Bad Lippspringe, das mit der PESAG um die dort ansässigen Bürger konkurrierte, ebenfalls einen Koch- und Heiztarif von 10 Pf/kWh aufgelegt.

⁴⁹ Anzeige des Gaswerks u. a. im *PA* vom 07.02.1914.

⁵⁰ Schreiben von PESAG-Betriebsleiter Rudolf Vogel an den Mallinckrothof Nordborchen vom 10.05.1914. In: StAPb A 3430.

Auf der anderen Seite herrschte jedoch aufgrund von Materialmangel sowie wirtschaftlichen und personellen Engpässen Stillstand beim Ausbau des Stromverteilungsnetzes. Vor allem die im Rahmen des „Hindenburg-Programms“ 1916/17 erfolgte Beschlagnahmung von Kupfer, das für den Leitungsbau dringend benötigt wurde, stellte das Elektrizitätswerk vor nahezu unlösbare Probleme, denn die ersatzweise verwendeten Eisenleitungen waren deutlich weniger leitfähig und haltbar. Ab Herbst 1916 verschärfte sich der Mangel an Kohlen derart, dass der Betrieb des Paderborner Kraftwerks ernsthaft gefährdet war. Die Stromabgabe musste immer weiter eingeschränkt, das Kraftwerk 1917 sogar mehrmals stillgelegt werden. An eine Werbung für höheren Stromeinsatz war folglich nicht mehr zu denken. Statt dessen forderte der Paderborner Magistrat die Bürger bei Androhung von Geld- und Gefängnisstrafen dazu auf, „im vaterländischen Interesse“ ihren Verbrauch von Elektrizität deutlich einzuschränken, vor allem in der Zeit von 16⁰⁰ bis 20⁰⁰ Uhr. Den Bäckern wurde verboten, ihre Elektromotoren in dieser Zeit einzusetzen; die Wirte und Ladenbesitzer mussten ihre elektrische Beleuchtung auf ein Drittel reduzieren.⁵¹

Jedoch waren mit Kriegsende 1918 die Schwierigkeiten noch keineswegs ausgestanden. Im Gegenteil: Da sich die Stromabgabe nicht proportional zu der stark gestiegenen Zahl der Abnehmer entwickelt hatte, sah sich die PESAG gezwungen, die Strompreise zweimal kurz hintereinander auf schließlich 55 Pf/kWh und 25 Pf/kWh zu erhöhen. Zudem verschlechterte sich trotz aller Rationierungen die Kohleversorgung Paderborns immer weiter.⁵²

Zwar setzte sich der Anstieg des Stromverbrauchs zunächst fort, doch ab 1920 trat eine Stagnation ein. Sparmaßnahmen und Rationierungen zeigten ihre Wirkung, aber besonders die Inflation wirkte sich verheerend aus. Die Strompreiserhöhungen konnten mit der rasant voranschreitenden Geldentwertung nicht Schritt halten und bescherten dem Elektrizitätswerk enorme Einnahmeverluste. Die Zahl der PESAG-Kunden stieg 1923 über die 10.000-Marke; die Stromlieferung verharrte dagegen auf dem Stand von 1918/19. Erst mit der Einführung der „Rentenmark“ im November 1923 besserte sich die Lage schlagartig, nun konnte die PESAG an einen Ausbau ihrer Stromabgabe denken – ein neuer Abschnitt in der Entwicklung der Paderborner Stromversorgung begann.

Dieser Beitrag wird in der folgenden Ausgabe fortgesetzt.

⁵¹ Vgl. Bekanntmachung des Paderborner Magistrats vom 18.12.1917. In: StAPb A 3390.

⁵² Otto Pläßmann kostete der Kohlenmangel sogar sein Amt als Bürgermeister: Da er nach anhaltenden Protesten der Bevölkerung seine Chance für eine Wiederwahl nicht gegeben sah, verließ er Paderborn. Er wechselte als Vorstandsmitglied zum RWE – eine Belohnung für seine Arbeit als PESAG-Mitbegründer. Dem PESAG-Aufsichtsrat blieb er bis zu seinem Tode im Jahr 1932 erhalten, ab 1921 als Aufsichtsratsvorsitzender.

Paderborner Stadtgeschichte Bd. 2: Probleme und Rahmenbedingungen einer Forschungsaufgabe

von Frank Göttmann

Vorbemerkung der Redaktion: Mit dem Erscheinen des von Frank Göttmann herausgegebenen Band 2 „Die Frühe Neuzeit“ konnte planmäßig das dreibändige Werk „Paderborn – Geschichte der Stadt in ihrer Region“ noch im Jahr 1999 der Öffentlichkeit vorgelegt werden. Das im Verlag Ferdinand Schöningh Paderborn erschienene Werk ist inzwischen bereits in zweiter, durchgesehener Auflage erhältlich. Wir geben in den folgenden vier Beiträgen die anlässlich der Präsentation des Frühneuzeit-Bandes im November 1999 gehaltenen Ansprachen des Herausgebers und der Autoren wieder.

Die Arbeit am zweiten Band der Paderborner Stadtgeschichte sah sich hinsichtlich Forschungslage und Quellsituation erschwerten Ausgangsbedingungen gegenüber. Gemeint sind damit zum einen die relativ stiefmütterliche Behandlung der Frühen Neuzeit in der Forschung – eine allgemeine Erscheinung der Stadtgeschichte, zum andern die explosionsartige Zunahme der Quellenmassen im barocken Aktenzeitalter, aber gerade nicht immer dort, wo man sich besseres Material gewünscht hätte, zum dritten teilweise erhebliche quellenkritische Probleme, überlieferte chronikalische Aussagen auf ihren Tatsachengehalt zurückzuführen. Hinzu kam, dass Bereiche, die inzwischen längst zum allgemeinen Standard moderner Stadtgeschichtsschreibung gehören, für Paderborn überhaupt erst mit dem großen Aufwand der Erhebung von Massendaten grundlegend neu erarbeitet werden mussten. Das gilt etwa für soziale Schichtung und Sozialtopographie, für Haushalts- und Familiengrößen und demographische Struktur der Bevölkerung.

Mit solchen Untersuchungsfeldern kommen langfristige historische Strukturen in den Blick. Diese Tatsache rückte gerade bei der Arbeit am Frühneuzeitband, der das Zwischenglied bildet zwischen dem Band zum Mittelalter und zu dem der neuesten Zeit, die Problematik jeglicher Einteilung geschichtlicher Verläufe in Epochen bzw. der Bildung von Epochen-

scheiden ins Bewusstsein: So wie die im Spätmittelalter ausgebildeten innerstädtischen Verfassungsverhältnisse bis weit in die Frühe Neuzeit hineinreichten, ja eigentlich in ihren Grundzügen bis zum Ende des Alten Reiches galten, so blieben die Gesellschafts- und Bevölkerungsstrukturen weit über dessen Ende hinaus stabil. Erst mit der Industrialisierung trat ein entscheidender Wandel ein. Und doch erhält die Frühe Moderne, wie die Frühe Neuzeit in der internationalen Geschichtsforschung auch bezeichnet wird, durch zwei prägende ineinander greifende politisch-gesellschaftliche Transformationsprozesse ein eigenes Gesicht: zum einen durch die Konfessionalisierung, zum andern durch die Formierung des frühmodernen Staates. Die Paderborner Stadtgeschichte ist ohne Bezug auf diese allgemeinhistorischen Vorgänge letztlich nicht zu verstehen. Sie durchdrangen nachhaltig die Lebensverhältnisse und die Denk- und Erfahrungswelt der Paderborner Einwohnerschaft.

Der Bezug zu jenen übergeordneten Entwicklungstrends bedeutet nun aber auch, dass eine Stadtgeschichte nicht eine isolierte Behandlung einer konkreten Siedlung innerhalb ihrer Gemarkungsgrenzen sein kann. Wie es schon der Untertitel des Gesamtwerkes „Geschichte der Stadt in ihrer Region“ ausdrückt, sind stets die vielfältigen politischen, wirtschaftlichen, sozialen, demographischen und auch geisti-

gen Faktoren der Einbindung in das nähere Umland und darüber hinaus in einen sehr weit reichenden Raum von Beziehungen zu berücksichtigen.

Diese Einsicht rührt nicht zuletzt an die Frage, was Stadtgeschichtsschreibung überhaupt sei. Ist sie Geschichte der Stadt als eines historischen Typus oder die Geschichte einer bestimmten Stadt, Paderborn in unserem Falle? Gewiss beides, bleiben doch das Allgemeine und das Besondere stets aufeinander bezogen und begründen so allererst Stadtgeschichtsschreibung. Diese überwindet die Distanz von der Gegenwart zur Vergangenheit, wie das Gedächtnis in steter Erinnerungsarbeit, und schafft damit die Geschichte einer Stadt als Stadtgeschichte. Denn die alten Monumente und Überreste an sich sind noch keine Geschichte, aber sie können dieser als Quellen dienen unter den Fragen des späteren Betrachters. Als Erinnerungs- und Vergegenwärtigungsprozess hat die Stadthistorie zu ihrem Gegenstand die Stadt.

Abgesehen von derartigen methodologischen Überlegungen gilt: Stadtgeschichte als Geschichte einer bestimmten rechtlich, sozial und mental verfassten menschlichen Gemeinschaft an einem bestimmten Siedlungsplatz und in bestimmten Raumbezügen ist ein Phänomen von Kontinuitäten von langer Dauer. Und doch scheint es ein Bedürfnis derart über viele Generationen bestehender Gemeinschaften, sich mit der Erinnerung fester Daten, also Jubiläen, ihrer eigenen, historisch begründeten Identität zu versichern. Beliebt für solche Anlässe sind bekanntlich die urkundlichen Ersterwähnungen oder Verleihungen von Stadtrechten, die freilich in der Regel über die tatsächliche Dauer der Existenz wenig aussagen. Hinzu kommt die Faszination, ja Magie der „runden Zahl“, der für sich ja durchaus keine eigene Evidenz zukommt – auch wenn Papst Bonifaz VIII. viel zur

Festigung dieser Tradition beigetragen hat: Inspiriert durch das Alte Testament (3. Mose 25, 8ff.), instrumentalisierte er das in Jahrhunderten rechnende Zeitbewusstsein kirchenpolitisch und erklärte das Jahr 1300 zum ersten Jubeljahr, das nach hundert Jahren wiederholt werden sollte, aber bereits 1350 wieder und ab 1450 dann sogar alle 25 Jahre begangen wurde.

Freilich ist nicht zu bestreiten, dass Jubiläumsjahre eine eigene Symbolkraft entfalten, die aber durchaus zweischneidig ist, ihre positiven und ihre negativen Seiten besitzt. Jubiläen von Siegen und Niederlagen etwa schärfen immer wieder den Hass auf den alten Feind ein – auf beiden Seiten – und können jederzeit den Konflikt beleben. Johannes Burkhardt hat erneut darauf aufmerksam gemacht, wie im Vorfeld des Dreißigjährigen Krieges die 100-Jahr-Feiern zu Luthers angeblichem Thesenanschlag 1517 die Atmosphäre zwischen den Religionsparteien vergiftet und die Kriegsbereitschaft erhöht haben. Wenn der Historiker sieht, wie seitens der eigenen Gemeinschaft durchaus positiv gemeinte Gedenktage unerwünschte Wirkungen entfalten können, muss er sie mit einem lachenden und einem weinenden Auge registrieren – nun einmal ganz abgesehen von der schon angesprochenen Feststellung stets bestehender Strukturen von langer Dauer, welche die Bedeutung von Jubiläen aller Art stark relativieren.

Derartigen quasi wissenschaftsimmanenten Zweifeln gesellen sich Zweifel zu, die den gesellschaftlichen Stellenwert der Geschichtswissenschaft berühren: Mit Jubiläen werden von außen Themen vorgegeben, wobei als primäres Motiv nicht gerade wissenschaftliche Erkenntnis zu gelten hat. Damit werden auch Forschungsmittel in eine bestimmte Richtung gelenkt, die dann womöglich an anderer Stelle fehlen. Die andere Seite: Jubiläen bieten Anlass, solche Forschungsgelder allererst bereitzustellen

und die Tätigkeit der Historie gesellschaftspolitisch zu legitimieren. In der Tat wäre dann zu fragen – und dazu ist man als Wissenschaftler verpflichtet –, ob eine derartige, kaum mehr durchschaubare Verquickung von Motiven, Interessen und Rechtfertigung der wissenschaftlichen Erkenntnis gut tut. Das heißt, es müssen immer die gesellschaftlichen Bedingungen mit reflektiert werden, unter denen Wissenschaft und konkret auch Geschichtsschreibung stattfinden.

Weiter folgt daraus in Hinblick auf den hier vorzustellenden zweiten, aber zuletzt veröffentlichten Band der Paderborner

Stadtgeschichte, dass er als Diskussionsbeitrag verstanden werden soll zu einer permanenten, möglichst fruchtbaren Auseinandersetzung mit der Paderborner Geschichte. Dass er zufällig im Jubiläumsjahr der Begegnung zwischen Karl dem Großen und Papst Leo III. erschienen ist, ist dagegen von untergeordneter Bedeutung, auch wenn durchaus nicht geringgeschätzt werden soll, dass allererst die Ausrichtung auf dieses Jubiläumsjahr hin die finanziellen und institutionellen Rahmenbedingungen geschaffen hat, das Werk zustandezubringen.

Paderborn im Zeitalter der Konfessionalisierung und der frühmodernen Landesherrschaft

von Stefan Ehrenpreis und Gregor Horstkemper

Der Titel des ersten chronologischen Kapitels weist auf zwei grundlegende Tendenzen der Paderborner Geschichte des 16. Jahrhunderts hin: Mit der Konfessionsspaltung und der Verfestigung zweier theologisch und mental in Konkurrenz zueinander stehenden Kirchenorganisationen beginnt auch in westfälischen Städten der alte Konflikt um das Verhältnis von Staat und Kirche unter veränderten Vorzeichen erneut. Diese Konflikte, die vielfältig mit politischen und sozialen Auseinandersetzungen einhergehen, tragen auch in Paderborn Züge, wie sie allgemein in Nord- und Nordwestdeutschland zu finden sind. Es waren daher sowohl die überregionalen Gemeinsamkeiten als auch die Paderborner Spezifika der Entwicklung herauszuarbeiten. So richteten die Bearbeiter in zahlreichen Fällen den Blick über die Stadt-, manchmal sogar über die Stifftsgrenzen hinaus auf benachbarte Regionen und zogen Ergebnisse historischer Untersuchungen zu vergleichbaren Entwicklun-

gen in anderen Städten und Regionen heran.

Ohne Zweifel bedarf die übliche Epochen-scheide zwischen Mittelalter und Neuzeit stets einer besonderen Begründung. Auch wenn die Entwicklungslinien der städtisch-landesherrlichen Verfassungskämpfe durchaus bis zum Paderborner Schicksalsjahr 1604 weiterverfolgt werden können, sind doch eher die Bruchlinien und die Tendenzen der Modernisierung im 16. Jahrhundert unter den Stichworten Konfessionalisierung und Herrschaftsverdichtung hervorzuheben.

In diesem grundlegenden Sinne konfrontieren die Verfasser zunächst die Reformationsgeschichte Paderborns mit der These von der „late city reformation“ (Kaspar von Greyerz). Damit werden die Paderborner Ereignisse in den Gesamtzusammenhang nordwestdeutscher Geschichte im „langen 16. Jahrhundert“ gestellt. Frühe Kirchenkritik, verspätete Konfessionalisierung, erfolglose Rekatholisie-

rungsbemühungen, schwache Landesherrschaft und relativ tolerante Verhältnisse gingen Hand in Hand. Erst im letzten Jahrhundertdrittel änderte sich dies unter dem Einfluss der den gesamten deutschen Nordwesten bestimmenden spanisch-niederländischen Auseinandersetzungen und einer energischen katholischen Reform im Erzbistum Köln. Die weitreichenden Folgen der spanisch-niederländischen Kämpfe für das Rheinland und Westfalen veränderten das konfessionelle und politische Klima grundlegend und führten auch in Paderborn zur Eskalation der Konflikte zwischen dem protestantischen Teil der Bürgerschaft und dem bischöflichen Landesherrn, die 1604 zur Unterwerfung der Stadt führten.

Freilich erschöpft sich die Geschichte Paderborns vor dem Dreißigjährigen Krieg nicht in konfessionellen Konflikten. Zeitlich parallel entwickelten sich ein wirtschaftlicher Aufschwung und eine kulturelle Blüte, die noch heute mit den im Stil der Weserrenaissance errichteten Gebäuden im Stadtbild präsent ist. Diese Entwicklungen bilden mit der Darstellung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse einen weiteren Schwerpunkt. Ohne die soziale Differenzierung bei Handwerkern und Kaufleuten (Aufschwung des Wollhandels, Krise der Gerber, Konkurrenz durch entstehendes dörfliches Nebengewerbe etc.) und die damit einhergehende politische Polarisierung ist die Krise in der städtischen Verfassung vor 1604 wohl nicht zu verstehen. Dass auch Paderborner Einwohner offenbar beträchtliche Gewinne aus Groß- und Fernhandel ziehen konnten, spiegelt sich nicht zuletzt in den architek-

tonischen Neuerungen in der Stadt um 1600. Ebenso Ausdruck eines gestiegenen Kulturanpruchs ist das Streben nach höherer Bildung, die in Paderborn dauerhaft allerdings nur in katholischen Institutionen zu erlangen war – im konfessionellen Zwist langfristig ein deutlicher Pluspunkt für die reformkatholische Seite. Überhaupt sind Buchbesitz, seit Ende des 16. Jahrhunderts auch Buchdruck, Schultheater- und Musikaufführungen Beispiele neuer kultureller Formen, die im Alltag Platz griffen.

Die umfassende Krise 1602-1604 schließlich konnte mit Hilfe eines Quellenfundes, der bisher unbekanntem dritten Chronik der Ereignisse aus dem Kontext eines Reichshofratsprozesses zwischen Bischof und Stadtrat, neu interpretiert werden: Zum einen wurden der Einfluss von außen (durch die Spanier und den hessischen Landgrafen Moritz) auf die Radikalisierungstendenzen innerhalb der Stadt deutlich. Zum anderen konnte der Erfolg des protestantischen Wortführers Wichard sozialgeschichtlich erklärt werden. Der Ablauf der Ereignisse in Paderborn 1602-1604 ähnelte überhaupt vergleichbaren Stadtrevolten um 1600 im gesamten nordwestdeutschen Raum. Der Bischof – insgesamt eher in einer Schwächephase seiner Herrschaft – hatte sein Vorgehen bereits im Fall von Höxter gewissermaßen erprobt und war sich der Unterstützung katholischer Kräfte auch außerhalb des Stifts sicher. Die Ereignisse von 1604 sind daher nicht schlicht als Abschluss langfristiger innerstädtischer Entwicklungen zu bewerten, sondern durchaus auch als zeittypische Bewältigung einer tiefgehenden politisch-gesellschaftlichen Strukturkrise.

Die Geschichte Paderborns von der Unterwerfung der Stadt 1604 bis zum Ende des Dreißigjährigen Krieges 1648

von Bettina Braun

Gehört schon die Frühe Neuzeit im allgemeinen zu den eher unbekanntem Kapiteln der Geschichte, so gilt dies erst recht für das 17. Jahrhundert. Angesiedelt zwischen den Höhepunkten Reformation und Aufklärung fristet es seit jeher ein Schattendasein, dies gilt für den Schulunterricht ebenso wie für die Historiographie. Im allgemeinen Bewusstsein steht das 17. Jahrhundert vor allem für die Gräueltaten des Krieges, ansonsten sind die Vorstellungen zumeist eher vage.

Und so zählte diese Zeit auch in der Geschichte der Stadt Paderborn bisher zu den in jeder Hinsicht dunklen Kapiteln. Der zweite Band von Wilhelm Richters „Geschichte der Stadt Paderborn“ geht zwar laut Untertitel „bis zum Ende des Dreißigjährigen Krieges“, doch nimmt die Regierungszeit Bischof Dietrichs bis 1618 allein zwei Drittel des Bandes ein und die Zeit ab der Mitte der zwanziger Jahre wird überhaupt nur noch cursorisch abgehandelt. Um ein dunkles Kapitel Stadtgeschichte handelte es sich aber nicht nur, weil bisher kaum das Licht der Forschung auf diese Epoche gefallen ist, sondern auch, weil – so die herrschende Meinung – nach der Unterwerfung der Stadt 1604 durch den bischöflichen Stadtherrn die strahlende Ära städtischer Selbstbestimmung abgelöst worden sei durch die Finsternis stadtherrlicher Fremdbestimmung. So steht Wilhelm Richter mit seiner Sichtweise, die er dem zweiten Band seiner Paderborner Stadtgeschichte im Vorwort voranstellte, stellvertretend für eine allgemeine Tendenz: „Damals, in dem von allen Seiten hereinbrechenden, grenzenlosen Elend, verlor die Bürgerschaft den letzten Rest des alten Geistes und der alten Kraft, versank sie in einen Zustand vollständiger

Erschlaffung, aus welchem zu frohem, erfolgreichem Schaffen sich wieder aufzuraffen ihr während der fürstbischöflichen Regierung nicht gelungen ist.“

Umso mehr erstaunt es vielleicht zunächst, dass ausgerechnet die Zeit zwischen 1604 und 1648 im zweiten Band der jetzt erschienenen Stadtgeschichte in großer Breite vertreten ist. Denn die generalisierende Aussage, dass das 17. Jahrhundert zu den eher unbekanntem Epochen der Geschichte zähle und im allgemeinen historischen Bewusstsein einen weißen Fleck darstelle, stimmt für Paderborn nicht ganz. In jene Jahre fällt nämlich das vielleicht bekannteste Ereignis der Paderborner Geschichte in der Frühen Neuzeit überhaupt: der Raub des Liborischreins durch Herzog Christian von Braunschweig im Jahre 1622. Die Ereignisse um den „Tollen Christian“ stehen in Paderborn seither für die Schrecken des Dreißigjährigen Krieges schlechthin. So datierten sowohl die Paderbornischen Hof- und Staatskalender der fürstbischöflichen Zeit wie auch die Paderborner Almanache des 19. Jahrhunderts nicht nur nach der Erschaffung der Welt und nach Christi Geburt, sondern auch nach „dem Einfall und der Zerstörung der Stadt Paderborn von den Braunschweigern“. Und als man im Jahre 1921 nach Motiven aus der städtischen Geschichte für die Illustration von Notgeldscheinen suchte, verfiel man erneut auf den Raub des Liborischreins. Bis heute erinnert alljährlich das Fest Herbstlibori an die Rückführung der Liborireliquien in den Paderborner Dom in dem neu angefertigten Schrein am 31. Oktober 1627.

Dass einem so bekannten Ereignis, das sich zudem wie nur wenige andere tief in das kollektive Gedächtnis der Stadt einge-

graben hat, auch in einem Band zur Paderborner Stadtgeschichte der ihm gebührende Platz eingeräumt wurde, versteht sich von selbst. Neue Erkenntnisse waren von einer erneuten Darstellung allerdings nicht unbedingt zu erwarten – zu eindeutig und übereinstimmend schienen die einschlägigen Schilderungen. Arbeitet man sich allerdings durch die in Jahrhunderten angehäuften Mythen zu den Ereignissen des Jahres 1622 hindurch, stellt man mit Erstaunen fest, dass über die tatsächlichen Geschehnisse nur sehr wenige gesicherte Informationen vorliegen. Gerade noch die Tatsache des Raubs des Liborischreins und der anschließenden Umschmelzung des Schreins zu Münzen, die bekannten Pfaffenfeindtaler, blieb zweifelsfrei bestehen. Schon über die weitere Beute Herzog Christians aus dem Dom herrscht Unklarheit, eher unwahrscheinlich dürfte freilich die Geschichte vom Raub des sagenhaften, angeblich unter dem Hauptaltar vergrabenen Schatzes von 8.000 Goldmünzen sein. Münzen in der Form und Größe, wie sie in der einzigen zeitgenössischen Quelle über den nächtlichen Raubzug durch den Dom beschrieben werdenⁱ, konnten bisher nämlich nirgends nachgewiesen werden. Auch über das Schicksal des Domschatzes gibt es keine zuverlässigen Nachrichten. Hielten somit schon die beharrlich tradierten Geschichten über den Ablauf der Ereignisse einer Überprüfung nicht stand, so hatte zweifellos die besondere Symbolträchtigkeit der Ereignisse zur dauerhaften Überzeugung von den verheerenden Folgen der braunschweigischen Besetzung geführt. Aber entgegen der weit verbreiteten Ansicht, dass die Plünderungen und Forderungen der braunschweigischen Truppen die Stadt an den Rand des Ruins gebracht hätten, ergab eine nüchterne Überprüfung anhand der städtischen Rechnungsbücher, dass die finanziellen Belastungen und Folgen der braunschweigischen Herrschaft

verhältnismäßig gering waren im Vergleich zu dem, was Paderborn im weiteren Verlauf des Krieges noch abverlangt werden sollte. Schon die nach dem Abmarsch Christians einziehenden kaiserlichen, also verbündeten, Truppen rissen ein wesentlich tieferes Loch in den städtischen Haushalt.ⁱⁱ

Bereits diese wenigen Andeutungen zeigen, dass selbst scheinbar so gesicherten Ereignissen wie dem Raub des Liborischreins und der braunschweigischen Besetzung Paderborns viele neue Seiten abzugewinnen sind. Umso mehr gilt dies für jene Perioden der städtischen Geschichte, die bisher noch kaum das Interesse der Historiker gefunden haben. Dazu zählen beispielsweise die Jahre direkt nach 1604, die angesichts der Fixierung auf die Punkte 1604 und Dreißigjähriger Krieg zumeist schlicht unter den Tisch gefallen sind. Dabei muss sich der Erfolg einer Aktion wie der von 1604 doch gerade daran messen lassen, ob es gelang, die gewaltsam oktroyierten Herrschaftsstrukturen und Verfassungsordnungen dauerhaft zu konsolidieren. Erst dann konnte aus dem militärischen Sieg ein bleibender politischer Erfolg des Bischofs und Landesherrn werden. Die Grundlage für eine dauerhafte und weitgehend konfliktfreie Einbindung der Stadt Paderborn in den fürstbischöflichen Territorialstaat schuf Bischof Dietrich von Fürstenberg vor allem mit einer geschickten Personalpolitik bei der Besetzung der städtischen Ämter. So ergab eine Analyse der städtischen politischen Führungsschicht, dass nach 1604 keineswegs ein kompletter oder auch nur weitgehender Austausch der Elite stattgefunden hat: Die spektakulären Fälle der Hinrichtung des Bürgermeisters Liborius Wichart und des Verbleibs des Stadtsyndikus Dr. Wolfgang Günther in Hessen täuschen einen radikalen Bruch vor, den es nicht einmal ansatzweise gegeben hat. Dennoch blieb nicht alles beim Alten: Ergänzt wurde die Füh-

rungsschicht durch die so genannten katholischen Juristen, die nicht nur konfessionell, sondern auch politisch dem Landesherrn verbunden waren und die wohl zum wichtigsten Instrument des landesherrlichen Einflusses in der Hauptstadt des Hochstifts geworden sein dürften. Damit liegt aber die Bedeutung der Regierungszeit Dietrichs von Fürstenberg für die Stadt Paderborn entgegen bisheriger Annahmen eher auf politischem als auf konfessionellem Gebiet: Genannt sei als Beispiel wiederum Wilhelm Richter, der in seiner Stadtgeschichte das Kapitel über die letzten anderthalb Jahrzehnte der Herrschaft Dietrichs schlicht mit „Die Gegenreformation in Paderborn“ überschrieb.

Die endgültige Rekatholisierung der Stadt war freilich weniger das Werk Dietrichs, obwohl er mit seinen Reformbemühungen und mit der Berufung der Jesuiten nach Paderborn wesentliche Voraussetzungen dafür geschaffen hat, als vielmehr seines Nachfolgers Ferdinand von Bayern, zugleich Kurfürst von Köln. Nicht zuletzt war die Rekatholisierung überdies eine Folge der dreimonatigen Besetzung der

Stadt durch die Truppen Herzog Christians – hierin liegt denn auch vor allem die längerfristige Bedeutung des braunschweigischen Intermezzos. Da sich nach der Eroberung der Stadt durch Herzog Christian gezeigt hatte, dass nach wie vor zahlreiche Evangelische in der Stadt lebten, ging der Kurfürst nämlich nach der Wiedergewinnung der Stadt alsbald energisch daran, Stadt und Bistum Paderborn zur katholischen Kirche zurückzuführen und schreckte dabei auch vor der Ausübung massiven Zwangs nicht zurück. Die Wurzeln der katholischen Stadt Paderborn liegen somit erst in den zwanziger Jahren des 17. Jahrhunderts. Wie schon im Falle der Integration der Stadt in den bischöflichen Territorialstaat 1604 vollzog die Stadt Paderborn auch mit der endgültigen Entscheidung für eine Konfession in der Zeit des Dreißigjährigen Krieges eine allgemein beobachtbare Entwicklung mit. Wie sich damit auch im Falle Paderborns erneut zeigt, ist Stadtgeschichte nur zu verstehen und richtig einzuordnen im wechselseitigen Verständnis mit der allgemeinen Geschichte.

ⁱ Dr. Galen an Dr. Oland, Paderborn, 9.4.1622; gedr. in: Andreas Neuwöhner (Hg.), *Im Zeichen des Mars. Quellen zur Geschichte des Dreißigjährigen Krieges und des Westfälischen Friedens in den Stiften Paderborn und Corvey* (Studien und Quellen

zur westfälischen Geschichte 35), Paderborn 1998, S. 31-34.

ⁱⁱ Dazu jetzt: Andreas Neuwöhner, *Paderborn vor dem finanziellen Ruin. Der Dreißigjährige Krieg im Spiegel der Paderborner Stadtrechnungen*, in: *WZ* 149 (1999), S. 263-286.

Paderborn im Zeitalter des Barock und der Aufklärung (1648-1802)

von Roland Linde

Keine Epoche der Paderborner Stadtgeschichte ist bislang so von der Forschung vernachlässigt worden, wie jene, mit der ich mich befassen durfte, nämlich die Zeitspanne vom Westfälischen Frieden 1648 bis zum Ende des Fürstbistums 1802. Doch obgleich, oder gerade weil man im

Detail nicht viel wußte, schien das Urteil klar und eindeutig zu sein: Diese Epoche sei die glanzloseste in der Entwicklung der Stadt. Alles, was die Bedeutung der Stadt im Mittelalter ausmachte, wäre durch den Kampf um Paderborn und den Dreißigjährigen Krieg zunichte gemacht worden und

erst die Preußen hätten die Domstadt wieder in Schwung gebracht. Nach 1648 wäre „der alte Bürgergeist völlig erschlaft“ gewesen, wie Wilhelm Richter formulierte, das Gemeinwesen durch den absolutistischen Fürstbischof entmündigt, der Handel zusammengebrochen und das Gewerbe durch eigensüchtige und fortschrittsfeindliche Zünfte stranguliert worden. Stattdessen hätten die Bürger nun von der Landwirtschaft eine notdürftige Existenz gefristet, und wo einst in den Straßen und auf den Plätzen emsiger Handel und Wandel getrieben wurde, hätten sich nun die Misthaufen aufgetürmt und wären Ackerwagen ihrer Wege gefahren. Paderborn war, so das Fazit, herabgesunken von einer „Hansestadt“ zu einer „Ackerbürgerstadt“.

An eingängigen Zitaten durchreisender Fürstbischöfe und Mönche und vor allem protestantischer Aufklärer, die diese Sichtweise illustrieren und belegen, mangelt es nicht. Im Widerspruch dazu stand bislang einzig das positive Urteil der Kunstgeschichte über die Architektur, Malerei und Bildhauerei des Barock in Paderborn. Man denke beispielsweise an die Franziskaner- und die Michaelskirche, an die Domdechaney (Stadtbibliothek) und den Dalheimer Hof (Erzbischöfliches Palais), aber auch an bürgerliche Bauten wie das frühere Hotel Kaiserhof am Kamp und das Haus Kästner am Markt. Architekten wie Schlaun, Nagel und v. Oelde, Maler wie Rudolphi und Stratmann, Bildhauer wie die Willemssens, die Papen und die Gröninger haben in der Domstadt Werke hinterlassen, längere Phasen oder sogar ihr ganzes Leben in Paderborn verbracht.

Eine kulturelle Blüte in einer daniederliegende Stadt? Wie passt das zusammen? Der Widerspruch löst sich auf, wenn man sich auch für diese Epoche an die archivalischen Quellen begibt, wenn man sich bemüht, die Strukturen und Entwicklungen im gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und

politischen Bereich genauer zu erschließen, als man dies anhand griffiger Zitate aus Reisebeschreibungen und Landesverordnungen kann, wie es Wilhelm Richter und nachfolgende Autoren gehalten haben.

So verliert, um nur ein Beispiel zu nennen, die These von der „Ackerbürgerstadt“ schnell an Plausibilität. Landwirtschaft spielte ganz allgemein in der frühneuzeitlichen Gesellschaft eine große Rolle und Paderborn war darin keine Ausnahme. Es verfügte wie alle großen Städte über eine weitläufige Feldmark, die landwirtschaftlich genutzt wurde. Doch das gilt auch schon für das Mittelalter und rechtfertigte es für sich genommen nicht, von einer Ackerbürgerstadt zu sprechen, so wie es das benachbarte kleine Lippspringe war, in der tatsächlich fast alle Bürger ausschließlich vom Ackerbau lebten und Handwerk und Gewerbe nur eine marginale Rolle spielten. In Paderborn zählte man 1735 bei der Erhebung des Kopfschatzes zwar 44 „Ackerknechte“, aber über 300 Handwerksmeister in mehr als fünfzig Sparten, die zu einem nicht geringen Teil auf einen gehobenen Bedarf hin orientiert waren: Uhrmacher, Wappenstecher, Perückenmacher, Büchschäftler, Schwertfeger, Posamentierer, Siegelstecher, Bildhauer, Maler usw. Nun hat man natürlich nicht die gesamte agrarische Tätigkeit im Blick, wenn man allein auf die hauptberuflichen Landwirte sieht. Doch anhand der überlieferten Kataster kann man feststellen, daß nur eine verschwindend geringe Zahl von Bürgern über soviel Ackerland verfügte, daß sie davon allein hätten leben können, nicht einmal die Landwirte selbst. Sie waren vielmehr Spezialisten, die über aufwendige Ackergerätschaft verfügten und damit im Tagelohn oder als Zeitpächter die Äcker ihrer Mitbürger mitbestellten. In der Epoche der angeblichen Verackerbürgerung nahm die Zahl der Besitzer von Ackerland sogar rapide ab, nämlich von ca.60% im

Jahr 1672 auf ca.30% im Jahr 1782.

Und was ist mit den sogenannten „Ackerbürgerhäusern“ mit ihren großen Dielentoren, wie man sie selbst bei repräsentativen bürgerlichen Bauten wie dem Heisingerschen Haus und dem Haus Bachstraße 1 findet? Dazu muß man beachten, daß das Dielenhaus in Nordwestdeutschland bis in das 17. Jahrhundert hinein der Haustyp schlechthin war, die hohe Diele als ein multifunktionaler Wohn- und Wirtschaftsraum von allen sozialen Schichten und Berufsgruppen genutzt wurde. Als dann im Barock das Flur- und Etagenhaus mit Türeingang modern wurde, wie es uns heute vertraut ist, wandte sich auch die Paderborner Honoratiorenschaft dieser Art des Wohnens zu, baute alte Gebäude entsprechend um oder errichtete neue Häuser.

Analog lassen sich fast alle Urteile über die Verhältnisse in Paderborn zwischen 1648 und 1802 redigieren. Natürlich kannte auch diese Epoche Höhen und Tiefen. Nach einem langanhaltenden, kontinuierlichen Bevölkerungsanstieg bis in die 1730er Jahren folgte ein deutlicher Einbruch in der Mitte des 18. Jahrhunderts. Doch noch in der fürstbischöflichen Zeit und nicht erst

unter französischer und preußischer Verwaltung erfolgte die Trendwende. Die ganze Epoche hindurch blieb Paderborn für Zuwanderer attraktiv. Sie stellten die Hälfte aller Neubürger. Aus ganz Europa kamen Menschen nach Paderborn. Die städtische Führungsschicht der Kaufleute und Beamten schottete sich gegen die Neuankömmlinge nicht ab, ganz im Gegenteil. Mehr als zwei Jahrhunderte vor der Gründung der Europäischen Union begegnen uns in Paderborn Einwanderer aus Italien, Frankreich und den Niederlanden in den höchsten Ämtern der Stadt und des Territoriums, sogar als Bürgermeister und Vizekanzler. Man könnte fragen, ob in dieser Hinsicht das 18. Jahrhundert nicht sogar moderner war als das 20. Jahrhundert.

Doch nicht nur als Plädoyer für eine neue, differenzierte Sicht einer vergangene Epoche soll dieser Beitrag und der ganze Band 2 stehen, sondern er möchte auch einladen in den Alltag, in das Familienleben, die private Wohnkultur und das bunte gesellschaftliche Leben Paderborns in der Frühen Neuzeit.

Kriegszeiten

Fragen der Regionalgeschichte. Tagung am 6. November 1999

von Ute Neuwöhner

Die Auseinandersetzung mit der Problematik „Krieg“ bzw. „Krieg und Frieden“ ist lange Zeit in der Geschichtswissenschaft vornehmlich aus der „Perspektive von oben“ - nicht zuletzt aufgrund der Quellenlage - erfolgt, wodurch die Herrschenden, die Heerführer sowie die Schlachten und ihr Verlauf etc. in den Mittelpunkt des Interesses gerückt wurden. Demgegenüber wurden die Auswirkungen eines Krieges auf die jeweils betroffene Zivilbevölkerung

wenig oder gar nicht berücksichtigt. Diesen „Blick von unten“, dem sich in jüngerer Zeit nicht zuletzt die Friedensforschung widmet, versuchte auch die achte Regionalgeschichtstagung an der Universität Paderborn einzunehmen und somit der Antwort auf die Frage näher zu kommen, „wie der Krieg das direkt beteiligte Individuum oder Gruppen von Menschen berührt, ihr Leben verändert, spezifische Verhaltensnormen begründet.“

In seiner allgemeinen Einführung skizzierte Prof. Dr. Frank Göttmann den theoretischen und philosophischen Rahmen des Themas und spannte dabei einen weiten Bogen von der Antike bis in unsere Tage. So wurde schon in der christlichen Spätantike die Problematik des „bellum iustum“ – des gerechten Krieges –, also der moralischen Rechtfertigung des Krieges, diskutiert, was auf die praktische Ebene bezogen bedeutete, mittels allgemein anerkannter rechtlicher Verfahrensregeln die Kampfhandlungen in einigermaßen geordneten (und lenkbaren) Bahnen zu halten, um so gerade der Zivilbevölkerung einen gewissen Schutz zu gewährleisten. Auf der anderen Seite stand jedoch das unbeschränkte Recht des Siegers auf Eroberung und Beute, wobei die Zivilbevölkerung immer – wenn auch auf unterschiedliche Weise – stark in Mitleidenschaft gezogen wurde. So gehörte in der Antike das gesamte besiegte Volk selbst zur Beute hinzu, im Mittelalter suchte man – z.B. in der Fehde durch Schadenstiftung (Raub und Brand) – die Zivilbevölkerung gezielt zu treffen und in der Frühen Neuzeit belasteten trotz theoretischer Überlegungen zur Schonung der Zivilisten Requisitionen und Kontributionen die Bevölkerung. Gerade die Konfessionskriege – und hier besonders zu erwähnen die Endphase des Dreißigjährigen Krieges – gerieten zu regellosen Kriegen, in denen Verbündete wie Feinde die Zivilbevölkerung gleichermaßen ins Elend stürzten.

Hinsichtlich der staatsrechtlichen und staatsphilosophischen Auseinandersetzung mit dem Thema Krieg wies Göttmann darauf hin, dass nach der pessimistischen Sichtweise Thomas Hobbes', wonach Krieg der Urzustand sei („Homo homini lupus est“), sich gerade die gegenläufige Denkweise herausgebildet habe, die im Frieden – als höhere Stufe der Kultur – den Naturzustand der Menschen sah (z.B. bei

Kant und Fichte). Hierbei darf natürlich nicht vergessen werden, dass sich auf der praktischen Ebene Friedensbemühungen sowie Macht- und Herrschaftsinteressen der Herrschenden stets verquick(t)en. Zudem wird gefährlicher- und problematischerweise bis heute Krieg als geeignetes Mittel zur Durchsetzung von Frieden angesehen.

Nach dieser Hinführung zum Thema hielt den ersten Vortrag der Tagung Prof. Dr. Lothar Wierschowski (Universität Oldenburg) unter dem Titel „‘Nicht Geschlecht, nicht Alter brachte Erbarmen‘ (Tac. Ann. I 51,1) – Zum Schicksal der Zivilbevölkerung in den Germanenkriegen Roms“. Ausgangspunkt seiner Überlegungen bildete das nach der verloren gegangenen Varus-Schlacht im Jahre 9 n.Chr. veränderte Germanenbild der Römer, dessen Folge ein wesentlich härteres Vorgehen gegen die Germanen war. Diesen Sachverhalt erläuterte Wierschowski anhand der von Germanicus geführten Kriege (14-16 n.Chr.), in denen das römische Heer nach Tacitus 14 n.Chr. an dem germanischen Stamm der Marser, der im Gebiet zwischen Ruhr und Lippe siedelte, ein regelrechtes Massaker verübte. Diese Ausrottung eines ganzen Volkes stellte keinen Einzelfall dar. Das Vorgehen des Germanicus, der eine Politik der verbrannten Erde mit bewusst wahllosem Morden verfolgte, spiegelte ganz im Gegenteil die allgemeine Praxis vor allem der Zeit nach der Varus-Niederlage wider und wurde damit begründet, dass alle Germanen kollektiv für die verloren gegangene Schlacht verantwortlich seien und somit bestraft werden müssten. Im Übrigen könnten, so Wierschowski, die Kriege des Germanicus nicht als persönlicher Rachefeldzug interpretiert werden, da die an der Varus-Schlacht beteiligten Germanen von römischer Seite als Empörer und Abtrünnige im eigenen Herrschaftsgebiet angesehen wurden.

Anhand des Schicksals der Sugambri und der Marser konnte Wierschowski folgende mögliche Auswirkungen für die Zivilbevölkerung in den Germanenkriegen verallgemeinernd herausarbeiten: Ermordung (insbesondere der Männer) und Behandlung als Beuteobjekte (vor allem Frauen und Kinder); nach bedingungsloser Kapitulation Vertreibung und Umsiedlung ins römische Gebiet; Abwanderung und Flucht aus dem Siedlungsraum in ein nicht-römisches oder nicht römisch beeinflusstes Territorium; völlige Vernichtung; Selbstmorde; Versklavung und letztlich wirtschaftliches und politisches Chaos in den betroffenen germanischen Gebieten. Andererseits konnte die germanische Oberschicht aber ihre Lebensbedingungen durch Übereinkommen mit den Siegern und nachfolgende Romanisierung auch verbessern. Im Allgemeinen jedoch galt die Zivilbevölkerung als reine Verfügungsmasse. Überhaupt – so Wierschowski – müsse davon ausgegangen werden, dass im Altertum die Bevölkerung in wesentlich höherem Maße in Mitleidenschaft gezogen wurde als bisher angenommen. Denn die Auffassung, Zivilisten von vornherein aus Kampfhandlungen herauszuhalten, hatte sich noch nicht ausgebildet.

Die kriegsbedingten Folgen, mit denen die Menschen des Mittelalters zu kämpfen hatten, erläuterte Prof. Dr. Matthias Springer (Universität Magdeburg) in seinem Vortrag „Ein alltäglicher Krieg oder ein ungewöhnlicher Krieg: Karl der Große und die Unterwerfung Sachsens“. Er machte darauf aufmerksam, dass das seit Jahrzehnten von der Wissenschaft tradierte Bild Karls des Großen, das eng mit der 'fränkischen Renaissance' verknüpft ist, eher eine Wunschvorstellung sei. Vielmehr seien dem Kaiser seine Kriege wichtiger gewesen, was sich aus den fränkischen Reichsannalen, die die Sichtweise Karls wiedergeben, ablesen lässt. Zudem galt im

Mittelalter das Führen von Kriegen als übliche Herrschaftsaufgabe. Legt man Karls Sicht zugrunde, hat somit gerade nicht die 'fränkische Renaissance', sondern die Unterwerfung und Bekehrung Sachsens als seine größte Leistung zu gelten.

Springer wies ferner darauf hin, dass man die Kriege des Mittelalters nicht mit den Nationalkriegen des 19. und 20. Jahrhunderts verwechseln dürfe, die Kriege zwischen Staaten gewesen seien. Im Mittelalter war es nämlich durchaus üblich, Kriege zwischen Obrigkeiten und Untertanen zu führen, und Kaiser Karl war in Sachsen die Obrigkeit, so dass es für ihn vermutlich in den Sachsenkriegen schlicht um die Unterwerfung von (aufrehrerischen) Untertanen gegangen sei. Ob aber den Sachsenkriegen Karls von Beginn an auch die Ambition einer Bekehrung von Heiden zugrunde lag, ist in der Forschung durchaus umstritten. Nach Auffassung Springers hatte der Kaiser lange vor 804 die Bekehrung der Sachsen beabsichtigt, so dass man bezüglich der Sachsenfeldzüge von einem ungewöhnlichen und neuartigen Krieg sprechen kann, da hier zum ersten Mal versucht wurde, das Christentum mittels Krieg auszubreiten. Gerade wegen dieser Zielsetzung zeichneten sich die Sachsenkriege durch eine außergewöhnliche Brutalität aus.

Abschließend erläuterte Springer anhand der Bestimmungen in der „Capitulatio de partibus Saxoniae“ die Auswirkungen der zwanghaften Bekehrung für die Lebensweise der Sachsen. Unter Androhung der Todesstrafe wurden heidnische Handlungen, wie Menschenopfer, Brandbestattung oder die Missachtung des vierzigstägigen Fastens verboten, während mehr alltägliche Handlungen, z.B. das Abhalten von Gastmählern für die heidnischen Götter, unter Geldstrafe gestellt wurden, wobei sozial höher Gestellte strenger belangt wurden als die unteren Schichten.

Zu den Veränderungen des alltäglichen Lebens, die das Christentum mit sich brachte, gehörte unter anderem ein neuer Umgang mit der Zeit. Hierbei nannte Springer besonders die Sonntagsheiligung als krassen Einschnitt in das Alltagsleben. Aber auch das christliche Gebot, vierzig Tage auf Fleisch zu verzichten, muss sich besonders auf die Lebensverhältnisse der ärmeren Leute ausgewirkt haben, da die Menschen in ihrer Nahrungsmittelauswahl sehr eingeschränkt waren. Hinsichtlich des Taufgelöbnisses der Sachsen und deren Absage an ihre alten Götter wies der Vortragende darauf hin, dass zur Zeit Karls des Großen eine andere Glaubensauffassung bestand als heute: Denn an einen Gott zu glauben hieß damals, sich in seine Untertanenschaft zu begeben. Die Sachsen schworen zwar ihrer Untertanenschaft gegenüber den heidnischen Göttern ab, deren Existenz wurde jedoch nicht angezweifelt. Somit bedeutete etwa in Karls Augen der Abfall vom christlichen Glauben, sich gleichzeitig der Untreue gegenüber König und Kaiser schuldig zu machen.

In der sich anschließenden Diskussion wurde das gezeichnete Bild weiter ausdifferenziert: Das Christentum hatte sich freilich nicht nur negativ auf das sächsische Alltagsleben ausgewirkt, sondern auch zur Stärkung der Herrschaftsstrukturen, des Wirtschaftslebens und der Lebenssicherheit beigetragen und das gesamte Leben in Sachsen erfasst.

Dr. Bettina Braun (Universität Paderborn) sprach zu dem Thema „Herrschaftswechsel und Besatzung: Paderborn im Dreißigjährigen Krieg“ und machte an diesem, eine ganze Generation umfassenden Krieg augenscheinlich, dass die kriegerischen Auseinandersetzungen die Bevölkerung nicht über einen längeren Zeitraum hinweg durchgängig und gleichmäßig unter Druck setzten. Gerade auch für die Paderborner Zeitgenossen, so Braun, hätten sich

die dreißig Jahre Krieg als ein vielschichtiges Auf und Ab und nicht als lineare Entwicklung präsentiert, wie einfache Verlustrechnungen häufig suggerieren. Diesen „Wechselbädern“ infolge des Krieges widmete sich Dr. Braun mit der Untersuchung der Herrschafts- und Konfessionswechsel in Paderborn, wobei sie sich aufgrund der Quellenlage auf die städtische Führungsschicht konzentrieren musste. Der Dreißigjährige Krieg brachte den Paderbornern einen zehnmaligen Wechsel der Herrschaft, was über das übliche Maß damaliger Erfahrungen weit hinausging.

Dabei fallen drei Herrschaftswechsel ins Auge, in denen sich die Taktik der Paderborner auffallend stark veränderte. Während der Rat nämlich noch 1622 sehr bereitwillig mit Herzog Christian von Braunschweig kooperiert hatte, ging er in den Jahren 1631 und 1633, als die Stadt nach fast zehnjähriger Herrschaft des Kurfürsten Ferdinand von Köln von Landgraf Wilhelm V. von Hessen-Kassel eingenommen wurde, innerhalb seines doch recht geringen Handlungsspielraumes ausgesprochen vorsichtig vor und versuchte sich nach allen Seiten abzusichern. Denn die Ratsherren beharrten beide Male ausdrücklich darauf, dass protokollarisch festgehalten werden solle, sie hätten den Eid gegenüber dem hessischen Landgrafen nur unter Druck und Zwang abgelegt. Außerdem seien die kurfürstlichen Beamten, die katholische Geistlichkeit und die katholischen Institutionen zu schonen. Dafür waren die Bürger sogar bereit, Nachteile in Kauf zu nehmen. Hinter dem Verhalten der Ratsmitglieder dürfte sich jedoch weniger eine besondere Treue zum Kurfürsten verborgen haben, als vielmehr die Erfahrungen, die die Paderborner im Jahre 1622 hatten machen müssen. Damals mussten sie die bereitwillige Preisgabe des katholischen Glaubens nach der Einnahme der Stadt durch Herzog Christian von Braunschweig

schwer büßen, nachdem die Stadt von Kurfürst Ferdinand zurückerobert worden war. Denn bei dem kurfürstlichen Strafgericht gab die konfessionelle Haltung den entscheidenden Ausschlag bezüglich der Verhängung des Strafmaßes. Diejenigen, die aktiv an der Wiedereinführung des lutherischen Glaubens mitgewirkt hatten, wurden zu Geldstrafen und Landesverweisung, drei von ihnen gar zum Tode verurteilt. Die Stadt insgesamt verlor einige ihrer erst 1619 zurückgewonnenen Privilegien, zudem wurde die Einwohnerschaft in der neuen Ordnung von 1623 auf den katholischen Glauben verpflichtet. Deshalb versuchten die Ratsherren ein Jahrzehnt später zu demonstrieren, sie hätten alles dafür getan, um den Fortbestand der katholischen Kirche unter dem reformierten Landgrafen Wilhelm V. von Hessen-Kassel zu sichern. Letztlich hatte also keiner der zehn Herrschaftswchsel in Paderborn so gravierende politische und konfessionelle Folgen besessen wie der von 1622.

In einem zweiten Teil beschäftigte sich die Vortragende mit den Belastungen, die ein Herrschaftswchsel immer nach sich zog, wobei hier insbesondere die finanziellen zu nennen sind. Neben den ständigen, kriegsspezifischen Ausgaben (Verstärkung der Stadtmauern, Verpflegung der Soldaten, Kontributionen und die Verehrungen an die Offiziere zur Durchsetzung von Disziplin in der Truppe) wurden der Stadt Paderborn im Verlaufe des Krieges viermal außerordentliche Zahlungen abverlangt, deren Höhe besonders 1631 und 1646 die Stadt an den Rand des Ruins brachte und unter deren Folgen sie Jahre zu leiden hatte. Somit wurden die 30er Jahre in Paderborn von einer finanziellen Misere geprägt, die durch die Pestepidemie von 1636, der 40% der Bevölkerung zum Opfer fielen, zu einer existentiellen Bedrohung geriet.

Insgesamt also hatten die Paderborner Bürger ganz unterschiedliche Phasen des

Krieges zu durchleben, die wiederum ganz spezifische Belastungen mit sich brachten: In den 20ern und Anfang der 30er Jahre waren es die konfessionellen und politischen Folgen, mit denen die Bürger fertig werden mussten, während sie in den 30er und 40er Jahren vor allem mit den finanziellen und wirtschaftlichen Belastungen zu kämpfen hatten.

Der sehr komprimierte Vortrag von Dr. Benjamin Ziemann (Universität Bochum) mit dem Titel „Kriegsgesellschaft und Kriegserfahrungen in der Region: Methodologische Überlegungen am Beispiel der beiden Weltkriege“ schlug dann die Brücke zum 20. Jahrhundert und zeigte die Probleme und die Chancen auf, die sowohl der „Blick von unten“ als auch die regionalgeschichtliche Perspektive auf die Weltkriege haben können. Laut Ziemann würden in manchen regionalgeschichtlichen Darstellungen bis heute (unreflektierte) Ableitungen aus der „allgemeinen Geschichte“ vorgenommen, was er anhand eines Zeitungsartikels aus jüngster Zeit belegte, in dem das bekannte Bild von der angeblichen Kriegsbegeisterung von 1914 unbesehen auf das Ruhr-Revier übertragen wurde. Demgegenüber gelangte die neueste Forschung jedoch zu der Auffassung, dass die Kriegsbegeisterung in der Arbeiterregion überhaupt nicht verbreitet war. Im Falle des erwähnten Artikels sei die für die Regionalgeschichte sehr wichtige Frage außer Acht gelassen worden, was im Hinblick auf die großen Schlachten wie Verdun typisch, symptomatisch oder bedeutsam für die Schilderung des Ersten Weltkriegs aus der Sicht des Ruhrgebiets sei.

Die verbreitete Annahme, der „Blick von unten“ auf die Kriege sei eine Errungenschaft der 80er Jahre, verwarf Ziemann als falsch. Vielmehr sei die Darstellung der Weltkriege aus der Perspektive des kleinen Mannes „eine direkte Folge der spezifischen Kriegskultur der beiden Weltkriege

und der durch sie forcierten sammelnden und darstellenden Arbeit am nationalen Gedächtnis.“ Schon seit 1914 werde die Sichtweise des Volkes, da Ressource für die Kriegsführung, wesentlich ernster genommen als zuvor. Besonders geeignet, um dieser Perspektive näher zu kommen, sei, so Ziemann, die Quellengattung der Feldpostbriefe, da sie sehr authentisch und nicht durch nachträgliche Sinnstiftungsprozesse verfälscht worden seien (wie z.B. Memoiren), zudem massenhaft existierten und auch Schichten umfassten, die sonst nicht oder wenig schrieben. Mit Hilfe dieser Quelle könne man den Erfahrungshorizont breiter Bevölkerungskreise erfassen. Der hier ins Spiel kommende Begriff der Erfahrung ist inzwischen bezüglich der Aufarbeitung der Geschichte der kleinen Leute in den Weltkriegen methodisch zunehmend in den Mittelpunkt gerückt worden. Gerade in jenem Zusammenhang bietet die Region eine Erfolg versprechende Forschungsperspektive, da die hier überkommenen Besonderheiten und Identitäten die Ausdeutung kriegerischer Ereignisse prägen können. Die erfahrungsgeschichtliche Perspektive kann zudem die Vorstellung von einer tief greifenden Differenz zwischen Heimat und Front überwinden helfen und vor falschen Schlussfolgerungen bezüglich der Mentalität der Frontgeneration schützen, insofern etwa Kriegserlebnisse nur dann bedeutsam sind, wenn sie sich in tradierte Strukturen sozialen Wissens einfügen.

Die Betrachtung eines Krieges unter dem Aspekt der Erfahrung überschreitet nach Ziemann zwingend die zeitliche Begrenzung der kriegerischen Auseinandersetzung, so dass eine Regionalgeschichte immer auch die Nachkriegszeit in ihre Darstellung mit einbeziehen muss. Nur so könne die Frage beantwortet werden, ob große Schlachten bzw. die „allgemeine Geschichte“ sich überhaupt auf die regionale

Kriegserfahrung ausgewirkt haben. Für eine regionalgeschichtliche Perspektive auf die Weltkriege seien gerade nicht die nationalen Symbole wie Verdun entscheidend, sondern die Verbindung der Ereignisse mit lokalen Persönlichkeiten oder in katholischen Gebieten mit Wallfahrtsorten, schließlich auch prägende Geschehnisse der Nachkriegszeit, wie z.B. der Ruhrkampf 1923, der die Ausdeutung des Ersten Weltkrieges im Nachhinein spezifisch geformt hat. Regionale Kriegserfahrungen seien folglich „Zusammenhänge und Bedeutungen eines Krieges, die sich auch nach dessen Ende lebensweltlich tradieren und weiterhin im Bewusstsein der Bevölkerung eine Bedeutung erhalten.“ Studien unter dem Gesichtspunkt der Erfahrung gehen somit über Zäsuren, die von der Politik- oder Militärgeschichte gesetzt werden, weit hinaus und relativieren deren Bedeutung.

Den Schlusspunkt der Tagung setzte dann ein Zeitzeugenbericht: Willi Mues erzählte unter dem Titel „Das Ende des Zweiten Weltkrieges. Persönliches Erleben eines Zeitzeugen“ von seinen Erfahrungen, die er als Kind in Erwitte während des Zweiten Weltkriegs machen musste. Das Schicksal seines im Krieg gefallenen Lieblingsonkels bewegte ihn derart und nachhaltig, dass er es sich zur Aufgabe setzte, dessen Lebens- und Leidensweg aufzuklären. Den Teilnehmern der Tagung wurde durch den sehr lebensnahen Vortrag höchst eindrücklich vorgeführt, dass Kriegserfahrungen auch über ein halbes Jahrhundert später für die Betroffenen noch sehr lebendig, prägend und gegenwärtig sein können. Das unterstrich auch die anschließende, teilweise sehr emotional, aus eigenem Erinnern heraus geführte Schlussdiskussion, die noch einmal deutlich machte, wie lohnend und wichtig es war, sich mit dem Thema Krieg unter der Perspektive von unten auseinander zu setzen.

Thora-Schild aus Paderborn gefunden

von Margit Naarmann

Ende 1999 sorgte eine Nachricht für Aufsehen, daß dem Museum im Goldschmiedehaus in Ahlen – es beherbergt bereits eine Judaica-Sammlung – ein außergewöhnlicher Erwerb gelungen war: ein silberner Thora-Schild aus der Werkstatt der Paderborner Goldschmiede Leggen (Vater und Sohn), das M. [Moses] Grünebaum und seine Frau Ida Grünebaum 1874 gestiftet hatten. Außergewöhnlich ist der Fund dieses Thora-Schildes deshalb, weil durch die Pogromnacht 1938 mit der Zerstörung der Synagogen nahezu alle Kultgegenstände vernichtet worden waren. Das aus 750-Silber kunstvoll getriebene Schild, reichhaltig mit Blüten verziert, hat etwa die Größe eines aufgeschlagenen Taschenbuchs (22 x 26 cm). In seiner Mitte ist der Wechselrahmen mit den austauschbaren Täfelchen aufgeschraubt, die den jeweiligen Festtag anzeigen, z.B. den Sabbat, Yom Kippur, das Versöhnungsfest, und weitere. Darüber befindet sich eine vergoldete (Thora-)Krone. In der rechten unteren Ecke ist nicht nur der Silberstempel sichtbar, sondern auch der Name des Silberschmiedes: „Leggen.“ Auf der Rückseite sind die Stifter eingraviert: „Gewidmet von M. Grünebaum und Ida Grünebaum, geb. Weyl, 1874.“ Es lag also nahe, die Stifter in Paderborn zu suchen.

Der Stifter Moses Grünebaum wurde am 27. Februar 1820 in Geseke als dritter Sohn des Kaufmanns Isaac Grünebaum und seiner Frau Rica geb. Simon aus Lübbecke geboren. Die Grünebaums hatten insgesamt acht Kinder, vier Söhne und vier Töchter. Ihre geschäftliche Tätigkeit war vielseitig: Sie betrieben einen Handel mit Waren des täglichen Bedarfs, mit Manufaktur- und Textilwaren, kauften und verkauften ferner Getreide und Feldfrüchte,

wickelten Geldgeschäfte ab und versorgten angesichts der mangelnden Mobilität der Landbevölkerung mit ihren Knechten auch das flache Land.

Moses und sein Bruder Levy (später Louis) arbeiteten im elterlichen Geschäft. 1857 stirbt der Vater Isaak. Fortan betreiben sie die Geschäfte zusammen mit ihrem Halbbruder Abraham, der aus der ersten Ehe des Vaters stammt. Louis Grünebaum zog später nach Paderborn und errichtete das bekannte Warenhaus Steinberg & Grünebaum

Die Grünebaums hatten ein gewisses Vermögen durch Fleiß und Sparsamkeit erworben. Neben den Schülern, den Vorfahren der Schriftstellerin Else Lasker-Schüler, zählten sie zu den angesehensten jüdischen Familien in Geseke.

Wann sich Moses in Paderborn niederließ, ist nicht bekannt. Ebensowenig kennen wir das Datum seiner Heirat mit Ida Weyl (geb. 6. September 1839) aus Haltern. Ihnen wurden sechs Kinder geboren, doch nur Friederike (geb. 26. Mai 1865), Albert (geb. 13.05.1866) und Julius (geb. 15. Mai 1868) überlebten.

Ende 1857 hatte der jüdische Mühlenbesitzer Sally Meier in der Western-Chaussee 217 (heute Bahnhofstraße 7), unmittelbar neben der Städtischen Gasanstalt, eine Dampfmühle errichtet. Wann Moses Grünebaum dort als Teilhaber eintrat, ist ebenfalls nicht bekannt. Ende der siebziger Jahre befindet sich die Dampfmühle jedenfalls im Besitz von S. Meyer & Grünebaum, nach dem Meyerschen Konkurs 1882/83 wird Grünebaum als alleiniger Eigentümer der Dampfmühle geführt. Im Jahre 1883/84 nennt die Gewerbesteuer-Rolle in Classe A I Grünebaum an fünfter Stelle der Steuerzahler. Die Familie

wohnte privat in der Wilhelmstraße 201, dem heutigen Le-Mans-Wall. Moses Grünebaum starb am 13. Oktober 1885. Er dürfte auf dem jüdischen Friedhof an der Borchener Straße beerdigt worden sein, während sich die Grabstätte seiner Frau Ida - sie starb am 20. März 1889 - auf dem Friedhof Warburger Straße befindet. Nach dem Tod der Eltern führte der Sohn Albert die Dampfmühle weiter, bis er im März 1897 nach Berlin verzog, wo er 1928 starb. Die Grünebaumsche Dampfmühle wurde offensichtlich nicht weiterbetrieben.

Aus welchem Anlaß die Grünebaums diesen Thora-Schild stifteten, ist nicht bekannt. Möglicherweise war es für das Bethaus in der Padergasse bestimmt, gewiß aber nicht für die neue Synagoge am Busdorf, da diese erst 1882 eingeweiht wurde. Es ist nicht unmöglich, daß es eine Stiftung für das Jüdische Waisenhaus in Paderborn war, dessen Einweihung 1863 stattgefunden hatte. Dieses Haus besaß einen Synagogenraum, in dem Gottesdienst gefeiert wurde. Die Familie Grünebaum dürfte sich dem Waisenhaus gegenüber in einer besonderen Pflicht gesehen haben, denn mehrere Familienmitglieder setzten Stiftungssummen für das sogenannte Kaddischgebet aus, das Gebet für Verstorbene, welches an deren Todestag alljährlich von den Kindern des Waisenhauses gebetet wurde. Aus dem Kapital und den Zinsen der Stiftungssummen – Ende der zwanziger Jahre dieses Jahrhunderts hatte das Waisenhaus etwa 3 000 Stifter, unter ihnen auch den bekannten Frankfurter Bankier Anselm Meyer Rothschild – wurde das Haus zum Teil unterhalten.

Moses und Idas' Tochter Friederike heiratete den Paderborner Bankier Emil Paderstein (geb. 19. Oktober 1846 in Paderborn). Emil Paderstein war langjähriger Stadtverordneter, im Vorstand der jüdischen Gemeinde sowie im Kuratorium des jüdischen Waisenhauses. 1903 erhielt er die

Ernennung zum Kommerzienrat. 1904 übernahm die Bergisch-Märkische Bank in Elberfeld den „Padersteinschen Bankverein“, deren Mitinhaber Emil Paderstein war. Im Jahre 1911 zog die Familie nach Berlin. Dort starb Emil am 27. Januar 1929, Friederike am 5. April 1932. In Paderborn trägt ein Weg entlang der Pader seinen Namen.

Die Familie hatte im vorigen Jahrhundert die „Julius Padersteinsche“-Stiftung zugunsten der Stadt Paderborn errichtet.

Thora, Tora: (hebräisch Lehre), die fünf Bücher Mose.

Thora-Schild:

Nach der Lesung wird die Thora zusammengerollt und mit einem Thora-Mantel bekleidet sowie evtl. durch eine Krone geschmückt. Die Vorderseite des Mantels, der die Thora verhüllt, ist in der Regel mit einem Schild geschmückt.

Der meist aus Silber getriebene Thora-Schild ist etwa 20 - 25 cm breit. Er hängt an einer Kette, die an den Rollstäben befestigt ist. (Eine Thora besteht aus mehreren Pergamentstücken, die zusammengenäht sind. Um auf diesen langen Pergamentstreifen problemlos zu jenem Thoraabschnitt zu gelangen, der an einem bestimmten Tag verlesen werden soll, entstand die praktische Möglichkeit, die Pergamentenden an einem Stab zu befestigen, der gewöhnlich aus Holz oder Elfenbein geschnitzt ist.)

Oft werden auf dem Schild noch zusätzlich kleine Schilde aufgeschweißt, in die die Namen aller Feste und jedes Sabbats eingraviert sind. Der Schild mit dem jeweiligen Namen soll vor der Thora stehen, damit der Kantor oder der Vorbeter weiß, welches Buch er als erstes aus dem Schrein holen muß.

Die Thoraschilde werden im allgemeinen in Anlehnung an den Brustschild gestaltet, den der Hohepriester trug (2.Buch

Mose 28,13-30; 39,8-21). Dieser ursprüngliche Schild war mit zwölf Edelsteinen - verteilt auf vier Reihen - verziert, auf die

jeweils der Name eines der zwölf Söhne Jakobs eingraviert war.



Otto-Weerth-Preis für Annette Hennigs

Mit dem Otto-Weerth-Preis des Naturwissenschaftlichen und Historischen Vereins für das Land Lippe ausgezeichnet wurde am 19. März 2000 Annette Hennigs aus Detmold für ihre Dissertation „**Gesellschaft und Mobilität. Eine Sozialgeschichte der Straßen am Fallbeispiel der Grafschaft Lippe 1680-1820**“. Die Frühneuzeit-Studie entstand im Fachbereich I der Universität Paderborn bei Prof. Dr. Frank Göttmann und soll noch in diesem Jahr im Druck erscheinen. Anhand der dichten Quellenüberlieferung im Staatsarchiv Detmold untersuchte die Preisträgerin die rechtlichen und wegebaulichen Grundlagen des Reisens ebenso wie mobile Berufsgruppen (Boten, Fuhrleute, Wanderarbeiter, Wanderhändler) und illegale Mobilität. Die Redaktion der „Mitteilungen des Vereins für Geschichte“ gratuliert der Mitredakteurin sehr herzlich zu dieser Ehrung.

Porträt

von Barbara Stambolis

Ab Sommersemester 2000 nehme ich als Privatdozentin im Fach Geschichte an der Universität Paderborn Lehrverpflichtungen in Neuerer und Neuester Geschichte wahr.

Die Geschichtswissenschaft als Arbeitsgebiet gewählt zu haben, hängt in der Regel abgesehen von einem Interesse am Fach mit einer Frage zusammen, die nur schwer zu beantworten ist. Mit anderen Worten: Warum entscheidet man sich (dem Bild der 'Lebensreise' folgend) beruflich für eine 'Reise' in die Vergangenheit und nicht etwa für ferne Länder?

Um eine Antwort darauf kann es hier nicht gehen, vielmehr darum, das ego laborator, wenn man so will, oder das ego faber knapp vorzustellen.

Studiert habe ich Germanistik und Geschichte, zunächst in Kiel und dann in Bochum. An der Ruhr-Universität legte ich die erste Staatsprüfung für das Lehramt an Gymnasien und die Magister-Prüfung mit einer Arbeit über das Thema „Das Verhältnis von Kunst und Leben bei Benn und Nietzsche“ ab.

Promoviert habe ich bei Professor Dr. Hans Mommsen in Bochum (Titel der Druckfassung: Mythos Jugend: Leitbild und Krisensymptom. Ein Aspekt der politischen Kultur im 20. Jh.), bin von daher bereits seit meinem Bochumer Studium mit sozial- und mentalitätsgeschichtlichen Fragestellungen des 19. und 20. Jahrhunderts vertraut. Die Zusammenarbeit mit dem Archiv der deutschen Jugendbewegung besteht seitdem und wird fortgesetzt.

Als Studienreferendarin war ich in Gießen tätig und legte dort das zweite Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien ab; Lehrtätigkeiten an den Kaufmännischen Schulen in Dillenburg und als Dozentin an der Volkshochschule Paderborn mit den



PD Dr. Barbara Stambolis

Schwerpunkten Literatur, Geschichte und Kunstgeschichte schlossen sich an.

Habilitiert habe ich mich an der Universität Paderborn. Das Thema meiner Habilitation lautete: „Religiöse Festkultur im 19. und 20. Jahrhundert. Zu Tradition, Umbruch und Neuformierung katholischer Frömmigkeit in der Gesellschaft.“ Diese Arbeit setzt in der Frühen Neuzeit an, behandelt die Neuformierung von Frömmigkeit im Kontext gesellschaftlicher Umbrüche um 1800, die Konkurrenz zur nationalen Festkultur im 19. Jahrhundert, thematisiert weitreichende mentalitätsgeschichtliche Zusammenhänge mit Grundfragen der Geschichte des 19. Jahrhunderts, Fragen der Widerständigkeit nach 1933 und Milieuaspekte bis in die 1960er Jahre.

Meine Arbeitsschwerpunkte liegen im 19. und 20. Jh. Forschungsfelder liegen in folgenden Bereichen: Festforschung (Frühe Neuzeit, 19. und 20. Jahrhundert), Vereinsforschung, Geschlechtergeschichte, regional- und stadtgeschichtliche Themen des 19. und 20. Jahrhunderts, Nationalsozialis-

mus und Widerstand, historische Friedensforschung, Jugend- und Generationenproblematik im 20. Jahrhundert sowie soziale Brennpunkte nach 1945.

Interdisziplinarität, insbesondere die Einbeziehung volkskundlicher und religionssoziologischer, aber auch kunst- und architekturgeschichtlicher Forschungsansätze stellt eine Notwendigkeit und sinnvolle Erweiterung der Blickrichtung im Zusammenhang meiner Untersuchungen dar.

Auch mit Ausstellungsprojekten war ich bereits befaßt. Als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität-Gesamthochschule Paderborn war ich mit einem Ausstellungsprojekt „Paderborn 1945-1955. Zerstörung und Aufbau“ betraut. Meine Aufgaben waren u.a. die Visualisierung des historischen Materials, die Erstellung von Katalogbeiträgen, die Redaktion und Bebilderung des Katalogs, die Koordination der Arbeiten im Vorfeld der Ausstellung und Nacharbeiten, insbesondere die wissenschaftliche Aufarbeitung einzelner Schwerpunktthemen. Außerdem arbeitete ich an einem Ausstellungsprojekt über Feste unter dem Nationalsozialismus in Zusammenarbeit mit der Universität Bielefeld, u.a. um die Praxisbezogenheit von Studiengängen zu verstärken.

Der methodische Zugang zur oral-history ist mir aus verschiedenen stadtgeschichtlichen Arbeiten, aus den Vorarbeiten zu einer umfangreicheren Studie zu Flüchtlingen nach 1945 in Westfalen und aus der historischen Vereins- und Festfor-

schung, die sich nicht zuletzt in Zusammenarbeit mit der Volkskundlichen Kommission für Westfalen auch gegenwartsbezogenen Aspekten widmet, vertraut.

Veröffentlicht habe ich Arbeiten auf den bereits genannten Gebieten, als selbständige Monographien, in Sammelwerken und in maßgeblichen Zeitschriften wie der Historischen Zeitschrift, Geschichte und Gesellschaft, dem Historischen Jahrbuch der Görresgesellschaft und dem Archiv für Kulturgeschichte.

Neben der Lehre an der Universität Paderborn wird mich jetzt zunächst die Fortführung und Ausweitung von Themen und Fragestellungen beschäftigen, die sich aus meinen bisherigen Arbeiten ergeben. Entsprechend weit noch sind somit die möglichen Forschungsfelder.

Im Zusammenhang mit dem eingangs gewählten Bild historischer Forschung als „Reise in die Vergangenheit“ schreibt Georges Duby: „Für den, der die Geschichte gewählt hat, bedeutet die Abreise Introversion ... er zieht sich in sich selbst zurück. Schweigen, mit niemandem sprechen, lesen, entziffern, sich mit Schatten unterhalten. Im Grunde genommen ein Monolog... Warum bin ich Historiker geworden?“ Duby nimmt Bezug auf die Entstehung europäischer Wissenschaft aus der Mönchsklausur. Diese kritische Sicht hat ihre Berechtigung und die Lehre bildet zweifellos ein wichtiges Korrektiv zu allen Formen der Archivarbeit und Schreibtätigkeit.

„Schutzgemeinschaft Externsteine“ gegründet

von Roland Linde

In der letzten Ausgabe berichteten wir über Pläne einer lippischen Investorengruppe, im Bereich des Naturschutzgebietes und in unmittelbarer Nähe zum international bekannten und in seiner Art einmaligen Natur- und Kulturdenkmal Externsteine (Horn – Bad Meinberg) ein kommerzielles Freilufttheater zu errichten und dort „Arminius-Festspiele“ abzuhalten. Diese Pläne, die Anfang August durch die Presse bekannt wurden, haben zumindestens im Kreis Lippe eine lebhaftige Diskussion ausgelöst. Die zweifelhafte Aussicht auf eine Schubwirkung für das heimische Gast- und Einzelhandelsgewerbe hat inzwischen ihre Folgen in der Kommunalpolitik und bei den Gewerbetreibenden gezeitigt. Doch zunächst konnte der massive Protest von Denkmal- und Naturschützern die angekündigte zügige Umsetzung der Pläne verhindern. In diesem Jahr wird es ganz bestimmt nichts mehr werden mit den „Arminius-Festspielen“.

Ende 1999 wurde dann plötzlich in der Presse eine Bauvoranfrage für den alternativen Standort Flachsheide (Bad Salzuflen) gemeldet, doch war dies wohl nur ein Ablenkungsmanöver. Auch der in der Kommunalpolitik diskutierte Standort unterhalb des Hermannsdenkmals wird von den Investoren wohl nicht ernsthaft verfolgt. Zur Zeit ist es ruhig geworden um das Projekt. Den zuständigen Behörden der Stadt Horn-Bad Meinberg und des Kreises Lippe und dem Landesverband Lippe als Eigentümer liegen keine offiziellen Voranfragen oder Anträge vor. Doch ganz begraben sind die „Arminius-Festspiele“ sicher noch nicht.

Im Oktober 1999 formierte sich aus Vertretern verschiedener Vereine (u. a. Naturwissenschaftlicher und Historischer

Verein für das Land Lippe, Naturschutzbund Lippe, Lippischer Heimatbund) und interessierten Privatpersonen die „Schutzgemeinschaft Externsteine“. Der Verein versteht sich nicht nur als kurzfristige Bürgerinitiative gegen die „Arminius-Festspiele“. Vielmehr möchte sich der Verein einsetzen für die Belange des Naturschutzgebietes und des Natur- und Kulturdenkmals. Erst durch den versuchten Übergriff ist den Bürgern der Wert des Ensembles wieder bewußt geworden. Vieles liegt im Argen: das Umfeld der Felsen ist nicht der Bedeutung des Denkmals entsprechend gestaltet, die vielen Besucher – mehr als 500.000 im Jahr – finden kaum Informationen. Hier will die Schutzgemeinschaft Anregungen geben und nach ihren Möglichkeiten an der praktischen Umsetzung mitwirken.

Die Wissenschaft hat sich in den vergangenen Jahrzehnten bis auf wenige Ausnahmen nicht mit den Felsenanlagen und dem Kreuzabnahmerelief beschäftigt. Erst in jüngster Zeit erschienen aus archäologischer (Uta Halle) und kunsthistorischer Perspektive (Walter Matthes und Rolf Speckner) wieder ernstzunehmende Beiträge, die aber – bei unterschiedlichen Fragestellungen – zu sehr divergierenden Ergebnissen gelangten. Die „Deutungshoheit“ blieb dagegen bislang den esoterischen „Schwarmgeistern“ (Erich Kittel) überlassen, deren Theorien folglich das Bild der Externsteine in den Medien prägen. Bereits existierende Gruppierungen und eine sogenannte „Fachtagung“ der Externsteineforscher haben sich völlig auf vor- und frühgeschichtliche Interpretationen eingeschworen. Methodische und wissenschaftliche Standards spielen in diesen Kreisen kaum eine Rolle. Die Schutzgemeinschaft

will dagegen in der historischen Interpretation offen sein und die wissenschaftliche Externsteinforschung von Seiten der Archäologie, Kunstgeschichte und Mediävistik wieder anstossen. Während in diesem Jahr die geplanten Veranstaltungen (Vorträge und Führungen) sich vor allem mit dem Naturschutzgebiet und geologischen Fragen befassen werden, soll 2001 eine

Vortragsreihe der traditionsreichen Kontroverse um die Externsteine Rechnung tragen.

Wer sich für die Arbeit der Schutzgemeinschaft Externsteine interessiert, kann sich an unsere Kommilitonin Astrid Reipschläger (Schmales Feld 19, 32805 Horn-Bad Meinberg, 05234/ 3880) wenden.

Die Wiederkehr des „grausamen Mittelalters“: Anmerkungen zur Ausstellung „Mittelalterliche Folterwerkzeuge“ im Institut für Lippische Landeskunde in Lemgo

von Jürgen Scheffler und Gisela Wilbertz

Auf große Plakate und auffällige Transparente ist gestoßen, wer in den Tagen vor und nach Ostern durch die Straßen der Lemgoer Innenstadt gegangen ist. Das Institut für Lippische Landeskunde hat damit für die Ausstellung „Mittelalterliche Folterwerkzeuge“ geworben, die vom 17. März bis 7. Mai 2000 in den Institutsräumen zu sehen gewesen ist. Auf den Plakaten ist ein hölzerner Stuhl abgebildet, dessen Sitzfläche, Rücken sowie Armlehnen mit dichten Reihen spitzer Stacheln besetzt sind. Wer die 8.- DM Eintrittsgeld (für Erwachsene) bezahlt hat, trifft nicht nur auf den Stachel- oder Folterstuhl, sondern auf zahlreiche andere Objekte, die Assoziationen von Grausamkeit und Schrecken bei den Betrachter(inne)n wecken sollen. Wie zu hören ist, findet die Ausstellung große Resonanz, vor allem bei Schulklassen.

Der Ankündigungstext zu dieser Ausstellung definiert „Folter“ als „eine gezielt eingesetzte grausame Handlungsweise von Menschen gegen Menschen, ... die die Menschheit durch alle Jahrhunderte ihrer Existenz begleitete, und selbst heute gehört dieses schreckliche Geschehen laut Informationen von Amnesty International in

fast siebzig Ländern dieser Erde zum Alltag.“ Folglich soll die Schau bei den Besuchern dazu führen, „sich mit einem der dunkelsten Kapitel der Menschheitsgeschichte kritisch auseinanderzusetzen und über die eigene Gleichgültigkeit gegenüber der Anwendung der Folter in heutiger Zeit nachzudenken.“¹ Die Ausstellung verfolgt also ein aktuelles politisches Ziel, nämlich die Ächtung der Folter weltweit, und ihr Ansatz ist ein anthropologischer - die sich unabhängig von Zeiten und Kulturen immer wieder in den verschiedensten Formen manifestierende menschliche Grausamkeit. Das Ziel ist gewiß ohne Einschränkung unterstützenswert, und die Feststellung, daß Menschen unerhört grausam sein können, wird keinen Widerspruch hervorrufen. Den Leser/die Leserin dieses Ankündigungstextes beschleicht allerdings ein gewisses Erstaunen darüber, daß die Ausstellungsmacher zu glauben scheinen, Amnesty International im Kampf gegen die *heutige* Folter am besten dadurch unterstützen zu können, daß sie Folterinstrumente einer *vergangenen* Epoche zeigen. Nun könnte aber auch dies möglicherweise legitim sein, wenn die Ausstellung eine wissenschaftlich fundierte und historisch

korrekte Aufarbeitung des Themas anbieten würde. Leider ist dies nicht der Fall.

Die Unkorrektheit beginnt bereits beim Titel. Die vorgeführten Objekte, so wird suggeriert, seien „mittelalterlich“. Tatsächlich ist in der Ausstellung fast ausnahmslos von der Frühen Neuzeit (1500-1800) die Rede. Dies ist auch kaum anders möglich. Denn obwohl Folter einerseits ein raum- und zeitübergreifendes Phänomen darstellt, besitzt sie andererseits eine sehr konkrete und nachvollziehbare „Geschichte“. Im christlichen Mitteleuropa - und darauf bezieht sich die Ausstellung im wesentlichen - erlebte sie eine Entwicklung, war Wandlungsprozessen unterworfen und erfuhr zu bestimmten Zeiten und an bestimmten Orten sehr spezifische Ausprägungen. Sogar ihren Anfang und ihr Ende kann man recht genau festmachen. Im Laufe des Spätmittelalters wurde im Strafrecht das alte Akkusationsverfahren (Prozeß nur nach Klage der Geschädigten: „Wo kein Kläger ist, da ist kein Richter“) allmählich ersetzt durch den neuen Inquisitionsprozeß (Ermittlungen und Anklage von Amts wegen wie noch heute; hat nichts zu tun mit der Institution der „Inquisition“!). Statt der Glaubwürdigkeit des Klägers und seiner Eideshelfer wurde das Geständnis des Beschuldigten prozeßentscheidend. Um es zu erlangen, wurde die Folter angewandt. Festgeschrieben wurde ihr Gebrauch spätestens in den Strafprozeßordnungen des 16. Jahrhunderts - in Deutschland in der „Carolina“ von 1532. Erst in der Frühen Neuzeit wurde so die Folter oder „Tortur“ zu einem im Kriminalprozeß üblichen und - auch dies ist sehr wichtig festzuhalten - *legalen* Hilfsmittel. Erst aus dieser Zeit stammen daher auch die meisten schriftlichen und bildlichen Quellen und fast alle überlieferten Objekte.

Trotz der gängigen Anwendung war Folter nicht gleich Folter. Keineswegs wurden, wie es die Ausstellung glauben

machen will, alle Methoden zu allen Zeiten an allen Orten gleichermaßen praktiziert. Hier gilt es zeitlich und regional sehr zu differenzieren - nicht nur zwischen den verschiedenen europäischen Ländern, sondern sogar in ein- und demselben Territorium. Lokale Traditionen spielten dabei ebenso eine Rolle wie gesetzliche Ver- und Gebote oder der Konsens innerhalb der Juristenzunft. Oberste Richtschnur war jedoch nie eine ungezügelter „Grausamkeit“, sondern Zweckmäßigkeit. Die Methoden zur Erreichung eines Geständnisses mußten im Verhältnis stehen zur Schwere des Tatvorwurfs und zur körperlichen Konstitution der Beschuldigten. In der Praxis war damit ein Lernprozeß für alle Beteiligten verbunden - für den Scharfrichter, für die anwesenden Juristen, für die zu Rate gezogenen Mediziner und selbst für die Angeklagten. Daher unterschied sich die Anwendung der Folter im 16. Jahrhundert sehr wesentlich von der des 18. Jahrhunderts. Die Hexenprozesse, auf die in Zusammenhang mit der Professionalisierung der Folter gern verwiesen wird, haben bei der Akzeptanz dieses Hilfsmittels keine entscheidende Rolle gespielt - denn nicht nur bei Hexereiverfahren konnte gefoltert werden, und nicht überall wurden Hexen verfolgt -, wohl aber bei dessen allmählicher Diskreditierung. Auf der Diskursebene wurde beständig um diffizile Grenzprobleme gerungen: Wann durfte die Folter eingesetzt werden und wann nicht? Welche Indizien waren ausreichend? Welche Methoden unangemessen? Hexenprozesse waren wie keine anderen geeignet, die Gefahren solcher Grenzüberschreitungen aufzuzeigen und so Zweifel zu säen, ob mittels der Folter überhaupt die Wahrheit in Erfahrung zu bringen sei. Ad absurdum geführt wurde die Folter schließlich im 18. Jahrhundert, als „Berufskriminelle“, Angehörige von Räuberbanden nämlich, auch den härtesten Torturen

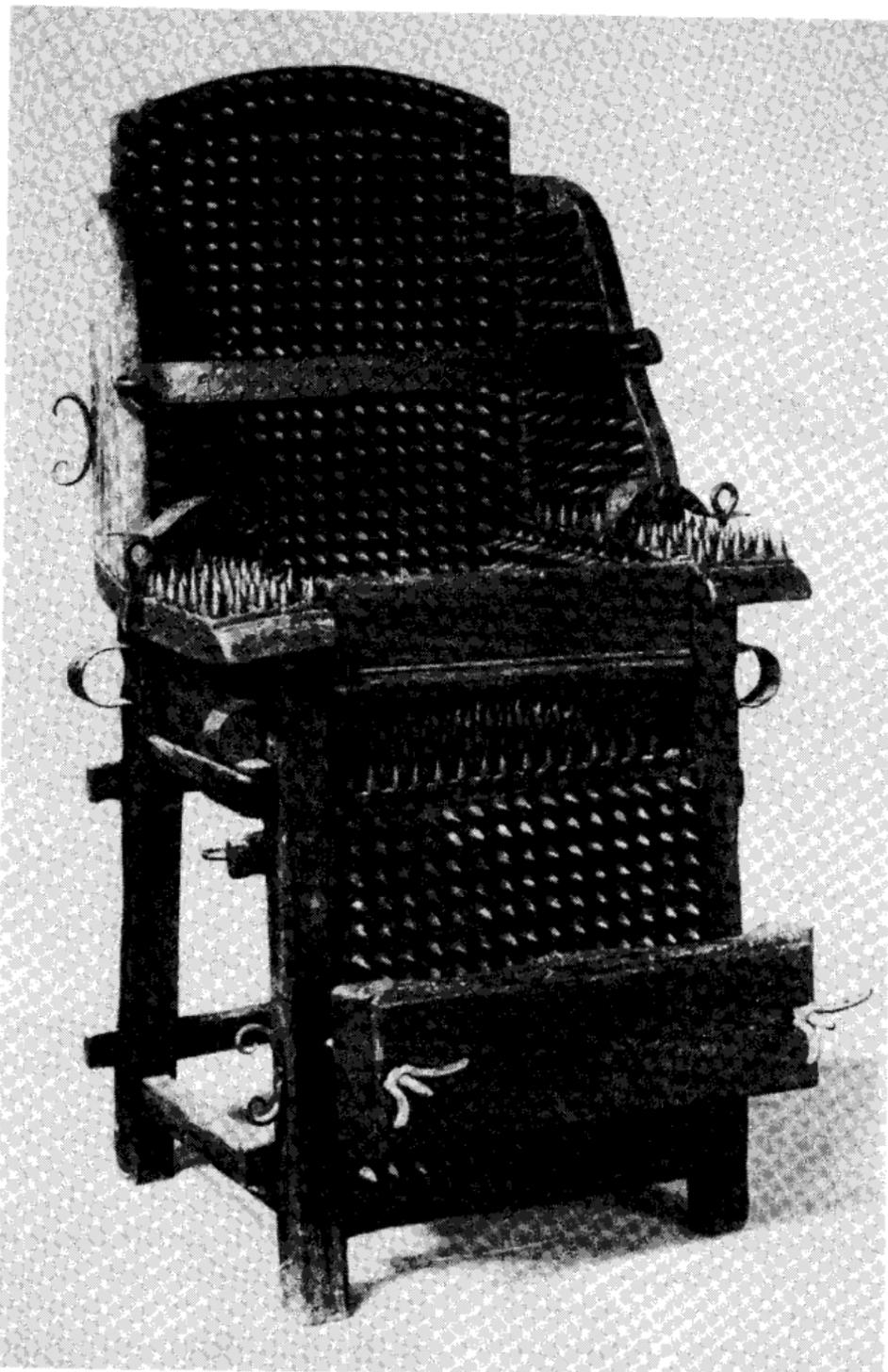
trotzten. Um sie verurteilen zu können, mußte man anderen, „objektiven“ Formen des Beweises Vorrang einräumen. Das Geständnis der Beschuldigten war fortan nicht mehr prozeßentscheidend, und die Folter konnte als unzweckmäßig abgeschafft werden. Wann dies geschah, ist nun wiederum sehr unterschiedlich gewesen. Allerdings bedeutet eine sehr späte gesetzliche Regelung - wie z.B. in Hannover 1820 - keineswegs, daß bis unmittelbar vorher auch Daumen- und Beinschrauben in Gebrauch gewesen wären. Der Konsens unter den Juristen ließ solche Methoden auch ohne gesetzliche Vorgaben obsolet werden, und wer nicht völlig rückständig oder unfähig erscheinen wollte, verzichtete bereits Jahrzehnte früher auf deren Anwendung.

Die Ausstellung zeigt aber nicht nur „Folterinstrumente“, und darin liegt die zweite Unkorrektheit des Titels. Zum Arsenal der vorgeführten Objekte gehören genauso Hinrichtungsinstrumente wie Schwert, Rad, Beil, Garrote, Guillotine u.a.m. sowie sonstige für die Strafvollstreckung gebräuchliche Gerätschaften (Zangen, Brandeisen, Knotenpeitsche), darüber hinaus aber auch Objekte aus dem Kontext von Schand- und Ehrenstrafen (Schandsteine und -masken) und des Gefängnisaufenthalts (Fuß- und Handfesseln). Sie undifferenziert samt und sonders unter „Folterinstrumente“ zu subsumieren, erscheint doch sehr zweifelhaft. Entweder man möchte tatsächlich eine *historische* Ausstellung zeigen - dann ist es auch notwendig, den damaligen zeitgenössischen Folterbegriff zugrunde zu legen. Oder man geht von unserem heutigen erweiterten Folterverständnis aus - in dem Fall müßte man aber unbedingt den historischen *Prozeß* dieser Erweiterung thematisieren. Weder das eine noch das andere wird in der Ausstellung geleistet. Worauf auch immer diese begrifflichen Unklarheiten zurückzuführen sind, der Information und Aufklä-

rung der Besucher/innen dienen sie jedenfalls nicht.

Der Undifferenziertheit der Objekte entspricht auch die wahllose und unkritische Benutzung des Bildmaterials. Offenbar spielte es für die Ausstellungsmacher keine Rolle, aus welcher Zeit eine Illustration stammt. Da gilt die authentische Zeichnung aus dem 16. Jahrhundert gleichviel wie die nachträgliche Fantasie-malerei des 19. Jahrhunderts. Aber selbst bei Darstellungen aus der Frühen Neuzeit wäre ein kritischer Blick angebracht. Genauso wenig wie schriftliche Zeugnisse geben sie die „objektive“ Realität wieder. Die Frage nach dem Entstehungszusammenhang und dem Entstehungszweck, nach dem Auftraggeber und dem Künstler, nach der Nähe oder Ferne zum Geschehen spielt für den Aussagewert eine entscheidende Rolle. Kurz: das gesamte wissenschaftliche Instrumentarium der Quellenkritik ist unbedingt auch auf bildliche Quellen anzuwenden - was allerdings auch außerhalb der hier diskutierten Ausstellung noch viel zu wenig geschieht. Nur wenn bildliche *und* schriftliche Quellen übereinstimmen, kann man auf dieser Grundlage versuchen, erhaltene Objekte zu identifizieren und ihren tatsächlichen Gebrauch zu rekonstruieren.

Erst bei näherer Betrachtung wird deutlich, daß es sich bei den „mittelalterlichen Folterwerkzeugen“, die in der Ausstellung zu sehen sind, um Nachbildungen handelt. Zwar soll das z. T. derb-klobige Aussehen der Objekte sowie der rostig-braune Anstrich den Eindruck von Authentizität vermitteln. Aber ein originales Objekt sucht man in der Ausstellung vergebens. Viele Objekte sind mit phantasievollen Namen versehen: so findet man u.a. einen „Hexenstuhl“, einen „Hexenbock“ sowie einen „malaiischen Stiefel“. Die Anwendung der Instrumente wird anhand von Abbildungen verdeutlicht, die in der



„Stachelstuhl“. Abbildung auf dem Plakat zur Ausstellung „Mittelalterliche Folterwerkzeuge“ und im Katalog des „Museo la Pena die Morte“. Dort heißt es: „Rekonstruktion aus den Fragmenten eines Originals aus dem 17. Jh.; etwa 60% Neuteile, Florenz 1982“

überwiegenden Zahl, soweit eine Datierung vorhanden ist, aus dem 19. Jahrhundert stammen. Damit ist das zentrale Problem der Ausstellung angesprochen: Bei einer großen Zahl von Objekten handelt es sich offenkundig um Erfindungen des 19. Jahrhunderts. Sie dienten wohl primär dem Zweck der Distanzierung vom „finsternen“ bzw. „grausamen“ Mittelalter. Je spektakulärer die Folterinstrumente, desto wahrscheinlicher ist ihre Herkunft aus dem 19. Jahrhundert.

Es gibt zahlreiche Museen, die Folterinstrumente zeigen. Auffällig ist, daß sich eine Reihe von ihnen an touristisch stark frequentierten Orten befinden. Ausstellungen, in denen Folterwerkzeuge präsentiert werden, sind offenkundig touristische Attraktionen, wenigstens für eine begrenzte Zeit, wie der häufige Standortwechsel dieser Spezialmuseen nahelegt. So gab oder gibt es im Zentrum von Amsterdam ein Torture Museum („medieval exhibition. Punishment and instruments of torture“), im französischen Fontaine de Vaucluse ein „Musée Historique de la Justice et des Châtiments“, im italienischen San Gimignano ein „Museo Contro la Pena di Morte“, in Rudesheim das „Mittelalterliche Foltermuseum“ und in Rothenburg ob der Tauber das „Mittelalterliche Kriminalmuseum“. Neben diesen Spezialmuseen verfügt auch eine Reihe von Stadt- und Regional- sowie Schloßmuseen über Sammlungen von Folterinstrumenten. Der Historiker Hartmut Boockmann hat vor einigen Jahren darauf hingewiesen, welche Bedeutung Folterinstrumente für die Museumsgründer des 19. Jahrhunderts hatten: „Das Bürgertum des 19. Jh. bedurfte zu seiner Selbstvergewisserung des Rückblicks auf die finstere Zeit des Feudalismus und so gehörte zu jedem Museum eine Folterkammer. In vielen Fällen wurden die Folterinstrumente neu angefertigt.“ⁱⁱ Jedes Museum, das Folterinstrumente als historische

Sachzeugen präsentiert, steht von daher vor der Aufgabe, dem Entstehungskontext der jeweiligen Sammlung nachzugehen. In Lemgo haben sich sowohl das Städtische Museum als auch das Stadtarchiv in den letzten Jahren intensiv bemüht, den folkloristischen Umgang mit dem Hexenthema kritisch zu befragen und neue Formen der Präsentation zur Geschichte der Hexenverfolgung zu entwickeln. Von daher soll im folgenden am Beispiel des Lemgoer Museums und seiner Sammlung exemplarisch verdeutlicht werden, wie ein historisch-kritischer Umgang mit den Sachquellen der Folterinstrumente aussehen kann.

Die Sammlung von Folterinstrumenten, über die das 1926 gegründete Städtische Museum verfügt, stammt aus dem Nachlaß der Lemgoer Scharfrichterfamilie Clauss/Clausen. Er umfaßte zwei Daumen- und vier Beinschrauben, einen hölzernen Knebel („Maulsperre“), einen sog. Folterstuhl sowie vier Richtschwerter.ⁱⁱⁱ Als Beilage zu Nr. 41 (1839) erschien im „Lippischen Magazin“ eine Zeichnung, die der Baukommissar Overbeck von den Folterwerkzeugen im Nachlaß angefertigt hatte. Die Beschreibung stammte von dem Fürstlich-lippischen Rat und Bürgermeister Christian Antze aus Salzuflen.^{iv} Der Folterstuhl war als Original nicht mehr vorhanden. Die Daumen- und Beinschrauben sowie der hölzerne Knebel kamen in die städtische Altertümersammlung und von dort ins Museum. Im Jahre 1937 wurde die neue Dauerausstellung des Museums aufgebaut. An die Stelle einer Präsentation, bei der die Objekte in dichter Anordnung gezeigt wurden, traten nun, dem zeitgenössischen Trend der Museumseinrichtung entsprechend, Inszenierungen. Im Kellerraum wurde der „Hexenkeller“ eingerichtet. Gezeigt wurden die Daumen- und Beinschrauben sowie der „Folterstuhl“ und die Streckleiter. Auch andere rechtliche Altertümer wurden in die Inszenierung

einbezogen, wie der sog. Kropsche Kasten, der im späten 18. Jahrhundert in dem Verfahren gegen den Raubmörder Johann Christoph Krop als Einschließungsinstrument gedient hatte.^v

Diese Inszenierung im Hexenbürgermeisterhaus, dem früheren Wohnhaus des Bürgermeisters Hermann Cothmann, der zu den Repräsentanten der Hexenjustiz gehörte und von daher den Beinamen „Hexenbürgermeister“ erhielt, vermittelte den Eindruck eines „Folterkellers“. In Reise- und Museumsführern wurde die vermeintliche Authentizität durch entsprechende Texte verstärkt. Im Hexenbürgermeisterhaus schien eine unmittelbare Begegnung mit der Geschichte der Hexenverfolgung möglich, hier waren vermeintlich, wie es in einem Zeitungsartikel über eine „Stippvisite in der Folterkammer des Hexenbürgermeisterhauses“ formuliert wurde, „noch die Schreie (der Opfer, d.V.) zu hören“. In einem Museumsführer aus dem Jahre 1976 konnte man lesen, daß Hermann Cothmann „im 17. Jahrhundert hinter diesen Mauern über Leben und Tod seiner Mitmenschen entschied. (...) Aus dieser Zeit sieht man noch heute die Patrizierwohnung und den Folterkeller. Hier trieben Folterbett, Streckleiter, Spanische Stiefel, Maulsperrn und Daumenstöcke die Opfer zum Geständnis.“^{vi}

In den 1980er Jahren geriet die Inszenierung des „Hexenkellers“ immer stärker in die Kritik. Das Museum entwickelte in Zusammenarbeit mit dem Stadtarchiv das Konzept der Museums-, Stadt- und Archivführung, die an die Stelle der alten Inszenierung getreten ist.^{vii} Darüber hinaus begann eine intensive archivalische und objektkundliche Auseinandersetzung mit den Folterinstrumenten. Im Mittelpunkt stand dabei der „Folterstuhl“, ein Objekt, das über Lemgo hinaus bekannt geworden ist und immer wieder von Museen als Leihgabe angefordert wurde. So war der

Stuhl im Jahre 1985 in der Niedersächsischen Landesausstellung „Stadt im Wandel“ in Braunschweig und im Jahre 1991 im Museum für Gestaltung Basel in der Ausstellung „Sprechende Gegenstände“ zu sehen.^{viii} Durch eine dendrochronologische Untersuchung konnte nachgewiesen werden, daß der „Folterstuhl“ aus Hölzern besteht, die im späten 18. Jahrhundert gefällt wurden. Es ist also kein original erhaltener Stuhl aus dem 17. Jahrhundert, sondern ein Nachbau aus dem 19. bzw. frühen 20. Jahrhundert, wobei man sich vermutlich älterer Hölzer bedient hat.

Bei dem Nachbau hatte man sich an der Beschreibung orientiert, die Christian Antze 1839 von dem nicht mehr original erhaltenen Stuhl aus dem Nachlaß des Scharfrichters gegeben hatte. Danach handelte es sich um einen „gewöhnlichen Stuhl von starkem Holze, mit niedriger Rückenlehne“. An jedem der vier Füße war ein eiserner Winkel angebracht, so daß der Stuhl auf dem Boden festgeschraubt werden konnte. An der Rückenlehne und am Sitzrahmen befanden sich Pferdehaargurte, die der Fesselung dienten. Der Sitz hatte „lang hervorstehende, spitze, hölzerne Stacheln, gleich den beiden Spanischen Stiefeln“. Zwar gibt es unter den städtischen Archivalien eine Rechnung, die belegt, daß im Jahre 1632 zwei sog. Bedenkstühle auf den als Gefängnis genutzten Stadtturm geliefert wurden. Aber diese Stühle dienten vermutlich der Fesselung und Sistierung der Gefangenen. Aus den Hexenprozeßakten ist bislang nur ein Hinweis auf den Einsatz eines „Folterstuhles“ bekannt geworden. Im Prozeß gegen Ursula, Hans Kehdens Frau (1666), wurde ein „newer Stuel mit langen spizigen Nägeln durch geschlagen“ angefertigt, „darauff Hans Kettens Frawe hin und wieder geschüttelt worde.“^{ix} Ein Geständnis erfolgte jedoch nicht, so daß dieser Stuhl wohl nur einmal zur Anwendung gekommen ist. Zu

den wichtigsten Folterinstrumenten der Hexenprozesse gehörte er also nicht. Die Folter in den Verhören geschah vor allem mit den Beinschrauben sowie dem Aufziehen auf der Leiter.

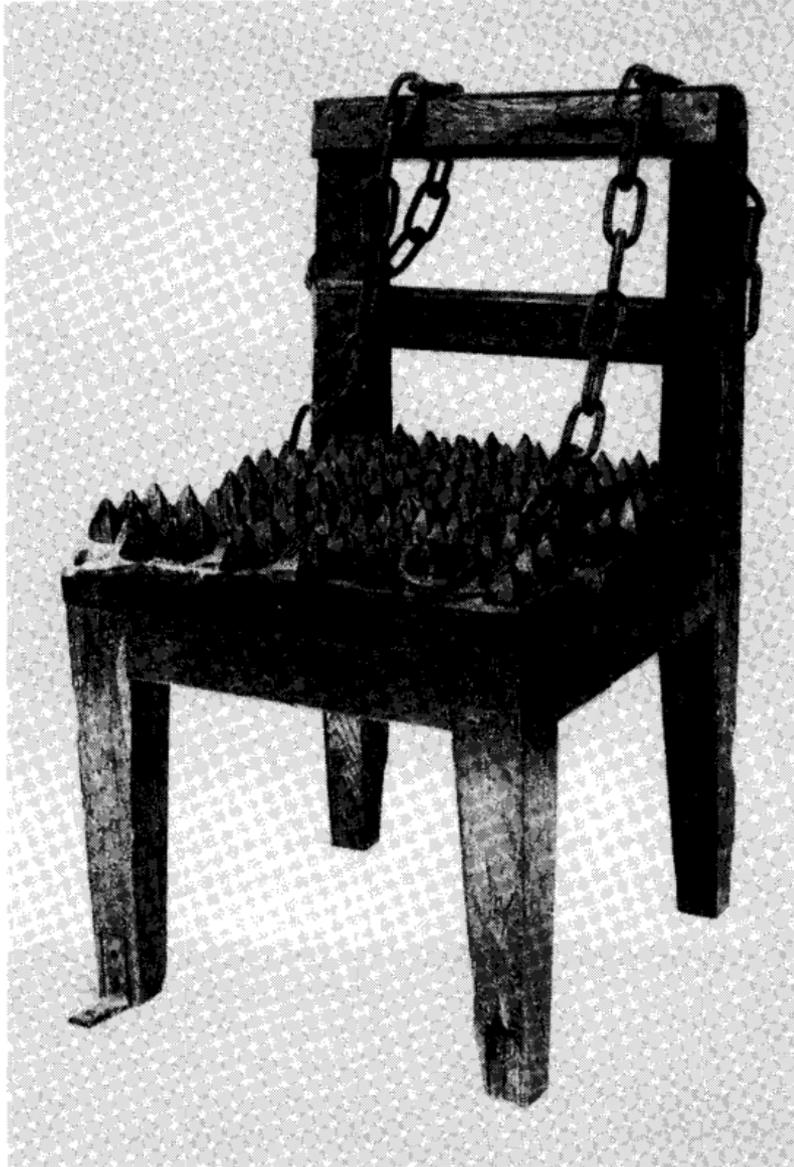
Das Beispiel zeigt, wie sich die historische Argumentation differenziert, wenn man die Folterinstrumente selbst zum Forschungsobjekt macht. Leider ist dies bislang kaum geschehen. Nur wenn die Folterinstrumente als historische Objekte kritisch befragt werden, verlieren sie den Status bloßer Phantasieobjekte und werden zu Sachzeugnissen, die für den Betrachter neue Fragen aufwerfen können. Wie und von wem wurden Folterinstrumente hergestellt? An welchen Vorbildern orientierten sich die Auftraggeber und die Produzenten? Wie viele Folterinstrumente gab es zu einer bestimmten Zeit und an einem bestimmten Ort? Wie und von wem wurden sie eingesetzt? Mit welchen Wirkungen? Was geschah mit den Objekten nach der Abschaffung der Folter? An welchen Vorbildern orientierte man sich bei der musealen Erfindung von Folterinstrumenten im 19. und 20. Jahrhundert? Welche Imaginationen sollten diese Objekte freisetzen? Die Beantwortung dieser (und weiterer) Fragen würde dazu beitragen, den Erkenntniswert von Folterinstrumenten als historischen Sachquellen zu erschließen und aususchöpfen. Dies wäre die Leistung einer historischen Ausstellung, wie man sie von einem Geschichtsmuseum erwarten kann.

Die Ausstellung, die im Institut für Lippische Landeskunde gezeigt wird, läßt sich nicht als historische Ausstellung, sondern allenfalls als Kuriositätenschau bezeichnen. In einem unscheinbaren Text am Eingang findet man den Hinweis, daß es sich um eine Ausstellung von 70 verschiedenen Folterinstrumenten handelt, die von Historikern und Privatsammlern in Deutschland, Italien und Spanien zusammengetragen wurde. Leider gibt es so gut

wie keine Informationen über ihre Entstehung. Auch eine Begleitpublikation sucht man vergebens. Wer allerdings den Band über die Sammlung von Folter- und Hinrichtungswerkzeugen im „Museo Contro la Pena di Morte“ in San Gimignano (1986/1991/1992) zur Hand nimmt, der vor Jahren im modernen Antiquariat veramscht wurde, stellt verblüffende Ähnlichkeiten fest.^x Nicht nur der Folterstuhl, der auf dem Plakat prangt, sondern auch zahlreiche andere Objekte tauchen hier wieder auf. Offenkundig hat das Museum als Vorbild für die Ausstellung gedient. Allerdings enthält man in dem Band nur nebulöse Informationen, was die Geschichte der einzelnen Objekte sowie der Sammlung anbetrifft.

Ein Blick in diesen Band, dessen Objekte (inclusive des Folterstuhls) mittlerweile in einer „virtuellen Ausstellung“ auch ins Internet gestellt sind, hätte davor warnen können, eine Ausstellung mit dem Titel „Mittelalterliche Folterwerkzeuge“ zu übernehmen. Aber auch ein weiterer Klick ins Internet hätte dazu führen können, die Seriosität eines solchen Ausstellungsprojektes in Frage zu stellen. Auf der Homepage des „Mittelalterlichen Foltermuseums“ in Rüdesheim, das sich als „sehenswertes mittelalterliches Museum mit aktueller Botschaft“ darstellt, ist ebenfalls jener Folterstuhl abgebildet, der in der Ausstellung des Instituts zu sehen ist und mit dem auf dem Plakat geworben wird. Offenkundig ist mit den kommerziellen „Foltermuseen“ ein florierender Markt für Nachbauten bzw. Neuerfindungen von obskuren Objekten entstanden, die dem staunenden Publikum als „mittelalterliche Folterinstrumente“ präsentiert werden. Für Museen und Einrichtungen mit wissenschaftlichem Anspruch sollte es jedoch zum Grundkonsens gehören, gegenüber kommerziellen Ausstellungen dieser Art die notwendige kritische Distanz zu wahren.

- ⁱ Mittelalterliche Folterwerkzeuge. Ausstellung im Institut für Lippische Landeskunde, in: Heimatland Lippe, 93. Jg., 2000, Nr. 3, S. 88/89.
- ⁱⁱ Hartmut Boockmann: Geschichte im Museum: Beobachtungen eines Historikers, in: Neue Museumskunde, 43. Jg., 1991, H. 2, S. 95.
- ⁱⁱⁱ Gisela Wilbertz: Der Nachlaß der Scharfrichterfamilie Clauss/Clausen in Lemgo, in: Silke Urbansik/Christian Lamschus/Jürgen Ellermeyer (Hg.): Recht und Alltag im Hanseraum. Festschrift für Gerhard Theuerkauf zum 60. Geburtstag, Lüneburg 1993, S. 439-461.
- ^{iv} Christian Antze: Vom Hexen-Prozesse vor den Gerichten im Umfange der ehemaligen Graffschaft, des jetzigen Fürstenthums, Lippe. V. Von der Form des Verfahrens, in: Lippisches Magazin für vaterländische Cultur und Gemeinwohl, 4. Jg., 1838/39, Nr. 41, Sp. 647-651.
- ^v Gisela Wilbertz: „Die Rache Gottes erwachte...“ Vor 225 Jahren: Ein dreifacher Mord und die letzte Hinrichtung in Lemgo. Ausstellung des Stadtarchivs Lemgo 17. März bis 28. Mai 1999, Lemgo 1999.- Zur Objektgeschichte des Kropschen Kastens vgl. auch Jürgen Scheffler: Hexenverfolgung als Ausstellungsgegenstand: Das Beispiel Hexenbürgermeisterhaus, in: Regina Pramann (Hg.): Hexenverfolgung und Frauengeschichte. Beiträge aus der kommunalen Kulturarbeit, Bielefeld 1993, S. 67-82.
- ^{vi} Uta Bauer: Stille Museen. Spezialsammlungen, Fachmuseen und Gedenkstätten in Deutschland (Bundesrepublik und Westberlin). Ein Museumsführer, Reisebegleiter und Nachschlagewerk, München 1976, S. 202/203.
- ^{vii} Ingrid Ahrend-Schulte: Die Hexenverfolgung der frühen Neuzeit, in: Regina Pramann (Hg.): Frauengeschichte(n) aus Ostwestfalen-Lippe. Ein Handbuch zur Geschlechtergeschichte in der Region, Bielefeld 1998, S. 77-86.
- ^{viii} Wolfgang Schild: Folterstuhl und Maulsperr, in: Cord Meckseper (Hg.): Stadt im Wandel. Kunst und Kultur des Bürgertums in Norddeutschland 1150-1650. Bd. 2, Stuttgart-Bad Cannstadt 1985, S. 963/964. Im Katalogtext wird der Stuhl auf das frühe 17. Jahrhundert datiert.
- ^{ix} Staatsarchiv Detmold, L 28 Lemgo B.IX.3. Prozeß Cord Dircking, Bd. 2.
- ^x Robert Held: Inquisition und das Verbrechen der Todesstrafe. Betrachtung einiger Folter- und Hinrichtungswerkzeuge aus dem Museum gegen die Todesstrafe in San Gimignano, Toskana, Kehl am Rhein 1992 (mit deutschen und italienischen Texten).



„Folterstuhl“ (19./frühes 20. Jahrhundert), Städtisches Museum Hexenbürgermeisterhaus Lemgo

Wolfgang STÜKEN, Hirten unter Hitler. Die Rolle der Paderborner Erzbischöfe Caspar Klein und Lorenz Jaeger in der NS-Zeit, Essen 1999, 224 Seiten, einige s-w Abbildungen.

Gern hat sich das katholische Paderborn in dem Bild gefallen, gegenüber dem Nationalsozialismus weitgehend resistent gewesen zu sein, wie es die mageren Ergebnisse der NSDAP in den Reichstagswahlen scheinbar offensichtlich belegten. Im direkten Vergleich mit dem hohen Anspruch, den die Nationalsozialisten im benachbarten evangelischen Lippe erfuhren, entstand der Mythos, daß die Nazis durch die Protestanten an die Macht gekommen seien und der Katholizismus bis zuletzt Widerstand gegen diese gottlose Bewegung geleistet hätte. Schon das Titelbild des vorliegenden Bandes demontiert diesen Mythos: Erzbischof Caspar Klein erhebt bei der Trauerfeier für den Reichspräsidenten Paul Hindenburg am 7. August 1934 vor dem Paderborner Rathaus den Arm zum ‚deutschen Gruß‘. Eine Geste, die nach dem Bericht des Mindener Regierungspräsidenten Adolf von Oeynhausen nicht seine Wirkung verfehlte. Die Zustimmung zur Vereinigung der Ämter des Reichskanzlers und des Reichspräsidenten auf Adolf Hitler fiel somit zwei Wochen später im Regierungsbezirk nicht deutlich niedriger aus als im übrigen Reich.

In 46 Kapiteln wird vom Autor mitunter minutiös die Haltung der beiden Bischöfe des Paderborner Erzbistums zum Nationalsozialismus ab dem Jahr 1930 analysiert. Dies geschieht detailreich anhand von Quellen der einschlägigen Archive, die in den einzelnen Kapiteln bisweilen ausführlich zitiert werden. So begegnet der Autor dem möglichen Vorwurf, den Sachverhalt verkürzt darzustellen und zu einer einseitigen Interpretation zu gelangen. Dieser Vorwurf wäre schon deshalb abwe-

gig, da Stüken neben den vielen offiziellen Verlautbarungen der Kirche die Korrespondenz der beteiligten Persönlichkeiten und die Resonanz in der NSDAP oder ihr nahestehenden Organisationen mit zur Interpretation hinzuzieht. Vor diesem Hintergrund ergibt sich eine zu der bisherigen offiziellen Kirchengeschichtsschreibung entgegengesetzte Schlußfolgerung über die Haltung des Episkopats zum Nationalsozialismus. Insbesondere Kardinal Lorenz Jaeger, dem auch neuere Veröffentlichungen der Kommission für kirchliche Zeitgeschichte noch entschiedenen Widerstand gegen das Regime attestierten, wird als Ultra-Nationalist entlarvt, der seinen Einfluß in der Deutschen Bischofskonferenz dazu nutzte, die kritischen Verlautbarungen seiner Amtsbrüder aus München (Michael von Faulhaber) oder Münster (Clemens August Graf von Galen) zu unterbinden und sich bis zuletzt mit markigen Durchhalteparolen in den Dienst des Regimes stellte, das den ‚absoluten Krieg‘ proklamiert hat. Daß er aktiv einen rassistisch motivierten Vernichtungskrieg unterstützte, wird ihm nicht entgangen sein, da er für die Deutsche Bischofskonferenz immerhin ein geheimes Protestschreiben gegen die „Vernichtungsmaßnahmen gegen Kirche und Christentum“ in den besetzten Gebieten verfaßte. Einen „durch und durch deutschen Mann“ hat dies aber nicht veranlaßt, offen gegen das NS-Regime zu protestieren, auch nicht als eine Ordensschwester aus Warstein ihn über den Abtransport von 600 geistig Behinderten in die Tötungsanstalten von Hadamar und Weilmünster informierte. Die Frage der Schwester, ob denn letztlich zu allem geschwiegen werden

müsse, war für Jaeger schon längst beantwortet, so daß er nur mit einem laschen Schreiben an den Landeshauptmann in Münster reagiert hatte, obwohl er erfahren hatte, daß schon in wenigen Wochen mehr als 100 Kranke getötet worden waren.

Ganz in dieses Bild des Schweigens paßt die nach 1945 einsetzende Verdrängung, die es ehemals fanatischen Nationalsozialisten möglich machte, wieder in den Dienst der Paderborner Kirche zu treten, sei es als Dechant oder Chefredakteur des

„Doms“. Nach der Lektüre dieser Dokumentation kann man für die Paderborner Kirche nur hoffen, daß sie der Initiative des Papstes folgt und das Verdrängen beendet, indem sie sich zum Versagen ihrer Bischöfe bekennt und die Opfer von Verfolgung und Krieg um Vergebung bittet. Wolfgang Stüken wird für sich in Anspruch nehmen dürfen, die Paderborner Kirchengeschichte von 1930-1945 auf eine neue Grundlage gestellt zu haben.

Andreas Neuwöhner

JENS BUCHNER (HRSG.), Stadtgeschichte Horn 1248-1998. Sonderveröffentlichungen des Naturwissenschaftlichen und Historischen Vereins für das Land Lippe, Bd. 53, Horn-Bad Meinberg 1997, zahlreiche Abb.

Wie schön, dass es Stadtjubiläen gibt – eröffnen sie doch immer wieder dem Berufsstand der verschiedenen Geschichtswissenschaftler die ja nicht so wahnsinnig häufige Möglichkeit, in ihrem erlernten Beruf tätig zu werden, Geld zu verdienen und am Ende auch die Ergebnisse ihrer Arbeit gedruckt zu sehen. So auch in diesem Fall. 750 Jahre Horn in Lippe, das war für die Stadtmütter und -väter Anlass, über eine ABM von 1994 bis 1997 den Historiker Jens Buchner zu beschäftigen und mit der Herausgabe einer neuen Stadtgeschichte zu betrauen. Treibende Kraft war daneben auch der Heimatverein, dem mit Roland Linde einmal ein Fachhistoriker der jungen Generation vorsitzt und keiner aus der Reihe altgedienter Lokalhonoratioren. Ungewöhnliche und spannende Voraussetzungen für eine „junge Ortsgeschichte“. Viele Mitarbeiter und Helfer wurden daran beteiligt, wie *Buchner* in seinem langatmigen, etwas schwülstigen und in einer endlosen Danktirade endenden Vorwort auflistet. Aber die organisatorische Leistung ist nicht zu unterschätzen, ein vielfältiges Autorenteam zusammengeführt zu haben: Einerseits Fachwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler, die über Horn und seine

Umgebung teilweise schon länger gearbeitet haben, und andererseits von engagierten Lokalhistorikern, die alle mit ihrer Materie sehr gut vertraut sind. Kurzbiographien am Ende des Buches stellen sie freundlicherweise vor. So ist ein stadtgeschichtliches Lesebuch mit einer breiten Themenvielfalt entstanden, das seinem Anspruch gerecht wird, zum „Schmökern“ einzuladen.

Wie bekommt man das so vielfältige und aspektreiche Thema einer Stadtgeschichte, wie bekommt man Kirchen-, Siedlungs-, Vereins-, Handwerks-, Verfassungs-, Wirtschafts-, Zeit- und Vorgeschichte einer Stadt und vieles mehr geordnet und sinnvoll strukturiert, aber auch miteinander verbunden? Dieses Problem bleibt, auch dieser Herausgeber löst es nicht, aber er hat seinen Weg gefunden. Das voluminöse Din A4- Werk mit 625 Seiten (immerhin nur einbändig, neuerdings meint ja auch manche Kleinstadt, nur noch mit mehrbändigen Stadtgeschichten auszukommen) umfasst 22 Artikel, die in zwei Hauptteilen zu je vier Kapiteln verteilt sind. Einige Aufsätze beleuchten große Linien und Grundsatzfragen, z.B. Herrschaft und Verwaltung in Mittelalter und Frühneuzeit (*Huisman*) oder die Kirchen-

geschichte (*Capelle*), während andere „en miniature“ Einzelbeispiele betrachten, wie die Siedlung Moorlage (*Liesen*) oder die Molkerei von Horn (*van Faassen*). „Das Bild der Stadt“ und „Das Leben in der Stadt“ heißen die Hauptteile. Im ersten geht es um die Siedlungsgeschichte aus der Sicht der Archäologie (I), und der Stadtopographie (II), die Entwicklung der Ortsteile (III) und die Ortsgeschichte von 1945 bis zur Gegenwart (IV). Im zweiten Teil folgen Bevölkerung und Wirtschaft (V), politische und Verwaltungsgeschichte (VI), Religionsgruppen (VII) und „Alltagsleben“ (VI-II) aufeinander. Die Aufteilung bleibt aber willkürlich, ist doch die Ortsgeschichte der Nachkriegszeit (in IV) genauso „Leben in der Stadt“, wie in der Betrachtung der Frühen Neuzeit (in V) das Erscheinungsbild der Häuser untersucht wird. Die beiden „Hauptteile“ sollte der Leser, die Leserin zur Orientierung also getrost vergessen.

Die Gestaltung eines Buches ist, da erheblicher Kaufanreiz, inzwischen auch ein wichtiger Aspekt von Qualität geworden. Das Buch ist reichhaltig, wenn auch manchmal etwas briefmarkig, bebildert und regt somit zum Blättern an. Vor allem natürlich den ortskundigen Horner, der vielleicht auch manch bekanntes Gesicht wiederentdecken mag. Den farbigen Mittelteil bilden 18 Kinderbilder aus einem Schülermalwettbewerb. Hier hatte der Herausgeber sein Versprechen nicht eingehalten, das Siegerbild auf den Buchtitel zu drucken. Die Entschuldigung dafür ist löblich, aber ein Eiertanz: Welches enttäuschte Kind versteht die „produktions-technischen Vorgaben der Druckerei“? Auch wenn diese Begründung natürlich Quatsch ist: als Farbteil im Buch bilden die Bilder einen heiteren Farbtupfer, als Titelgestaltung hätten sie das Werk im Buchhandel wohl in das Regal mit den Telefonbüchern wandern lassen. Der jetzige Titel ist da vielleicht besser, aber auch mit eini-

gen albernem Designdetails befrachtet (auf den Kopf gestellte Jahreszahl). Besonders ärgerlich und unsinnig an dem Buch ist aber der ständige und unmotivierte Wechsel der Textblöcke von einer, zwei und drei Spalten je Seite. Das dient weder dem Verständnis noch hebt es die Lesefreundlichkeit, der Inhalt wird dem Primat der Gestaltung unterworfen. Überflüssig.

Auch für Nicht-Horner stellen eine ganze Reihe der Artikel lesenswerte Aufsätze dar. Die Archäologin *Uta Halle* ist ausgewiesene Expertin für die Archäologie der Externsteine, jene Felsformation, die bis heute eine ungebrochene Faszination ausübt - auch auf esoterische, germanophile und rechtsextremistische Kreise. So sind weniger die eigentlichen archäologischen Befunde dort interessant als die spannende Forschungsgeschichte der letzten 120 Jahre, von der Suche nach Varus und dem Heiligen Grab bis zur ideologischen Zweckforschung der SS nach 1933. Im Einzelnen sind *Halles* Ausführungen manchmal etwas ermüdend; wissenschaftlich ins Detail gehend weist sie den NS-Archäologen Fehler für Fehler nach, etwa bei der Interpretation des „Steintisches“. Trotz dieser aktiven Mythenzerstörung (es gibt keine vorchristlichen Funde an den Steinen) werden die Germanienfreunde und Odinanbeter aber sicher auch weiter nach Horn pilgern.

Eine gelungene Idee sind die historischen Stadtrundgänge von *Jens Buchner*. Der Stadtbrand von 1864 ist die große Zäsur der Stadtgeschichte, die sich bis heute im Stadtbild widerspiegelt. Ob auf den anschaulichen Plänen in den Buchdeckeln oder beim realen Spaziergang durch Horn „mit dem Buch unterm Arm“ (wer schleppt den Wälzer schon mit?), der Autor führt die Leser zu markanten Bauten und erläutert deren Hintergrund, so dass diese ein deutliches Bild von der Stadtbildentwicklung nachvollziehen können.

Dem Alltagsleben in der Frühen Neuzeit widmet sich der zumeist aus den Quellen des Staatsarchivs Detmold detailreich recherchierte Beitrag von *Roland Linde*. An vielen gut gewählten Fallbeispielen erläutert er die Struktur der kleinstädtischen Gesellschaft und Wirtschaft. Mit sicherem Urteil leitet *Linde* allgemeinere Aussagen aus diesen Einzelfällen ab, mit denen ihm eine facettenreiche Darstellung gelingt. Die wirtschaftlichen Grundlagen wie das Handwerk und der Handel tauchen auf; die Bedeutung der Landwirtschaft als Nebenerwerb wird betrachtet. Durch die Kombination von Schriftquellen (Flächengrößen) mit dem Wissen der modernen volkswissenschaftlichen Hausforschung, die besonders in Ostwestfalen/Lippe intensiv geforscht hat, kann *Linde* nachweisen, dass das liebgezeichnete Bild vom „Ackerbürgerstädtchen“ auch für Horn nicht stimmt. Die stärkste Passage bildet jedoch seine mentalitätshistorische Betrachtung. Die zentrale Bedeutung der „Ehre“ für das Selbstbewusstsein und die öffentliche Stellung der frühneuzeitlichen Menschen wird durch die gelungene Auswahl und Interpretation seiner Beispiele ausgesprochen gut verständlich. Und wohltuend ist die professionelle Relativierung: Trotz intensiver Vertiefung in die Geschichte der Stadt und trotz persönlichem Vereinsengagement beurteilt er ganz richtig: „Die Bedeutung Horns in der Frühen Neuzeit darf sicher nicht übertrieben werden, denn es war letztlich eine Kleinstadt, wie es sie zu Hunderten gab.“

Auch die historische Geschlechterforschung findet langsam ihren Weg aus dem akademischen Diskurs in die „Anwendung“, wie sie eine Stadtgeschichte bietet. Das letzte Sammelkapitel „Alltagsleben“ betrachtet, wenn man so will, geschlechtsspezifische Aspekte: Das Hebammenwesen und die Hexenverfolgung sowie die - zumindest in Teilen - männerbündische Ver-

gangenheit der Vereine. So spezielle Themen anzureißen, macht neugierig. Wer unter den Leserinnen und Lesern einer Stadtgeschichte erwartet schon ein Kapitel über die lokale Geschichte der Hebammen, wer hat sich wohl schon vorher mit dieser Fragestellung beschäftigt? Dass es ein interessantes Thema ist, mit dem tiefe Einblicke in die weibliche Lebenswelt des 18. und 19. Jahrhunderts, genauso wie in die Entwicklung des Hygiene- und Gesundheitswesens möglich sind, beweist *Annette Hennigs*. Ihr Aufsatz ist gut recherchiert, leidet am Ende nur etwas unter einer langatmigen chronologischen Aufzählung der einzelnen Stelleninhaberinnen und ihrer Verwandtschaftsverhältnisse.

Den schwersten Brocken hatte sich aber *Jens Buchner* selbst vorgenommen. Wie sehr es noch heute schwer fällt, in einer Kleinstadt objektiv und ungeschminkt die Zeit des Nationalsozialismus öffentlich darzustellen, muss er sofort in der Einleitung vorausschicken. Auf Wunsch (Druck?) der Stadt werden die Namen aller Personen, deren Nachfahren noch in Horn leben, nach dem Anfangsbuchstaben abgekürzt. Wer es genauer wissen will, soll (gefälligst) selbst im Staatsarchiv in Detmold nachschauen. Auch wenn der Täterschutz weit von sich gewiesen wird: hierin ist der Artikel deutlich nur ein Schritt mitten auf dem langen, mühsamen Weg vom Verschweigen hin zur objektiven Auseinandersetzung mit Taten und Verbrechen.

Und die waren nicht gering. In der umfangreichen Darstellung erkennt man schnell, wenn es auch in der Formulierung zurückhaltend beschrieben wird: Horn war eine NS-Hochburg. Seit 1924 gab es NS-Aktivitäten in der Stadt, von dort wurde die NSDAP in Lippe aufgebaut. Eine brutale und bewaffnete SA-Schlägertruppe existierte schon früh. Mit der Machtübernahme im Reich (auch in Horn trat Hitler im entscheidenden Landtagswahlkampf im

Januar 1933 auf) hatte die NSDAP, die schon seit einem Jahr stärkste Kommunalpartei war, freie Bahn. Die Opposition war verschwindend gering und schnell ausgeschaltet. Intern stand die Stadtpolitik fortan im Konfliktfeld zwischen den hundertfünfzigprozentigen „alten Kämpfern“ in der NSDAP-Ortsgruppe und den Opportunisten, allen voran dem Stadtbürgermeister, der bis 1945 seinen Posten behalten durfte, nachdem er sich von der SA unter Gewalt zum Parteieintritt drängen ließ. *Buchner* schildert die Stationen der Gleichschaltung, das Denunziationswesen, den Alltag in der Stadt, wobei er die lokalen Ereignisse gut in ihren allgemeinen Bezugsrahmen einordnet. Eine kleinere Schwäche ist, dass er den Besuch der „alten Garde“ 1939 als gesellschaftlichen Höhepunkt in der Stadt schildert - da hätte man gerne gewusst, wer denn eigentlich genau diese „alte Garde“ war?

Aber wichtiger ist: Es gelingt *Buchner* eine sehr angemessene Schilderung des Terrors und der Verbrechen anhand der Quellen. Die Brutalität im HJ-Lager, der Zwang zur Hilfswerkspende, die öffentliche Denunziation der Kunden im jüdischen Geschäft - der Druck traf im kleinen auch die „Volksgenossen“. Aber existenz- und lebensvernichtend war er für die Opfer des Antisemitismus. Ablehnung und Ausgrenzung wuchsen Jahr um Jahr bis zur Pogromnacht 1938. Das Protokoll dazu mit der Verharmlosung des ersten Todesopfers („Mißhandelt ist niemand“), in seiner ganzen Länge abgedruckt, ist ein beklemmendes Dokument. Hier findet der Autor eine klare Sprache, engagiert und mit Ehrfurcht vor den Opfern. Der „Mangel an Gefühl und Mitmenschlichkeit“ ist es, den sich die Menschen auch in Horn vorwerfen müssen. Nicht nur im Fall der jüdischen Bevölkerung, die ihren bitteren Leidensweg in die Vernichtungslager nicht unbemerkt angetreten hat. Genauso ist der Umgang

mit Kriegsgefangenen und verschleppten Ostarbeitern, die in Munitionsfabriken eingesetzt wurden, unmenschlich gewesen. Sie erlebten Ablehnung und Erniedrigung durch die deutsche Belegschaft, unzureichende Sicherheitsvorkehrungen führten zu tödlichen Verletzungen, Fliehende wurden niedergeschossen. Am Kriegsende, als das System zerbröckelte, wandte sich der Fanatismus gegen die eigenen Mitbürger, Standgerichte wüteten noch bis zum letzten Tag. Und ein Lynchmord an abgestürzten amerikanischen Piloten bewegt zusätzlich dadurch, dass der befehlgebende Kreispolizeileiter nach Kriegsende kurz untertauchen und danach in Holzhausen-Externsteine bei Horn bis zu seinem Lebensende unbehelligt bleiben konnte.

Die Bilanz, die *Buchner* zieht, ist erschreckend: Eine Bilanz der Opfer, der vielen Mitwisser und Mitläufer und des Fehlens eines nenneswerten Widerstandes. Der Umgang des Autors mit dem Thema ist beeindruckend, die Schilderungen der Ereignisse, die Ehrfurcht für die Opfer, die klare Sprache zu den Verbrechen läßt den Leser nicht unberührt. Daher ist in diesem Artikel das Eingreifen der „Stadt“ als Herausgeber (wer ist das eigentlich?) besonders zu bedauern. Die Trennung in Täter mit ausgeschriebenen Namen (Provinzgrößen wie Kreisleiter, Bezirkspropagandaleiter oder Ortsgruppenleiter) und solche mit geschütztem Namen hinterläßt einen schlechten Nachgeschmack. Zwei Hauptakteure werden in der Bilanz mit vollem Namen genannt - nur weil sie aus benachbarten Orten und nicht aus Horn selbst stammten?

Die Horner Stadtgeschichte ist ein vielseitiges und gelungenes Werk. Aus Historikersicht ist sie zu loben, denn sie ist aspektereich, spannend, eng an den Quellen, von engagierten Autoren verfasst und gleichzeitig wohltuend wenig von Kirchturmsdenken bestimmt. So geht sie weit

über einen Sammelband normaler Festschriftsbeiträge hinaus. Ob solche opulenten Stadtgeschichten aber wirklich in der Masse auch gelesen und nicht nur gekauft,

durchgeblättert und in die Schrankwand gestellt werden, muss sich noch erweisen.

Arnold Beuke

WOLFGANG BOCKHORST (BEARB.), Adelsarchive in Westfalen. Die Bestände der Mitgliedsarchive der Vereinigten Westfälischen Adelsarchive e.V. Kurzübersicht (Vereinigte Westfälische Adelsarchive Veröffentlichung Nr. 9, hg. von Norbert Reimann), Selbstverlag der Vereinigten Westfälischen Adelsarchive e.V., Münster 1998, 390 S.

Die westfälischen Landesteile sind geprägt von zahlreichen Adelsfamilien, die in unterschiedlichem Maße aufgrund ihrer verschiedenen Hoheitsrechte Einfluß nahmen auf die Ereignisse der westfälischen Geschichte. Als Besitzer großer Güter und auch als Unternehmer hatten sie einen wichtigen Platz im Wirtschaftsleben, als geistliche und politische Amtsträger beeinflussten sie das öffentliche Leben in besonderer Weise. Zudem gaben sie dem kulturellen Leben der Region wichtige Impulse. Entsprechend führten diese Familien eigene Verwaltungen, in denen Schriftgut entstand, das in die Hausarchive wanderte und uns heute als wesentliche Quelle zur Landesgeschichte besonders interessiert.

Schon früh waren sich die Besitzer dieser Adelsarchive bewußt, welchen Schatz sie in ihren Mauern bargen. 1923 gründeten 23 Vertreter des westfälischen Adels den Verein „Vereinigte Westfälische Adelsarchive e.V.“ mit dem Ziel, die Erhaltung ihrer Archive zu sichern und deren Erschließung für die Forschung zu fördern.

Ein wesentlicher Schritt dazu war die Veröffentlichung von Beständeübersichten. Bereits seit 1899 wurden in der Reihe „Inventare der nichtstaatlichen Archive Westfalens“ immer mal wieder auch Inhaltsübersichten einzelner Adelsarchive publiziert, aber ein Gesamtüberblick fehlte bisher. Zum 75. Geburtstag des Vereins im Jahre 1998 erschien nun zum ersten Mal

eine Kurzübersicht, die die Bestände der Mitgliedsarchive dieses Vereins einer breiteren Öffentlichkeit bekannt machte.

Sie dokumentiert damit in eindrucksvoller Weise, wie aus einer privaten Initiative heraus sinnvoll und auf breiter Ebene Archivpflege in den Bereichen betrieben werden kann, die normalerweise der Öffentlichkeit nicht zugänglich wären und doch für die historische Forschung so wichtig sind: In den privaten westfälischen Adelsarchiven lagern heute ca. 100.000 Urkunden und mehr als 350.000 Akten. Wie die Herausgeber der Kurzübersicht in ihrem Geleitwort ganz richtig betonen: „Die in den Adelsarchiven aufbewahrten historischen Zeugnisse dokumentieren somit nicht nur die Geschichte der jeweiligen Familien und Güter, sondern auch die westfälische Landes-, Orts-, Familien-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte insgesamt.“

Norbert Reimann gibt eine wichtige historische Einführung in die Arbeit des Vereins „Vereinigte Westfälische Adelsarchive e.V.“ in den letzten 75 Jahren. Der Anfangseuphorie der 1920er Jahre, die von einem raschen Ansteigen der Mitgliederzahlen geprägt war, folgte durch die Wirtschaftskrise nur wenige Jahre später ein Einbruch: Es war nicht mehr möglich, die Archivarbeit zu finanzieren. Insgesamt war die Arbeit des Vereins aber so vorbildlich, daß 1927 der Provinzialverband eine Ar-

chivberatungsstelle für die zahlreichen nichtstaatlichen Archive schuf, aus der das heutige Westfälische Archivamt hervorging. Aber erst 1958 übernahm das Archivamt auch die fachliche Betreuung der Adelsarchive in enger Zusammenarbeit mit dem Verein, dessen Mitglieder damit ihre Bestände der Forschung öffneten.

Allgemeine Vorbemerkungen über die Wichtigkeit der Adelsarchive in Westfalen und Benutzungshinweise leiten schließlich die eigentliche Bestandsübersicht ein. Das Westfälische Archivamt betreut inzwischen 106 Adelsarchive unterschiedlicher Größe, wovon 71 von den Eigentümerfamilien selbst verwahrt werden und 35 in Depots untergebracht sind.

Die Kurzübersicht gibt in alphabetischer Reihenfolge einen kurzen Überblick über die Geschichte der einzelnen adligen Häuser und ihrer Besitzerfamilien und benennt in knapper Form die vorhandenen Bestände mit Angaben zum Umfang, zur Laufzeit und den zu erwartenden Inhalten.

Die Findmittel werden mit ihrer Signatur aufgeführt, darüberhinaus verhelfen Literaturangaben zu einer guten Vorbereitung der Archivrecherche. Außerdem werden die aktuellen Eigentümer der jeweiligen Archive genannt. Aufgrund der breiten Streuung verschiedenster Archivbestände unter einem organisatorischen Dach ist der Hinweis auf die Benutzungsmöglichkeiten (in der Regel im Westfälischen Archivamt) besonders wichtig.

Die Kurzübersicht erfährt eine sinnvolle Ergänzung durch Hinweise auf weitere Bestände in den kommunalen und staatlichen Archiven Westfalens. Ein abschließender Index erfaßt leider nur Orts- und Personennamen, eine Recherche nach Sachthemen ist daher nur in sehr geringem Umfang ortsbezogen möglich. Dieser Mangel soll aber insgesamt nicht den Wert der Übersicht schmälern, die den Weg in bedeutende Archivbestände des nichtstaatlichen Bereiches ebnet.

Annette Hennigs

Verein für Geschichte an der Universität-GH Paderborn

Der Verein für Geschichte, kurz VfG, wurde 1983 an der Paderborner Hochschule gegründet. Er hat sich zum Ziel gesetzt, die Geschichte unseres Raumes zu erforschen und die Ergebnisse in Form von Publikationen der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der neueren Geschichte Westfalens. Zu diesem Zweck gibt der Verein mehrere Buchreihen heraus. Sie werden unseren Mitgliedern als kostenlose Arbeitsgrundlage zur Verfügung gestellt

oder können zu einem kostengünstigen Preis erworben werden. Als Publikationsforum für kleinere Arbeiten wie etwa Aufsätze und Berichte dient das Mitteilungsblatt unseres Vereins. Außerdem möchten wir historisch Interessierte zusammenführen und zum gegenseitigen Austausch anregen.

Wir arbeiten durchweg ehrenamtlich. Der VfG finanziert sich durch Mitgliedsbeiträge und Spenden. Wenn auch Sie Mitglied im VfG werden wollen, dann schreiben Sie uns bitte.

Veröffentlichungen unseres Vereins

Paderborner Historische Forschungen (PHF)

Bd. 1: MARGIT NAARMANN, Die Paderborner Juden 1802-1945. Emanzipation, Integration und Vernichtung. Ein Beitrag zur Geschichte der Juden in Westfalen im 19. und 20. Jahrhundert Schernfeld 1988, 504 S., m. Abb.

Bd. 2: UDO STROOP, Preußische Lehrerinnenbildung im katholischen Westfalen. Das Lehrerinnenseminar in Paderborn (1832-1926), Schernfeld 1992, 262 S., m. Abb.

Bd. 3: FRIEDHELM GOLÜCKE, Der Zusammenbruch Deutschlands - eine Transportfrage? Der Altenbekener Eisenbahnviadukt im Bombenkrieg 1944/45, Schernfeld 1993, 336 S., m. Abb. u. Dokumentenanhang.

Bd. 4: LUDGER GREVELHÖRSTER, Münster zu Anfang der Weimarer Republik. Gesellschaft, Wirtschaft und kommunalpolitisches Handeln in der westfälischen Provinzialhauptstadt 1918 bis 1924, Schernfeld 1993, 253 S., m. Abb.

Bd. 5: THEODOR FOCKELE, Schulreform von oben. Das Paderborner Elementarschulwesen im 19. Jahrhundert zwischen Tradition und Neuordnung. Entwicklung, Lehrer, Schullokalen, Vierow 1995, 400 S., m. Abb., u. Dokumentenanhang.

Bd. 6: LUDGER GREVELHÖRSTER / WOLFGANG MARON (Hrsg.), Region und Gesellschaft im Deutschland des 19. und 20. Jahrhunderts. Studien zur neueren Geschichte und westfälischen Landesgeschichte. Karl Hüser zum 65. Geburtstag, Vierow 1995, 183 S.

Bd. 7: MARGIT NAARMANN, Paderborner jüdische Familien, Vierow 1998, ca. 350 S., m. Abb.

Bd. 8: KARL HÜSER, Zwischen Kreuz und Hakenkreuz. Das Amt Kirchborchen und seine Gemeinden im „Dritten Reich“ 1933 bis 1945, Vierow 1997, 155 S., m. Abb.

Bd. 9: DETLEF GROTHMANN, „Verein der Vereine?“ Der Volksverein für das katholische Deutschland im Spektrum des politischen und sozialen Katholizismus der

Weimarer Republik, Köln 1997, 618 S., m. Abb. u. Dokumentenanhang. (Neuerscheinung.)

Bd. 10: KARL HÜSER, „Unschuldig“ in britischer Lagerhaft? Das Internierungslager No. 5 Staumühle 1945-1948, Köln 1999, 128 S. m. Abb. (Neuerscheinung)

Die hier vorgelegte erste Einzeluntersuchung über ein Internierungslager in der Britischen Besatzungszone nach dem Zweiten Weltkrieg entstand aus der Konfrontation mit der oft vorgebrachten Behauptung, bestimmte Funktionäre der NSDAP und ihrer Gliederungen hätten „völlig unschuldig“ für Monate oder gar Jahre als Zivilinternierte „in Staumühle eingesessen“. Die Untersuchung weist die Haltlosigkeit solcher Behauptungen nach und weist den Vergleich mit den Zuständen in den deutschen Konzentrationslagern entschieden zurück. Sie führt aber auch den Nachweis, dass wegen Kompetenz-Wirrwarr, Personalnot und Dilettantismus der mit der Internierung befassten britischen Behörden von der Beachtung rechtsstaatlicher Maßstäbe bei der Behandlung, Verurteilung und Entlassung der Internierten keine Rede sein kann.

Paderborner Beiträge zur Geschichte (PBG)

Heft 1: DIETER RIESENBERGER, Der Friedensbund deutscher Katholiken. Versuch einer Spurensicherung, Paderborn 1983, 31 S., m. Abb.

Heft 2: REINHARD SPRENGER, Landwirtschaft und Bauern im Senneraum des 16. Jahrhunderts, Paderborn 1986, 99 S.

Heft 3: DIETMAR WÄCHTER, Katholische Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus, Paderborn 1989, 148 S., m. Abb.

Heft 4: JOSEF KIVELITZ, Zwischen Kaiserreich und Wirtschaftswunder. Mein Leben in Paderborn, bearb. von FRIEDHELM GO-LÜCKE, Paderborn 1990, 143 S. m. Abb.

Heft 5: DIDIER VERSHELDE / JOSEF PETERS, Zwischen zwei Magistralen. Zur Geschichte der Eisenbahnstrecke Paderborn-Brackwede (-Bielefeld) 1845-1994, Vierow 1995, 151 S., m. Abb. u. Dokumentenanhang.

Heft 6: KIRSTEN HUPPERT, Paderborn in der Inflationszeit. Die soziale und wirtschaftliche Entwicklung zwischen 1919 und 1924, Vierow 1998, ca. 115 S., m. Abb.

Heft 7: MARC LOCKER, REGINA PRILL, EVAMARIA KÜHNEL, MELANIE KNAUP CARSTEN SCHULTE u.a. [Bearb.], Als die Bomben fielen... Beiträge zum Luftkrieg in Paderborn 1939-1945, Vierow 1998, 175 S., m. Abb.

Heft 8: BARBARA STAMBOLIS, Luise Hensel (1798-1876) Frauenleben in historischen Umbruchzeiten, Vierow 1999, 114 S. m. Abb.

Heft 9: KLAUS ZACHARIAS, Zur Geschichte des Kapuzinerklosters in Paderborn 1612-1834. Das „Jahrbuch der Capuziner in Paderborn“ des P. Basilius Krekeler von 1859, Vierow 1999, 109 S. m. Abb.

Heft 10: MARGIT NAARMANN, Ein Auge gen Zion. Das jüdische Umschulungs- und Einsatzlager am Grünen Weg in Paderborn 1939-1943, Köln 2000, 184 S. m. Abb. (Neuerscheinung)

Die Hachscharabewegung, d.h. die berufliche Umschulung der jungen jüdischen Generation in der NS-Zeit zum Zwecke der Auswanderung, rückt erst in den letzten Jahren in das Blickfeld der Forschung. Zum 60. Jahrestag der Einrichtung des Paderbornere Umschulungslagers reiht die Autorin in Erweiterung der Publikation von 1988 die Errichtung und den Aufbau der jüdischen Umschulungslager in den zeitgeschichtlichen

Kontext ein, beschreibt den Aufbau und die Organisation des Paderborner Lagers und fügt dem Quellenmaterial Berichte von Insassen bei, die das gesamte Lagerleben veranschulichen bis hin zur Deportation nach Auschwitz.

Paderborner Bibliographie

UTE KAMPMANN-MERTIN, Paderborner Bibliographie 1578-1945, Paderborn 1992, 229 S.

ROLF-DIETRICH MÜLLER u.a. Paderborner Bibliographie 1980/81 ff., Paderborn 1988 ff.

Zuletzt erschienen:

ALEXANDRA MEIER, ROLF-DIETRICH MÜLLER UND HEIKE THEBILLE, Paderborner Bibliographie 1990-1994 (mit Nachträgen aus früheren Jahren), Paderborn 1999, 132 S. (Neuerscheinung)

Sonstige Veröffentlichungen/ Mitherausgeberschaften

IRMHILD KATHARINA JAKOBI-REIKE, Die Wewelsburg 1919 bis 1933. Kultureller

Mittelpunkt des Kreises Büren und überregionales Zentrum der Jugend- und Heimatpflege (Schriftenreihe des Kreismuseums Wewelsburg 3), Paderborn 1991, 163 S., m. Abb.

FRIEDERIKE STEINMANN / KARL-JOSEF SCHWIETERS / MICHAEL ASSMANN, Paderborner Künstlerlexikon. Lexikon Paderborner Künstlerinnen und Künstler des 19. und 20. Jahrhunderts in der Bildenden Kunst, Schernfeld 1994, 309 S., m. Abb.

Die hier vorgestellten, wie auch alle anderen Bücher unseres Vereins erhalten Sie im Buchhandel.

Sie können jedoch auch direkt beim Verlag bestellen: SH-Verlag GmbH, Mathias-Brüggen-Str. 13, 50827 Köln, Tel.: 0221/9561740 - Fax: 0221/9561741. Mitglieder erhalten unsere Veröffentlichungen zu einem ermäßigten Preis. Bitte geben Sie dabei bei Bestellungen beim Verlag Ihre Mitgliedsnummer an!

Autoren- und Mitarbeiterverzeichnis

ARNOLD BEUKE M.A., Historiker und Volkskundler, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Kreismuseum Wewelsburg und der Universität Münster. Veröffentlichungen zur deutschen Australienauswanderung, zur westfälischen Stadt- und Regionalgeschichte und zur volkskundlichen Sachkulturfor-

DR. BETTINA BRAUN, Wissenschaftliche Assistentin am Lehrstuhl für Geschichte der Frühen Neuzeit an der Universität Paderborn, Veröffentlichungen zur Konfessions- und Verfassungsgeschichte des Alten Reiches sowie zur Geschichte der Schweizerischen Eidgenossenschaft.

DR. STEFAN EHRENPREIS, Wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Geschichte der Frühen Neuzeit der Humboldt-Universität Berlin, Veröffentlichungen zur frühneuzeitlichen Geschichte des Herzogtums Berg, zur Reichsgeschichte vor dem Dreißigjährigen Krieg, zur Reichsgerichtsbarkeit und zum Niederen Schulwesen.

DR. FRANK GÖTTMANN, Universitätsprofessor für Geschichte der Frühen Neuzeit an der Universität Paderborn, Veröffentlichungen zur spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Agrar-, Handwerks-, Handels- und Bevölkerungsgeschichte, zur Stadt- und Regionalgeschichte, zur Geschichte der Reichspolitik und der Reichsverfassung.

ANNETTE HENNIGS, wissenschaftliche Archivarin, Mitarbeiterin des NW Staatsarchivs Münster. Veröffentlichungen zur frühneuzeitlichen Kirchen-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Grafschaft Lippe und zur Geschichte der Stadt Detmold im Dritten Reich.

ROLAND LINDE, Historiker, Veröffentlichungen zur mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Sozial- und Bevölkerungsgeschichte des Landes Lippe, der Stadt Paderborn und des Wittgensteiner Landes.

RAINER LAKMANN M.A., Studium der Neueren und Neuesten Geschichte, Germanistischen Sprachwissenschaft und Medienwissenschaft. in Paderborn und Bielefeld. Seit 1999 Pressereferent für die Elektrizitätswerke Wesertal GmbH in Hameln und die Fortum Energie GmbH in Hamburg.

DR. MARGIT NAARMANN, Historikerin, Veröffentlichungen zur Geschichte der Paderborner Juden im 19. und 20. Jahrhundert.

ANDREAS NEUWÖHNER, Volontär des Kreismuseums Wewelsburg. Veröffentlichungen: Im Zeichen des Mars. Quellen zur Geschichte des Dreißigjährigen Krieges und des Westfälischen Friedens in den Stiften Paderborn und Corvey, Paderborn 1998.

UTE NEUWÖHNER, Studium der Neueren deutschen Literaturwissenschaften, Geschichte mit Schwerpunkt der Frühen Neuzeit und Medienwissenschaft.

JÜRGEN SCHEFFLER, Leiter des Städtischen Museums im Hexenbürgermeisterhaus Lemgo, Veröffentlichungen zur Geschichte Ostwestfalen-Lippes im 19. und 20. Jahrhundert, besonders zur Entwicklung der Diakonie, der Denkmalpflege, des Fremdenverkehrs, des Films und der Festkultur, der Revolution von 1848/49 und der NS-Zeit sowie zur Museumsdidaktik.

DR. BARBARA STAMBOLIS, Privatdozentin für neuere und neueste Geschichte an der Universität Paderborn, Veröffentlichungen zur Festforschung (Frühe Neuzeit, 19. und 20. Jh.), Vereinforschung, Geschlechtergeschichte, Regional- und Stadtgeschichte, historischen Friedensforschung und zur Jugend- und Generationenproblematik im 20. Jh. sowie über soziale Brennpunkte nach 1945.

ANTJE TELGENBÜSCHER, Germanistin und Volkshochschuldozentin, Veröffentlichungen zur Geschichte der Stadt und des Hochstifts Paderborns im 19. und 20. Jahrhundert, besonders zur Frauen- und Alltagsgeschichte und zur Paderborner Umgangssprache.

DR. GISELA WILBERTZ, Leiterin des Stadtarchivs Lemgo, Veröffentlichungen zur frühneuzeitlichen Sozial- und Kulturgeschichte, besonders zur Geschichte der Scharfrichter und Abdecker, der Hexenverfolgungen und der Sepukralkultur.